

**Heinz Stockinger, Uli Otto, Helmut Köppl, Thomas Otto,
Dieter Groß, Eva Keil, Gerlinde Reimann**

Salzburger Anti-WAA-Bewegung

Zu einem zweiten gerade auch kulturellen Zentrum des Anti-WAA-Widerstands neben der Oberpfalz wurde Mitte der 1980er Jahre die österreichische Landeshauptstadt Salzburg, die insofern eine besondere Rolle spielte, als es hier einen breiten, engagierten und phantasievollen Widerstand gegen die Atomenergie gab und Salzburg als „Mozartstadt“ ohnehin ein kulturelles Zentrum internationaler Solidarität darstellte, wo viele diesbezügliche Kontakte existierten und den Widerstand beförderten. Auch fand der Widerstand hier Unterstützung seitens vieler Vertreter sowohl der offiziellen österreichischen Landes- als auch Bundespolitik.

Zu einem ersten Höhepunkt der politischen und kulturellen Auseinandersetzungen kam es im Jahr 1986, als der Super-Gau im ukrainischen Tschernobyl am 26. April dieses Jahres breite Teile der Bevölkerung und eben auch sehr viele Künstler aller Richtungen und Genres für den Widerstand sensibilisierten. Gerade auch das arrogante und uneinsichtige Verhalten seitens der bayerischen Staatsregierung bzw. des bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß angesichts der österreichischen Bedenken wirkten hier noch befördernd auf den Anti-WAA-Widerstand vieler Menschen.

Das Tschernobyl-Jahr 1986

1. Juni 1986

So charakterisierte der „Kurier“ vom 25. Mai 1986 die Situation in Salzburg wie folgt:

**„Wir wollen Wackersdorf nicht“.
Mit Sonderzug zum Atomprotest am 01. Juni – Protestbrief
schon länger als 1 Kilometer.**

Die Rebellion gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wird in Salzburg immer heftiger. Wegen der geographischen Nähe, aber auch grundsätzlich wegen der lebensverachtenden Atom-Ideologie in Ost und West.

Innerhalb von 14 Tagen unterzeichneten in Salzburg rund 15.000 Menschen einen Protestbrief, der an den bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß adressiert ist. Schluss mit dem atomaren Wahnsinn. Wir wollen die WAA in Wackersdorf nicht!

Strauß hat sich in seiner schwer verdaubaren Art über die Bedenken der Salzburger lustig gemacht, einen hervorragenden Wissenschaftler und Warner aus Salzburg einen Scharlatan geschimpft und die in der ARGE-IP zementierte Freundschaft mit Landeshauptmann Wilfried Halauer strapaziert.

Haslauer aber wird seinem Spezi kommen: Voraussichtlich am 19. Juni wird der Wackersdorf-Feind als der ÖVP-Riege nach München eilen und Strauß mit dem Widerstand der Salzburger gegen die ‚Giftschleuder‘ in der Oberpfalz konfrontieren. Ob das helfen wird, bezweifeln Anti-AKW-Leute. Strauß hat schon im Hinblick auf das Plutonium aus der WAA, das für Atomwaffen gebraucht wird, eindeutige Bekenntnisse für den Bau der umkämpften Anlage bekundet. Vielleicht erfährt Salzburg nach dem Haslauer-Besuch wenigstens die Katastrophenpläne für das Werk.

Doch auch die Bevölkerung marschiert. Anfang Mai demonstrierten 3000 aufgerüttelte Salzburger in der Altstadt gegen Wackersdorf und gegen Atomnutzung.

Anfang April waren nach einem Aufruf des Salzburger Personenkomitees für Frieden und Abrüstung Salzburger mit Müssen zu einer Demo nach Wackersdorf gefahren – unter ihnen ein KURIER-Team – und erlebten den brutalen Giftgaseinsatz der deutschen Polizei gegen WAA-Gegner.

Vergangenen Dienstag schlossen sich in der Mozartstadt 30 Organisationen zu einer „Plattform gegen die WAA Wackersdorf“ zusammen, als Kontaktstelle fungiert der Naturschutzbund.

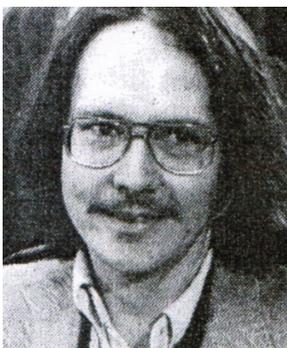
Am 1. Juni soll ein Sonderzug in die Oberpfalz zum großen Atomprotest rollen. Abfahrt ist am Sonntag 8 Uhr auf dem Salzburger Hauptbahnhof der Fahrpreis beträgt 220 Schilling, ein Einzahlungsbeleg auf das Konto 788117 der Salzburger Sparkasse gilt als Ticket.

In dem Zug werden auch Bürgermeister Josef Reschen und Stadtrat Johannes Voggenhuber sitzen, die gemeinsam mit allen Rathauskollegen Salzburg zur atomwaffenfreien Zone machen wollen..“



Auf derselben Seite fanden sich auch Statements einiger prominenter Salzburger abgedruckt:

„Namhafte Salzburger lehnen die Giftschleuder Wackersdorf ab! Spielen mit dem Ende der Menschheit



Peter Handke, Schriftsteller:

„Wir müssen aufhören, mit dem Ende der Menschheit zu spielen. Die wahnsinnig gewordenen Endzeit-Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts sollen ersetzt werden durch ganz neu anfangende des 21. Jahrhunderts. Leitbild: Die Sonne und das Wasser“.



Forschung, Waffen: Siamesische Zwillinge

Prof. Robert Jungk, Zukunftsforscher:

„Die sogenannte friedliche Atomkraft und Atomwaffen sind siamesische Zwillinge. In Wackersdorf fällt Plutonium an, das zum Bau atomarer Vernichtungswaffen gebraucht wird. Aufhören mit Wackersdorf, aufhören, aufhören“.

Eine Frage des Lebensschutzes

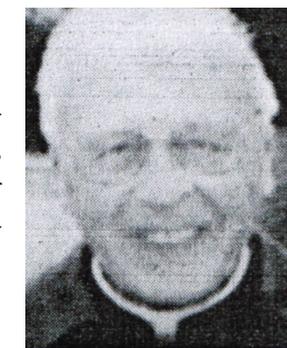
Barbara Rütting, Schauspielerin: „Gegen Wackersdorf zu sein ist eine Frage des Lebensschutzes. Ich werde auch nach Wackersdorf fahren, um zu protestieren, dass Mensch, Tier und Pflanze kaputtgemacht werden. Ich hoffe, wir können gemeinsam den Wahnsinn WAA stoppen!“



Forderung der Sittlichkeit

Dr. Karl Berg, Erzbischof von Salzburg:

„Es ist eine sittliche Forderung, dass keine technologische Entwicklung vorangetrieben werden darf, die durch ein unabschätzbares Unfallrisiko oder unabsehbare Nebenwirkungen das Leben künftiger Generationen gefährdet.“





Natürliche Grenzen für den Menschen

Georg Bachler, Extrembergsteiger: ‚Ich habe schon gegen das AKW Zwentendorf protestiert, ich wehre mich jetzt auch gegen die WAA in Wackersdorf. Ich bin kein Technologiefeind, aber der Mensch muss endlich einsehen, dass ihm natürliche Grenzen gesetzt sind.‘



WAA: Problematisch, kein Gewinn ...

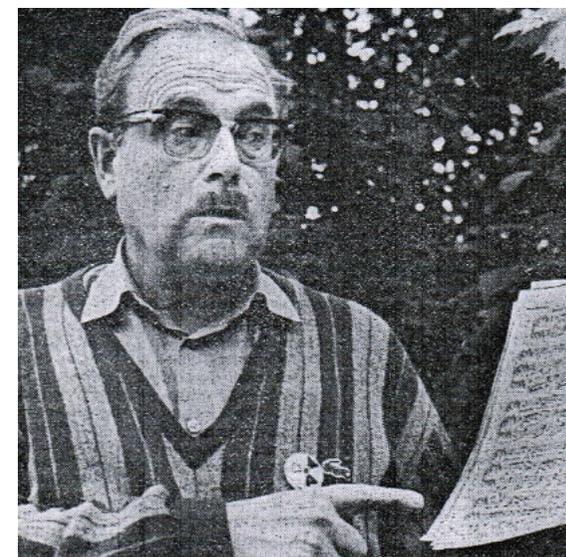
Divisionär Engelbert Lagler, Salzburger Militärkommandant: ‚Ich weiß zu wenig über die technische Seite der WAA. Wenn die Behauptungen der Gegner aber stimmen, so ist die Sache sehr problematisch. Grundsätzlich stehe ich der Atomkraft vorsichtig abwartend gegenüber.‘

Aber auch zahlreiche andere Prominente wandten sich offen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage, so etwa auch Hubertus Boese, seine Zeichens Musikerzieher am Salzburger Mozarteum, wie die „Kronenzeitung“ vom 14. Juli 1986 zu berichten wusste.

Protest nach Noten

Hubertus Boese, Musikerzieher am Salzburger Mozarteum, verfasste Texte gegen Atom und gegen Wackersdorf zu klassischer Musik von Schubert und Richard Strauss

„Mit dem Naturschützenkönig auf Trümmerreise – oder: Was Schubert nicht komponieren konnte“. Hubertus Boese hat Schubert-Lieder mit Umweltschutztexten unterlegt. Silbe für Silbe wurden die Klassiker in Protestsongs umgewandelt. Gegen die Verschmutzung der Flüsse, gegen den atomaren Wahnsinn, den Smog und die Zerstörung der Natur durch Technik. 19 Schubert-Lieder mit „boesen“ Texten gibt es bereits, vielleicht bald schon auf Schallplatte.



„Sechzig Jahre und ein bisschen weise – das ist der Salzburger Mozarteumsprofessor Hubertus Boese, der sich eine besondere Protestform gegen Atom und Wackersdorf ausgedacht hat: Unter seinem Künstlernamen Umberto Cattivo („der böse Hubert“) versah er Lieder von Franz Schubert und Richard Strauss mit Umweltschutztexten. „Ich bin kein Steinschleuderer, sondern ich protestiere nach Noten.“

Vielleicht ist es ein „atomares Schicksal“, dass Hubertus Boese, der seit 1951 in Salzburg lebt, aus dem westfälischen Hamm stammt. Aus jener Stadt, wo nach Tschernobyl die so sichere deutsche AKW-Technik kläglich versagte. Wo jener einzige deutsche Reaktor, der mit Graphitkugeln gespeist wurde, nach einen Defekt abgeschaltet werden musste.



„Ich empfinde die Zerstörung der Natur als ein schweres persönliches Unglück, und das nicht erst seit den Atomkraftwerken. Auch die Bergwelt. Die Flussläufe, unendlich große Teile der Natur hat der Mensch bereits vernichtet und verwüstet.“ Und so war es fast zwingend logisch, dass der Musikerzieher eines Tages daranging, Umweltschutzsongs zu schreiben – allerdings nach klassischen Noten. Schillers „Glocke“ wurde zum Lied gegen monströse Kraftwerksbauten, Schuberts „Forelle“ zum Klagelied des Fisches gegen die Verschmutzung der Gewässer. Und aus der „Schönen Müllerin“ wurde die „Schöne Müllionärin“, ein Lied über die hässlich stinkende Salzach. Und Richard Strauss' „Rosenkavalier“ textete er mit Blickrichtung über die bayrische Grenze zum „Neurosenkavalier“ um: „Es dauert nur noch ein paar Jahr', bis Wackersdorf ganz atomar. Gefördert wird Plutonium, Minister Strauß zum Gaudium ...“

Uraufgeführt wurden die Lieder auch bereits – im Mozarteum, wo sonst? Da standen sie vor einem Jazzkonzert auf der Büzne, Freund und Bariton Clemens Vereno und Umberto Cattivo, am Klavier: in grünen Arbeiterhosen, darüber den schwarzen Frack mit den gelben Anti-Atom-Stickern.



Sein Parteibuch hat er während der Auseinandersetzung um Hainburg bei einer Diskussion dem Minister Frischenschlager auf den Tisch geknallt. „Wir haben uns nach langwierigen Überlegungen zum Bau von Hainburg durchgerungen“, hatte Frischenschlager damals, flankiert von E-Wirtschaftsbossen, gesagt. Klar, dass Bose in der Stopfenreuther Au war. Und jetzt in Schwandorf bei der Demonstration gegen Wackersdorf. Und er wollte auch an jenem 8. Juni über die Grenze, als der bayrische Innenminister Hillermeier die Parole ausgegeben hatte: Österreichische Atomgegner – nein, danke, die wollen wir nicht. Bleibt zu Hause.

Boese: „Ich wollte unbedingt einen schriftlichen Vermerk, warum ich denn die Grenze nicht passieren dürfe.“ Die freundlichen bayrischen Grenzposten hätten ihm mit „amtlich wohlwollendem Ernst“ davon abgeraten: „Tun Sie das nicht, da wedren S höchstens in Zukunft immer hochnotpeinlich gefilzt...“

Boese bestand auf die Eintragung des Stempels „Zurückgewiesen“ in seinem Reisepass: „Ich wollte ihn einfach haben, damit ich es selber glaube, dass es so etwas gibt.“ Und als er ihn dann endlich hatte, den Stempel, da habe er, Boese, sich höflich von den Beamten verabschiedet: „Gestatten: Chaot!“ Jetzt hatte er es sozusagen amtlich.

Und die Beamten seien recht betreten gewesen über den doch recht seriös wirkenden älteren Herren, der gar nicht österreichischen Dialekt sprach, sondern Hochdeutsch: „Wir waren uns einig, dass für den Affenzirkus an der Grenze alleine die Politiker verantwortlich sind.“ Und seinen Pass wirr er keinesfalls umtauschen. „Ich betrachte die Eintragung als ein hoffentlich wohl einmaliges Zeitdokument. Einen Stempel eben, der wohl eine unglaubliche Schande für einen demokratischen Staat Westeuropas ist.“

Die vehemente Empörung der Salzburger WAA-Gegner ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Bayerische Staatsregierung Anfang Juni 1986 österreichischen Demonstranten, die in der Oberpfalz an Demonstrationen gegen die Wiederaufbereitungsanlage teilnehmen wollten, die Einreise in den „Freistaat Bayern“ verweigerte, worauf mehrere Artikel der Regensburger „Mittelbayerischen Zeitung“ verweisen:

Mittwoch, 25. Juni 1986

BAY

WAA-Gegner an Grenze gestoppt Innenminister verteidigt Aktion

„Betroffene empört“ / Kanzler Vranitzky koordiniert den Widerstand

München/Wien/Salzburg (ap/dpa). Der bayerische Innenminister Karl Hillermeier hat am Dienstag bestätigt, daß die bayerischen Grenzbehörden Anfang Juni österreichischen Kernkraftgegnern, die an einer Großdemonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstoffe teilnehmen wollten, die Einreise verweigert haben. In einer in München herausgegebenen Erklärung betonte Hillermeier zugleich, daß die Zurückweisungen rechtmäßig erfolgt seien. Die bayerische SPD dagegen sagte, es entspreche der Eindrücke, daß Bayern es wie totalitäre Staaten halten wolle und mißliebigen Nachbarn die Einreise verweigere.

Hillermeier erklärte, die Rechtsgrundlage für die am 7. Juni getroffene Maßnahme ergebe sich aus dem Ausländergesetz. Danach könnten Ausländer bei der Einreise unter anderem dann zurückgewiesen werden, wenn ihre Anwesen-

heit im Inland erhebliche Belange der Bundesrepublik beeinträchtige. Diese Voraussetzung sei erfüllt gewesen, weil die Zurückgewiesenen an einer „voraussichtlich unfriedlich verlaufenden und deshalb verbotenen Demonstration“ in Wackersdorf teilnehmen wollten.

Zuvor hatte sich der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Peter-Paul Gantzer in einem Brief an Hillermeier nach den Maßnahmen der Grenzbehörden erkundigt. In dem Schreiben, das am Dienstag veröffentlicht wurde, hieß es, die Beschwerden von österreichischen Staatsangehörigen über Zurückweisungen an der Grenze häuften sich und die Betroffenen äußerten sich „empört“ über das Verhalten der bayerischen Behörden. Der SPD-Abgeordnete nannte die Zahl von 740 Zurückweisungen.

Für ein gemeinsames Zusammengehen der österreichischen Bundesregierung mit den Landesregierungen von Salzburg und Oberösterreich sowie der politischen Parteien des Landes zur Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf hat sich der neue österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) ausgesprochen. Nach der Ministerratssitzung in Wien betonte Vranitzky vor Journalisten in Wien, es gebe in dieser Frage keine Meinungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und den beiden Landesregierungen. Gleichzeitig kündigte Vranitzky an, Verhandlungen mit der Bonner Regierung suchen zu wollen.

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) wies die Behauptung des bayerischen Staatskanzleischefs Edmund Stoiber zurück, Haslauer und dessen oberösterreichischer Amtskollege Josef Ratztenböck hätten bei dem Treffen mit Strauß in der Münchener Staatskanzlei den Argumenten von Strauß „keinerlei Widerspruch entgegengesetzt“. Er lasse sich nicht der Unwahrheit zeihen. Die Feststellung Stoibers sei eindeutig falsch.



Eine Blamage für Bayern

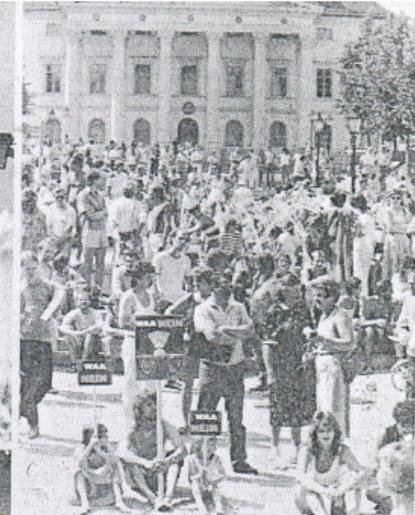
Von Karl Birkenseer, MZ

Als der in Wien gebietsfremde Ausländer Friedrich Zimmermann, seines Zeichens Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, den Österreichern in ihrer eigenen Hauptstadt die wirtschaftliche Abhängigkeit vom großen Bruder fetzensgrob unter die Nase rieb, da handelte es sich um die berechnete Wahrnehmung deutscher Interessen. Wenn jetzt österreichische Staatsbürger auf Regensburger Boden gegen die geplante WAA in Wackersdorf demonstrieren wollen – weil sie nämlich auch da eine Abhängigkeit sehen, und sei es eine geographische –, da kommt aus München das Verdikt: draußen bleiben (z'wengs „Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Staates“). Mit dem Völkerrecht unterm Arm, das ihn bestätigt, doch unter Umgehung sämtlicher Kriterien des gesunden Menschenverstands hat der anordnende bayerische Innenminister sich lächerlich gemacht. Was schlimmer ist: er hat den Freistaat blamiert.

Daß auch Deutsche im Ausland demonstrieren – sogar Bajuwaren, und sogar in Österreich (Zwentendorf, Hainburg!) –, das interessiert Herrn Hillermeier nicht. Daß die seit Tschernobyl gewachsene Überzeugung, das Problem Atomenergie sei nur internatio-

nal zu lösen, durch souveränitätswütiges Mauern in Mißkredit gebracht wird, das interessiert Herrn Hillermeier nicht. Daß „Aktionen“ wie der Rundumschlag Zimmermanns und die Schlagbaum-Diplomatie des Münchner Innenministeriums einen verheerenden Eindruck vom Stellenwert der Freiheit hierzulande – gar von der berühmten Liberalitas Bavariae! – hinterlassen, das interessiert Herrn Hillermeier nicht. Des weiteren nimmt Herr Hillermeier nicht zur Kenntnis, daß Priester, Nonnen, Krankenschwestern und Ärzte nicht gerade zu jenen Menschengruppen gehören, aus denen sich mit Vorliebe Chaoten rekrutieren. Und daß die oft beschworene alpen- oder donauländische Nachbarschaft nun leiden könnte, das ist Herrn Hillermeier piefkeimäßig schnurz.

Kennt Herr Hillermeier die neueste Umfrage über den Ruf, den die Österreicher in Deutschland genießen? „Freundlich, aber wenig intelligent“ lautet das arrogant-schmeichlerische Urteil. Der Beschluß, österreichische Demonstranten nicht einreisen zu lassen, unterscheidet sich von dieser Einschätzung nur halb: er ist unfreundlich – ansonsten aber von einer geradezu haarsträubenden Gedankenlosigkeit!



Mit einer ökumenischen Andacht in Schwandorf, gestaltet von Pfarrer August Elsensohn und Pastorin Sabine Neumann (links), und einer Kundgebung in Regensburg (rechts) protestierten am Wochenende zahlreiche Kernkraftgegner gegen die WAA in Wackersdorf. Bilder: Faust

„Bund Naturschutz“ kündigt „Wackersdorfer Forum“ an

Schwandorf (sfl). Tschernobyl und seine Folgen auf physikalischem, sicherheitstechnischem und gesundheitlichem Gebiet versuchte der „Bund Naturschutz“ (BN) auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung in Schwandorf aufzuarbeiten. Beratungen über neue Aktionen gegen den Bau der WAA in Wackersdorf standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Konkret Beschluß gefaßt wurde dabei über ein „Wackersdorfer Forum“ am 20. September in Schwandorf, mit dem der BN eine Aktionswoche „Ausstieg aus der Atompolitik“ (bis 30. September) einleiten wird. BN-Vorsitzender Hubert Weinzierl berichtete von Widerstand in anderen Ländern. Durch das Einreiseverbot für protestierende Österreicher mache sich Innenminister Hillermeier zum „Totengräber der Liberalitas Bavariae“, sagte Weinzierl. Hubert Weiger, Vorsitzender des BN Nordbayern, betonte, daß die Spitze der Belastung durch radioaktive Nuklide als Folge von Tschernobyl erst in den nächsten Wochen erreicht werde.



Wien spricht von Anachronismus

Grenzsperr für Österreicher verurteilt / Grüne drohen mit Blockade

Wien (ap). Die bayerische Ankündigung einer Grenzsperr für österreichische Atomkraftgegner an diesem Wochenende hat in Österreich ungewöhnlich scharfe Reaktionen ausgelöst. Außenminister Peter Jankowitsch sprach von einem „Anachronismus“ und einem „Rückfall in die Zeit, als die Grenzen geschlossen waren“. Vor Journalisten in Wien sagte er am Freitag, es handle sich um eine „Geste, die nicht dem Geist der gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ entspreche. Atomkraftgegner kündigten unterdessen für den Fall einer Zurückweisung an den bayerischen Grenzen eine Blockade der Straßen für deutsche Urlauber an.

Jankowitsch erklärte zu der Ankündigung des bayerischen Innenministers Karl Hillermeier, daß österreichische Kernkraftgegner nicht in die Bundesrepublik einreisen dürfen, in Zeiten eines „offenen Europas“ sei dies ein „Anachronismus“. Zudem sei es keine rechtliche, sondern eine politische Entscheidung. Sicher sei, daß sich österreichische Bedenken gegen den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf „so nicht beruhigen“ ließen. Eine weitere offizielle Reaktion wollte er nicht ausschließen.

Ein Kommentator des Österreichischen Rundfunks (ORF) sprach von bayerischen „Ostblock-Methoden“. Wiederholt wurde darauf ver-

wiesen, daß Nonnen, Pfarrer und Ärzte zur Teilnahme an den Anti-Wackersdorf-Demonstrationen aufgerufen hätten. Mehrere Grünen-Gruppierungen drohten eine Blockade gegen deutsche Urlaubsreisende an. Am ersten „heißen“ Urlaubswochenende sollten als Reaktion auf die Einreiseverweigerung deutsche Reisende am Passieren der österreichischen Grenze gehindert werden. Der Sprecher des Innenministeriums in Wien, Andreas Rudas, sagte jedoch, man werde dafür sorgen, daß die Grenzen auf österreichischer Seite freibleiben. Die Vereinigten Grünen riefen Innenminister Karl Blecha zu einer „Aktion scharf“ gegen deutsche Urlauber auf.

Preis der Freiheit

Von Ludwig Faust, MZ

Der Erfolg heiligt die Mittel, heißt es in einem Sprichwort. Insofern wäre die von Hillermeier und Co. verhängte Grenzblockade gegen die WAA-Gegner aus Österreich in Ordnung, denn bis auf vier, die sich heimlich über die Grenze geschlichen haben, kam keiner durch. Ein Erfolg der bayerischen Linie im Kampf gegen Chaoten, Gewalttäter und sonstiges Anti-Atomkraft-Gesindel also? Wenn es stimmt, daß diese Leute die Wurzeln unserer Demokratie abschlagen wollen, wie Franz Josef Strauß bei der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises verkündet hat, muß man sich freudig hinter diese Politik stellen.

Was aber, wenn Strauß und Co. sich da gewaltig irren? Die Veranstaltung in Regensburg hat wieder einmal gezeigt, daß es sich mehrheitlich um durchaus ernstzunehmende Leute handelt, die sich dem störrischen CSU-Fortschrittsdenken widersetzen. Selbst der bayerischen FDP, sonst grundsätzlich für die Atomkraft, werden die drakonischen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung allmählich suspekt, auf ihrem Parteitag mutmaßen sie, daß Hillermeier die Diskussion um die WAA über den Kopf gewachsen sei.

Ihnen käme jetzt eine „Denkpause“ gelegen, wie sie vereinzelt auch in den Reihen der CSU gefordert wurde.

Sie käme allen zugute, denn allmählich läuft der Kampf um die Kernenergie Gefahr, tatsächlich die Substanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung anzuknabern. Aber nicht die paar Chaoten geben zu der Befürchtung Anlaß. Grenzblockaden gegenüber befreundeten Nachbarn, der Versuch, einen legalen Widerstand zu kriminalisieren oder das Abschalten mißliebiger Sendungen im Fernsehen sind nur die Spitze des Eisberges. Tiefer geht das Nachdenken Verantwortlicher, sprich CSU-Politiker, Grundrechte zu beschneiden, um allzu vordergründige Absichten durchsetzen zu können. Ob es sich nun um das Recht auf Demonstrationsfreiheit oder das Asylrecht handelt, darf dabei keine Rolle spielen. Beide müssen in unserer Verfassung, die als eine der freiheitlichsten in der Welt gilt, unantastbar bleiben. Eine solide Demokratie zeigt sich eben erst in Krisensituationen, erst da fordert die Freiheit ihren Preis. Wer da glaubt, sich so einfach aus der Affäre ziehen zu können, handelt verantwortungslos.

„Bauzaun beginnt an der Grenze zu Österreich“

Demonstration und Andacht gegen den WAA-Bau / Christa Meier wirft der CSU Völkerrechtsverletzung vor

Regensburg. Das örtliche Empfangskomitee für die Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) aus Österreich wartete am Samstag vergeblich – der Erlaß von Innenminister Karl Hillermeier, die deutsch-österreichische Grenze für Kernkraftgegner zu schließen, hat seine Wirkung nicht verfehlt: Von den rund 2000 ausländischen Gästen, die ihre Teilnahme bei der Anti-WAA-Kundgebung in Regensburg zugesagt haben, sind nur vier in Regensburg angekommen. „Einigen WAA-Gegnern waren an der Grenze sogar die Pässe weggenommen worden“, erzählte das Ehepaar Hildegard und Franz Viktor Breiner aus Bregenz. Über einen kleinen Grenzübergang – „die Beamten haben wahrscheinlich von dem Verbot noch nichts gewußt“ – haben sie sich nach Bayern „geschlichen“, um bei der Demonstration in Regensburg und der anschließenden ökumenischen Andacht in Schwandorf „die Fahnen der Alpenrepublik hochzuhalten“.

„Während die Europafahne als Schritt in Richtung vereintes Europa überreicht wird, blockiert die bayerische Staatsregierung die Grenze zu Österreich“, rügte der Regensburger SPD-Stadtrat und Mitorganisator der Demonstration, Claus Caspers. Seine Parteigenossin Christa Meier wurde noch deutlicher: „Ich hätte nicht erwartet, daß die bayerische Linie auch vor Völkerrechtsverletzungen nicht Halt macht. Bayern hat eine solche CSU nicht verdient.“ Die Landtagsabgeordnete äußerte den Österreichern gegenüber ihr Bedauern für das Verhalten der Regierung.

Mit einer Entschuldigung an die Adresse des Nachbarstaates begann auch der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer seine Ansprache. „Diese Maßnahme kommt einer Verletzung des Bauzauns an die deutsch-österreichische Grenze gleich“, erklärte Schuierer vor den 500 bis 700 Zuhörern. Angesichts dieser Blockade „als letzte Verzweiflungstat“ und der schon vorher im Zusammenhang mit der WAA getroffenen Maßnahmen wie Rechtswegabsperrung, Entmachtung von Landräten, Beschneidung des Demonstrationsrechts bis hin zum Griff auf das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit falle es ihm als überzeugten Demokraten schwer, dies alles zu verstehen. „Nicht die Kernkraftgegner

gefährden unseren Rechtsstaat, wie die CSU behauptet, sondern die Regierung selbst“, fuhr der Landrat fort. Denn „wenn eine handvoll Chaoten eine Gefahr darstellen, kann an dem Rechtsstaat etwas nicht stimmen“. Er forderte auf, weiter gegen Kernkraft einzutreten.

„Wir hätten gerne die Geistlichen und Ordensleute aus Österreich begrüßt als weiteres Zeichen dafür, daß der WAA-Widerstand sehr stark von den Christen getragen wird“, bedauerte Ferdi Angel vom Arbeitskreis Theologie und Kernenergie. Prof. Dr. Herbert Brekle vom Bund Naturschutz bezeichnete die Reaktion der Regierung als hysterisch und stellte fest, daß damit „ein Riesenschritt in Richtung Atomstaat getan wurde“. Hildegard Bösl von den Grünen meinte, daß alle, die an der WAA festhalten, nicht nur dumm, sondern auch kriminell seien. Dr. Franz Xaver Schmid von der Initiative Ärzte und Psychologen für Frieden und Abrüstung forderte die Zuhörer auf, die Aktionen des zivilen Ungehorsams weiterhin mitzutragen und äußerte den Verdacht, daß sich unter den Gewalttätern, deren Aktionen sich die Politiker propagandistisch zunutze gemacht hätten, gekaufte Provokationsagenten befänden.

Erster Hirtenbrief gegen die Atomenergie verlesen

Für weiteren Zündstoff auf der Demonstration hatte ein Votum der Regensburger CSU-Stadtratsfraktion gesorgt. Sie hatte sich gegen die Demonstration ausgesprochen, da die Stadt eine dritte Großveranstaltung neben dem Bürgerfest und der Priesterweihe an diesem Wochenende nicht vertragen könne.

Caspers äußerte die Vermutung, daß die CSU deshalb dagegen gestimmt hat, weil sich „die schwarzen Stadträte an ihren Bierkrügen bedroht gefühlt haben“. Außerdem sei die Veranstaltung extra um eine Stunde verlegt worden, um die Priesterweihe nicht zu stören. Im übrigen, so Dr. Hans Hubert von der Pax-Christi-Bewegung, sehe er in der Kundgebung keine Gegenveranstaltung zur Priesterweihe.

Mit einer ökumenischen Andacht auf dem Marktplatz in Schwandorf setzte sich die Demonstration am Nachmittag fort. Vor einigen hundert Leuten verlas Pfarrer Leo Feichtmeier den Hirtenbrief des Linzer Bischofs Maximilian Aichern, „den ersten in deutschsprachigen Raum gegen die WAA“, wie Feichtmeier erklärte. Darin weist Aichern auf die „Unbeherrschbarkeit der Atomtechnik“ und „die Auswirkungen eines Unfalls auf die ganze Welt“ hin und stellt fest, daß „unter heutigen Gegebenheiten

ähnlichen Anlagen ethisch nicht mehr vertretbar sind“. Er appellierte an die Politik, Wirtschaft und die Bürgerbewegungen, den Stil der Auseinandersetzungen um die Atomenergie an die Grundwerte der Demokratie zu binden.

Pfarrer August Elsensohn aus Kennelbach bei Bregenz stellt während der Andacht klar, daß er nicht zum Demonstrieren gekommen sei, sondern um sich zum Schutz des Lebens für diese und künftige Generationen zu bekennen. Zusammen mit der Bregener Pastorin Sabine Neumann und Mitgliedern des Arbeitskreises Theologie und Kernenergie hatte er die Andacht gestaltet. Beide Veranstaltungen verliefen ohne Auseinandersetzungen mit der Polizei, die vor allem in Regensburg starke Kräfte zusammengezogen hätte. Auf einen Marsch zum Bauzaun um das WAA-Gelände hatten die Veranstalter der Demonstration verzichtet, um den „friedlichen Charakter nicht zu gefährden“, wie Caspers erklärte.

Ludwig Faust

Protest gegen das Einreiseverbot verschärft sich

FPÖ sieht „Polizeistaatsgesinnung“ / 322 WAA-Gegner abgewiesen / SPD fordert Hillermeiers Rücktritt

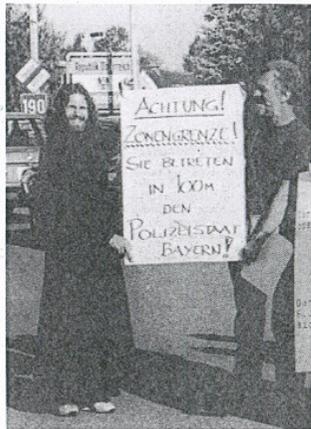
München/Regensburg (dpa/mz). Das von bayerischen Innenministerin verhängte Einreiseverbot für österreichische Kernkraftgegner belastet die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik. Wie Innenminister Karl Hillermeier angeordnet hatte, verwehrte die Bayerische Grenzpolizei am Samstag Hunderten von Österreichern die Einreise zu einer Demonstration in Regensburg gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Österreichische Politiker bezeichneten dies als „Polizeistaatsgesinnung“ und „Anarchismus“. Scharfe Kritik übten Kirchenvertreter und deutsche Politiker. (Siehe auch Leitartikel und Bericht im Bayererteil)

gerade noch das Gnadigste wäre“. Hierseemann will außerdem eine Sondersitzung des Sicherheitsausschusses des bayerischen Landtages, da das Innenministerium den Landtag beim Bericht über die schweren Pfingstkravalle in Wackersdorf „regelrecht belogen“ habe.

In Schwandorf verlas der Nittenauer Pfarrer Leo Feichtmeier bei einem ökumenischen Gottesdienst einen gegen die WAA gerichteten Hirtenbrief des Linzer Bischofs Maximilian Aicher. Der Salzburger Erzbischof forderte bei einer Festmesse in Österreich das „Ende einer Technologie, die nicht mehr beherrschbar ist“. Die nach dem Nobelpreisträger Konrad Lorenz benannte österreichische Umweltschutzorganisation hat die österreichische Bundesregierung aufgefordert, wegen der Grenzsperrung den Internationalen Gerichtshof anzurufen, weil völkerrechtliche Grundsätze verletzt worden seien.

FDP-Landeschef Brunner verurteilt Grenzsperrung

Würzburg (dpa). Bayerns FDP-Chef Manfred Brunner hat die Zurückweisung von österreichischen Atomkraftgegnern an der deutschen Grenze verurteilt. Auf dem außerordentlichen Landesparteitag der bayerischen Liberalen in Würzburg betonte er, derartige Manipulationen des Ausländergesetzes zeigten, daß die Diskussion um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf der CSU und Innenminister Karl Hillermeier „weit über den Kopf gewachsen“ sei. Unter dem Applaus der rund 400 Delegierten plädierte Brunner erneut für eine Denkpause beim Bau der WAA. (Ausführlicher Bericht und Kommentar über den FDP-Parteitag im Innenteil)



Voralberger Anti-WAA-Demonstranten an der österreichisch-bayerischen Grenze. Foto: ap

Einige hundert Zurückgewiesene blockierten aus Protest deutsch-österreichische Grenzübergänge und legten damit zeitweise den Ferienverkehr lahm, bis auf einen Zwischenfall verliefen die Blockadeaktionen friedlich. Am Grenzübergang Lindau-Höbranz verlor ein Schweizer Autofahrer die Geduld und fuhr eine junge Demonstrantin an, die dabei leicht verletzt wurde. Ursprünglich waren mehr als 2000 Ärzte, Geistliche, Kranken- und Ordensschwestern aus dem Nachbarland erwartet worden, nur vier von ihnen gelangten schließlich nach Regensburg. Die Bayerische Grenzpolizei hatte am Samstag insgesamt 322 Personen zurückgewiesen.

Der Fraktionschef der Freiheitlichen Partei (FPÖ) im Wiener Parlament, Friedhelm Frischenschlager, erklärte, Bayern habe mit dem Einreiseverbot „eine Polizeistaatsgesinnung an den Tag gelegt, wie man sie in den vergangenen Jahrzehnten nur an den Grenzen zum Ostblock erlebt“ habe. Der FPÖ-Klubobmann im Salzburger Landtag, Hans Buchner, forderte Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf, er solle das „Großkreuz des Landes Salzburg“ sofort zurückgeben, wenn er sich von den „Schikänen an der Grenze“ nicht distanzieren. Bei der Ordensverleihung im vergangenen September habe Strauß noch erklärt, er könne sich freien Eintritt für Österreicher in bayerischen Museen vorstellen und nun würde Österreichern die Einreise nach

Bayern verwehrt. Innenminister Hillermeier selbst bekräftigte seine Ansicht, kein Ausländer habe ein Recht zur Einreise zur Demonstration in der Bundesrepublik.

Oppositionsmitglieder in der Bundesrepublik machten Hillermeier massive Vorwürfe. Der Grünen-Abgeordnete Heinz Suhr forderte eine Sondersitzung des Bundestages. Die Bayerische Staatsregierung habe mit ihrem „demokratiefeindlichen und autoritären Vorgehen das Ansehen der Bundesrepublik in der freien Welt auf die schlimmste Art und Weise geschädigt“.

Der SPD-Parteivorstand bezeichnete die Zurückweisung österreichischer Atomkraftgegner „als in der Geschichte einmaligen Vorgang“. Der in München tagende SPD-Bundesvorstand urteilte die bayerisch-österreichische „Grenzsperrung“. Die Bayerische Staatsregierung greife zu Maßnahmen, die bisher von autoritären Staaten verhängt worden seien. Zur Durchsetzung ihrer „uneinsichtigen Atomenergiepolitik“ scheuten Strauß und die CSU vor keinem Mittel mehr zurück, heißt es in einer Erklärung des Parteivorstands. Der Parteivorstand forderte außerdem unverzügliche Sondersitzungen des Innenausschusses des Bundestages und des Bayerischen Landtags zu dem „skandalösen Verhalten“ der Staatsregierung. Der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hierseemann sagte, Innenminister Hillermeier sei in einem Ausmaß überfordert, daß der Rücktritt „für ihn

BAYERN

Mittwoch, 2. Juli 1986

Paß-Vermerk „Zurückgewiesen“ für Österreicher

Bestätigung durch die Grenzpolizei / SPD: Ungehore Diffamierung / CSU: Kein Recht eingeschränkt

München (by). Das Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei hat bestätigt, daß ein Teil der österreichischen Staatsbürger, die am Samstag nicht zu einer genehmigten WAA-Demonstration nach Bayern einreisen durften, in ihrem Paß den Vermerk „Zurückgewiesen“ erhalten haben. Ein Sprecher der Grenzpolizei begründete dies mit einer Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz. Die Zahl, wie viele Österreicher den Zurückweisungstempel erhielten, wisse er nicht.

● Allerdings sei nicht – wie behauptet – auch ausdrücklich vermerkt worden, daß die Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland unerwünscht seien. Indirekt ergibt sich dies jedoch durch den Hinweis auf die Bestimmungen des Ausländergesetzes. Gleichzeitig betonte die Grenzpolizei, daß der Paßvermerk für die Zukunft keine Wirkung habe. Der Zurückweisungstempel sei dann nicht mehr beachtlich und gelte nur für den Einreiseversuch der WAA-Gegner vom vergangenen Wochenende. Voraussichtlich am Donnerstag wird die Einreiseverweigerung aufgrund eines SPD-Dringlichkeitsantrags auch im Plenum des Landtags in München zur Sprache kommen. Der Sicherheitsausschuss des Bundestages wird für denselben Tag aus der Sommerpause heraus zu einer Sondersitzung nach Bonn einberufen.

● Der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hierseemann schrieb im Pressedienst seiner Partei, mit der Grenzsperrung habe die Staatsregierung die Toleranzschwelle überschritten. „In dieser Frage hat für uns die Gemeinsamkeit der Demokraten aufgehört“, empfahl Hierseemann über die „ungeheure Diffamierung“ friedlicher WAA-Gegner, zu denen Ärzte und Geistliche ebenso gehörten wie Kranken- und Ordensschwestern. Die SPD werde alles unternehmen, damit sich friedlicher Protest aus Österreich auch in Bayern artikulieren könne.

● Mit den Vorgängen werde sich der Ausschuss für Recht und Bürgerrechte des Europäischen Parlaments befassen, kündigte der baye-

rische SPD-Europaaabgeordnete Ludwig Fellermaier an. Der SPD-Europapolitiker warf Bayerns Innenminister Karl Hillermeier einen eindeutigen Rechtsbruch vor und wertete die Zurückweisungen als Verstoß gegen das auch von der Bundesrepublik ratifizierte europäische Übereinkommen über den freien Personenverkehr. Bayern habe mit „Polizeistaatsmethoden“ die Freundschaft zweier Völker verletzt.

● Hierseemann sagte bei der Pressekonferenz in Anwesenheit des in Griechenland geborenen bayerischen SPD-Europaaabgeordneten Jannis Sakellariou, vergleichbare Fälle von Zurückweisungen habe es wohl auch zur Zeit der Obristen in Griechenland gegeben. Nach Ansicht Fellermaiers sind die Vorgänge nur mit Zurückweisungen an osteuropäische Grenzen vergleichbar. Nachdem Hillermeier erneut in Mittelpunkt scharfer öffentlicher Kritik steht, meinte Hierseemann, ein Rücktritt wäre für Hillermeier „selbst das gnädigste“.

● Die Behauptung Fellermaiers, in die Pässe von Österreichern sei auch der Eindruck „In der

Bundesrepublik unerwünschte Person“ gestempelt worden, wies das Innenministerium in München zurück. Ein Sprecher meinte, zurückgewiesene Österreicher hätten den Paßstempel auch selbst verlangt, um damit für bereits angekündigte Klagen vor Gericht einen Beleg zu haben. Das Vorgehen der bayerischen Behörden sei eindeutig vom Völkerrecht gedeckt. Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky meinte am Dienstag vor Journalisten in Wien, er halte die bayerischen Maßnahmen zwar nicht gerade für einen Ausdruck gutnachbarlicher Beziehungen. Dennoch würden darauf keine diplomatischen Schritte seiner Regierung folgen. „Wir werden die Situation aber sehr genau beobachten“, kündigte Vranitzky an.

● Innenstaatssekretär Heinz Rosenbauer wies die SPD darauf hin, daß durch die Zurückweisung kein Recht österreichischer Staatsangehöriger eingeschränkt worden sei. Das verfassungsrechtlich garantierte Recht, in der Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren, hielten laut Grundgesetz nur alle Deutschen. Nicht in Deutschland lebende Ausländer hätten kein solches Recht. Außerdem seien die Zurückgewiesenen in keiner Weise wie Kriminelle behandelt worden. Rosenbauer versicherte, daß jeder österreichische Staatsangehörige als Besucher willkommen sei, daß ein Demonstrationstourismus jedoch nicht akzeptiert werden könne.

Die Erkenntnisse bleiben vorerst geheim

WAA-Untersuchungsausschuß schließt nun die Akten / Matsch: CSU-Bericht ohne Sensationen

München (by). Sechzig Seiten umfaßt der Schlußbericht, den die CSU am Dienstag in der letzten – nichtöffentlichen – Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag zur atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) auf den Tisch legte.

fünf CSU- und zwei SPD-Mitglieder des am 11. Dezember 1985 auf Betreiben der Opposition eingesetzten Ausschusses stießen bei ihren Zeugenbefragungen immer wieder an die Grenzen des Untersuchungsauftrags, über deren Einhaltung Leeb streng wachte. Ihren Fragenkatalog

Nummer 155 / Dienstag, 1. Juli 1986
Kath: Theoderich (Dietrich) v. Reims

Ev: Heinrich Voes und Jan van Esch 1523

Am Donnerstag Sondersitzung im Innenausschuß

Scharfe Kontroverse wegen Einreiseverbot

SPD und SPÖ protestieren bei Staatsregierung

Bonn (dpa). Zwischen Union und der Opposition in Bonn ist es zu einer scharfen Kontroverse wegen des am Wochenende von Bayern verhängten Einreiseverbots für österreichische Demonstranten gekommen. Voraussichtlich am Donnerstag wird sich in einer Sondersitzung der Bundestagsinnenausschuß mit dem Vorgang befassen. Die Sitzung war von der SPD beantragt worden. Sie begründete dies damit, die Zurückweisung der Österreicher, die gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf demonstrieren wollten, stelle einen schweren Eingriff in die europäische Freizügigkeit dar und belastete das Verhältnis zu Österreich „auf das schwerste“.

● Der SPD-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe, Erich Wolfram, forderte Bundeskanzler Helmut Kohl auf, sich bei seinem Wiener Amtskollegen für die bayerische Grenzsperrung zu entschuldigen. Wolfram nannte es einen „Skandal“, wie der bayerische Innenminister Hillermeier mit dem Recht auf friedliche Demonstrationen umgehe und den freien Grenzverkehr umgehe.

● Demgegenüber stellte sich die CSU-Landesgruppe in Bonn hinter die Münchener Landesregierung. Durch die „entschiedenen, erfolgreichen und verhältnismäßigen Maßnahmen“ sei einer weiteren Zuspitzung in Wackersdorf vorgebeugt worden, erklärte der Innenexperte der CSU in Bonn, Alfred Sauter. Es sei damit der „den jüngsten Absprachen zwischen den Grünen und Gewalttätern“ mit dem Zusammenspiel vorzüglich friedlicher Demonstranten mit Gewalttätern gerechnet werden müsse, die auch auf Polizisten gezielt schießen, meinte Sauter.

● Als „ungeheuerlich“ bezeichnete die Union einen Beschluß eines bundesweiten Koordinierungstreffens der Anti-Atomkraft-Bewegung am Wochenende in Frankfurt, nach dem alle Protestformen, auch gewaltsame, nicht als „kriminell“ anzusehen seien. Mit dieser Resolution offenbarten die Kernkraftgegner ihre wahren Absichten, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, in Bonn.

● Sprecher des Bundesverbandes und des Landesverbandes Hessen des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) betonten am

Montag, daß die Organisation jede Gewaltanwendung im Kampf gegen Atomenergie ablehne. Der Sprecher des Landesverbandes stellte damit klar, daß der BUND bei der Anti-Atomkraft am Wochenende in Frankfurt weder durch einen Vertreter, noch schriftlich der Abschlußresolution zugestimmt habe. Auch der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, der SPD-Abgeordnete Axel Wernitz, betonte am Montag im Saarländischen Rundfunk, daß seine Partei der Gewalt eine eindeutige Absage erteile. Dies „gilt auch für die Jusos“.

● Mit einer gemeinsamen Erklärung haben am Montag der Bundesvorstand der SPÖ und der Landesvorstand der bayerischen SPD bei der bayerischen Staatsregierung gegen die Grenzsperrungen für österreichische WAA-Gegner protestiert. „Wir verwarfen uns auf das entschiedenste dagegen, daß Menschen, die in friedlicher Absicht ihrer Sorge um die Gefahren der Kernenergie Ausdruck geben wollen, in ihrem Demonstrationsrecht eingeschränkt und zum Teil sogar wie Kriminelle behandelt wurden“, heißt es in der Erklärung.

Strauß verteidigt das Vorgehen Hillermeiers:

Grenzsperre blockiert Beziehungen zu Wien

Streit weitet sich aus / Kanzlertreffen möglich

Bonn/Wien (ap/dpa/mz). Die SPD-Bundestagsfraktion erwägt, wegen der Zurückweisung österreichischer Demonstranten durch die bayerischen Grenzbehörden auch den Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages aus den Parlamentsferien holen zu lassen. Nach Sondersitzungen des Innenausschusses im Bundestag und des Bayerischen Landtags erklärte dagegen Innenminister Hillermeier, der Freistaat werde weiterhin seine Grenzen „je nach Fall zumachen oder offenlassen“. (Siehe auch Leitartikel!)

■ In der von der SPD beantragten Sitzung des Innenausschusses im Bundestag erklärten lediglich die Vertreter von CDU und CSU, die Zurückweisung von 300 österreichischen Kernkraftgegnern am vergangenen Wochenende sei „politisch durchaus gerechtfertigt“. Die FDP hält dagegen die bayerische Maßnahme zwar für rechtlich zulässig, aber politisch falsch. Die SPD protestierte entschieden gegen das Vorgehen des bayerischen Innenministeriums, von dem das Bundesinnenministerium nach Angaben des bayerischen Innenstaatssekretärs Heinz Rosenbauer (CSU) vorab informiert worden war.

■ Der CSU-Innenpolitiker Hermann Fellner sagte, die Demonstration in Regensburg, zu der die Österreicher reisen wollten, sei zwar genehmigt gewesen. Dem Demonstrationsaufruf zufolge hätten sie aber anschließend zu einem ökumenischen Gottesdienst am Bauzaun der Wiederaufarbeitungsanlage im rund 30 Kilometer entfernten Wackersdorf fahren sollen. Üblicherweise komme es nach diesen Gottesdiensten, die als Sammelpunkt für Demonstranten dienten, zu Gewalttaten, sagte Fellner.

■ Die FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch und Gerhart Baum erklärten, nachdem Österreich selbst die Sache erfreulicherweise als provinziell behandle, sollte man „den Vorgang nicht zum Staatsakt erheben“. Wenn allerdings Bayern nun anfangen, sich zum Beispiel im Flugverkehr Schikanen gegen Österreich auszudenken, dann wäre es Sache von Bundeskanzler Kohl, darauf zu achten, daß das Verhältnis zu Österreich nicht durch „subalterne Kleinlichkeiten belastet wird“.

■ Nach der Kritik, die Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann an der Grenzsperre geübt hatte, warf der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Edmund Stoiber, dem FDP-Vorsitzenden vor, „dahergeredet zu haben, ohne sich über den Sachverhalt im klaren zu sein“. Außerdem habe Bangemann, der „dafür mitverantwortlich ist, daß die Polizei zum Schutz friedlicher Demonstrationen über keine ausreichenden Rechtsgrundlagen verfügt“, am allerwenigsten Veranlassung, die bayerische Regierung zu kritisieren.

■ Der Wiener Kanzleramtsminister Franz Löschnack erklärte, in einem Bericht seiner Regierung sollten auch die völkerrechtlichen Möglichkeiten und die Rechtsstellung unmittelbar betroffener Österreicher gegenüber der Wiederaufarbeitungsanlage geklärt werden. Löschnack schloß nicht aus, daß es „wegen der gespannten Stimmung“ zu einem Treffen zwischen Kanzler Vranitzky und dem deutschen Regierungschef Helmut Kohl kommen könnte.

■ Eine bayerische Sicherheitsstelle wollte von der österreichischen Polizei Informationen über WAA-Demonstranten erhalten. Das bestätigte ein Sprecher des österreichischen Innenministeriums in Wien. Wie inoffiziell verlautete,

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2

Grenzsperre blockiert Beziehungen . . .

Fortsetzung von Seite 1

handelte es sich um das Bayerische Amt für Verfassungsschutz. Die österreichische Staatspolizei habe dem zugestimmt, davon habe jedoch Innenminister Karl Blecha erfahren und angeordnet, „diese Schnüffelei sofort einzustellen“.

■ Ministerpräsident Franz Josef Strauß erklärte, er sei „überhaupt dagegen, daß Ausländer in der Bundesrepublik demonstrieren“ und stellte sich vor seinen Innenminister Karl Hillermeier. Das von diesem erlassene Einreiseverbot sei „genauso rechtmäßig wie seinerzeit die Anordnung des FDP-Innenministers Maihofer, der am 16. Februar 1977 die Einreise dänischer und holländischer Teilnehmer für die geplante Großdemonstration in Brokdorf verboten hat.“ Strauß erklärte weiter, Vranitzky sei „jederzeit in München willkommen. Wir können auch ein Informationsgespräch führen, bei dem er Einblick in alle Unterlagen nehmen kann.“

■ Bayern wird seine Grenzen für österreichische Kernkraftgegner auch in Zukunft „je nach Fall und Situation zumachen oder offen lassen“. Dies kündigte Innenminister Hillermeier am Donnerstag vor dem Plenum des Landtags bei einer von der SPD beantragten Dringlichkeitsdebatte an. Für die am morgigen Samstag erwarteten Österreicher, die auf dem Passauer Domplatz gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) demonstrieren wollen, werde er keine generelle Einreiseuntersagung

anordnen, teilte Hillermeier mit. Die Grenzen würden jedoch vorerst weiter für diejenigen Österreicher geschlossen bleiben, die direkt in Wackersdorf demonstrieren wollen. Den Vergleich der SPD mit totalitären Staaten bezeichnete Hillermeier als „schwere Beleidigung für die Demokratie“. Mit der Maßnahme sei niemand diskriminiert worden, von unerwünschten Ausländern könne keine Rede sein.

■ Dagegen empörte sich SPD-Fraktionschef Helmut Rothmund: „Was da passiert ist, war früher Privileg totalitärer Staaten.“ Dies sei eine Blamage für Bayern. Die CSU habe bis heute nicht das geringste Verhältnis zum Grundrecht der Demonstrationsfreiheit. Die Behauptung, die abgewiesenen Demonstranten hätten Gewalt ausüben wollen oder Gewalttäter indirekt unterstützen können, sei eine Verleumdung, da Ärzte und Krankenschwestern ebenso ausgesperrt worden seien wie Nonnen und Geistliche.

■ Richard Hundhammer (CSU) verwies auf ein Einreiseverbot Österreichs für Demonstranten aus der Bundesrepublik bei einem Salzburg-Besuch des früheren US-Präsidenten Richard Nixon in den 70er Jahren. Dagegen fragte der Bad Reichenhaller SPD-Abgeordnete Gustav Starzmann, was sich wohl die österreichischen Grenzbeamten gedacht haben müßten, die am vergangenen Samstag parallel zum bayerischen Einreiseverbot Demonstranten aus Freilassing zu einer Protestaktion gegen den Fluglärm nach Salzburg fahren ließen,



Die „Salzburger Protestspiele“ vom Juli 1986

Ende Juli 1986 nutzten die Salzburger Atomkraftgegner die Salzburger Festspiele und „verwandelten“ sie in „Salzburger Protestspiele 1986“ um ihrem Besorgnissen nach Tschernobyl im Beisein zahlreicher Festival-Besucher mit verschiedenen Aktionen Ausdruck zu verleihen, woraufhin der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß empört seinen Besuch bei den Salzburger Festspielen absagte.

So erschienen in der Folge mehrere Artikel in den „Salzburger Nachrichten“, welche die Aktivitäten der verschiedenen Salzburger Anti-Atom-Gruppen dokumentierten, so etwa am 10. Juli 1986:

WAA-Protest zum Festspielauftakt

Schwandorf und Salzburg besiegeln nach „Carmen“-Premiere Anti-AtomPartnerschaft

SALZBURG-STADT. Die Anti-Atom-Partnerschaft des Landkreises Schwandorf mit der Stadt Salzburg wird am ersten Festspiel-Wochenende offiziell besiegelt. Mit der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde wollen der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer und der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen „ein sichtbares und deutliches Zeichen ihrer Ablehnung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf“ setzen.

Reschen hat Schuierer zur Eröffnung der Salzburger Festspiele und zur „Carmen“-Premiere am 26. Juli eingeladen. Tags darauf wird die Partnerschaftsfeier auf dem Alten Markt, an der auch die Fraktionsführer der im Landkreis Schwandorf vertretenen Parteien teilnehmen werden, mit einem Konzert der Magistratsmusikkapelle und der Musikkapelle Schwandorf eingeleitet. Nach der Begrüßung und Ansprachen von Vertretern der Initiativen gegen die WAA Wackersdorf, von Landrat Schuierer und Bürgermeister Reschen wird die Partnerschaftsurkunde unterzeichnet.

In der Urkunde heißt es: „Mit dieser Partnerschaft soll die Sorge der Bevölkerung vor den grenzüberschreitenden Gefahren der Atomenergie zum Ausdruck gebracht werden. Die Bevölkerung des Landkreises Schwandorf und der Landeshauptstadt Salzburg wollen mit dieser Partnerschaft einen Beitrag zu einer atomfreien Zukunft leisten und mit gemeinsamen friedlichen, demokratischen Aktionen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verhindern helfen“.

Aktivitäten der Salzburger „Mütter gegen Wackersdorf“ ist eine kurze Ankündigung vom 16. Juli 1986 gewidmet:

Atomgegner planen Aktionswoche

SALZBURG-STADT. Die „Mütter gegen Wackersdorf“ wollen zur Eröffnung der Salzburger Festspiele eine Aktionswoche veranstalten. Zwischen 21. und 27. Juli sollen Festspielgäste und Touristen über die Gefahren der Wiederaufbereitungsanlage in Bayern informiert werden. Ein erstes Koordinierungsgespräch findet heute, Montag, um 20 Uhr im Gablerbräu statt.

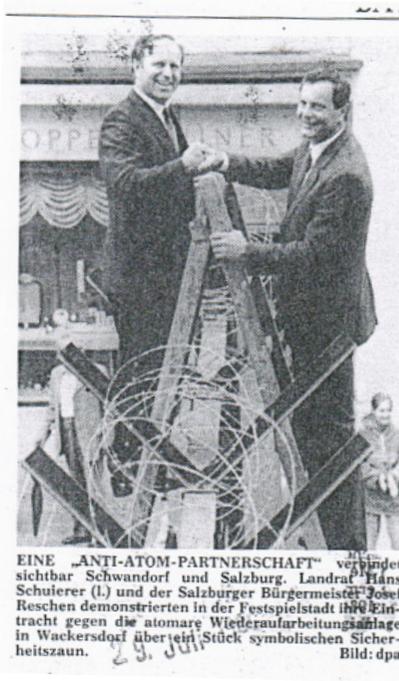
Schließlich wurde von den WAA-Gegnern in Salzburg und dem Landkreis Schwandorf auch eine Anti-Atom-Partnerschaft auf den Weg gebracht, worüber Ende Juli sowohl die „Salzburger Nachrichten“ als auch die „Mittelbayerische Zeitung“ in Regensburg zu berichten wusste:

„Anti-Atom-Partnerschaft

SALZBURG-STADT. Mit einem ökumenischen Gottesdienst werden Sonntag, 08:30 Uhr, auf der Jedermannbühne die Feierlichkeiten zum Abschluss der Anti-Atom-Partnerschaft mit dem Landkreis Schwandorf eingeleitet.“



Dies blieb seitens der bayerischen Staatsregierung bzw. der oberpfälzischen Bezirksregierung in Regensburg nicht unbeantwortet. So erfolgte schon am nächsten Tag von dort per orde de Mufti“ die Aufforderung der Aufhebung dieser ungeliebten Partnerschaft, wie die Regensburger MZ vom 30./31. August 1987 meldete:



Auf kleinere Aktionen der Salzburger Wackersdorf-Gegner während der vorangegangenen Tage verweist ein weiterer Artikel der „Salzburger Nachrichten“ vom 23. Juli:

Demo bei Fackeltanz geplant

Information über Wackersdorf auf dem Alten Markt

SALZBURG-STADT. Salzburger Aktionsgruppen gegen Wackersdorf wollen die Festspiel-Eröffnung benützen, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. So sollen kleinere Demonstrationen während des Fackeltanzes am Freitagabend und vor dem Festakt zur Festspiel-Eröffnung am Samstag stattfinden. Bei der Festspiel-Auffahrt am Samstagabend soll der bayerische Landrat Hans Schuierer, ein Wackersdorf-Gegner, mit besonderem Applaus begrüßt werden.

Die Gruppe „Mütter gegen Wackersdorf“ hat aufgefordert, für „Aktionen rund um die Festspiel-Eröffnung“ in Trauerkleidung Freitag um 18:00 Uhr auf dem Papagenoplatz und Samstag um 10:30 Uhr auf dem Alten Markt zu erscheinen. Bis 24. Juli wird ab 19:00 Uhr ein Informationsstand auf dem Alten Markt unterhalten. Bei der Polizei waren bis gestern keine Demonstrationen angemeldet.

REGION

Samstag, 30./Sonntag, 31. August 1986

Empörung herrscht in Schwandorf und Salzburg über Einschreiten von oben

Regierung: Anti-Atom-Partnerschaft aufheben!

Zweck der deutsch-österreichischen Zusammenarbeit nach Auffassung der Behörde keine Landkreissache

Regensburg/Schwandorf (wi). Die Oberpfalzregierung hat den Landkreis Schwandorf am Freitag ultimativ aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der österreichischen Stadt Salzburg zur Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (WAA) wieder aufzugeben. Für die Kündigung der „Anti-Atom-Partnerschaft“ wurde eine Frist von drei Monaten gesetzt. Sollte sich der Landkreis weigern, beabsichtigt die Regierung, den Partnerschaftsbeschluß selbst aufzuheben, erklärte Dr. Max Völcker, Leiter des Referates Kommunalwesen.

● Nach Ansicht der Rechtsaufsichtsbehörde ist der Kreistagsbeschluß rechtswidrig. Wie Völcker erläuterte, gehört es nicht zu den Aufgaben eines Landkreises, eine Wiederaufbereitungsanlage abzulehnen oder zu verhindern. Derartige Zielsetzungen, die Grundlage der Partnerschaft seien, würden den Rahmen sprengen, den die Rechtsordnung, insbesondere die Landkreisordnung, den Selbstverwaltungskörperschaften zuweise. „Selbstverständlich kann ein einzelner Bürger für oder gegen die Anlage sein“, sagte der Regierungsbeamte. „Nach der Gesetzeslage ist der bayerische Landkreis im Gegensatz zu den Gemeinden und Städten nicht frei, sich neue, zusätzliche Aufgaben zu suchen.“ Die herkömmlichen und festgeschriebenen Aufgaben der Landkreise bestünden hingegen in der Einrichtung von Krankenhäusern, Bau von Kreisstraßen oder Abfallbeseitigung. Kraft Ge-

setzes sei die Regierung verpflichtet, rechtswidrige Beschlüsse der Landkreise zu beanstanden. ● In einer ersten Stellungnahme erklärte Landrat Hans Schuierer (SPD), er sei von der Entscheidung der Regierung überrascht gewesen. Allerdings sei er mittlerweile Weisungen der Rechtsaufsichtsbehörde gewohnt, wobei er davon ausgehe, daß sie nicht immer richtig seien. Schuierer erinnerte an die Verbote der Frauendemonstration in Wackersdorf und des Anti-WAA-Hinnsinn-Festivals in Burglengfeld, die einer gerichtlichen Überprüfung nicht standgehalten hätten. Die erneute Beanstandung werde nun im Landratsamt auf ihre Berechtigung hin überprüft. Sollte sich herausstellen, daß der Partnerschaftsbeschluß tatsächlich rechtswidrig ist, werde man ihn aufheben. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, werde man Rechtsmittel einlegen und die Gerichte anrufen.

Nach dem Motto „jetzt erst recht“ werde man auf alle Fälle die Partnerschaft mit Salzburg weiter vertiefen. Schuierer: „Ich glaube nicht daran, daß die Beanstandung des Beschlusses von der Regierung selbst erfolgte. Man hat auf Weisung des Innenministeriums gehandelt.“

● Auch der Vizebürgermeister der Stadt Salzburg, Gerhard Bacher, äußerte in Vertretung des vereinten Bürgermeisters Josef Reschen (SPÖ) Erstaunen und Kritik an der Aufforderung der Oberpfalzregierung. Der Partnerschaftsbeschluß sei kein rechtsverbindlicher Akt, sondern eine Erklärung, daß man die gleichen Ziele verfolge. „Das Ganze ist mir völlig unverständlich“, sagte Bacher. Es stelle sich die Frage, ob eine Rechtsaufsichtsbehörde überhaupt das Recht habe, „reine Freundschaftsbeziehungen zwischen zwei Städten zu verbieten“. Durch die Beanstandung werde Schwandorf „bevormundet wie ein kleines Kind“.

● Mit einer Mehrheit von 27 zu 23 Stimmen hatte der Schwandorfer Kreistag am 23. Juni der Anti-Atom-Partnerschaft zugestimmt. Kernsatz: „Die Landeshauptstadt Salzburg und der Landkreis Schwandorf setzen mit dieser Partnerschaft ein sichtbares Zeichen ihrer Ablehnung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Mit dieser Partnerschaft soll ferner die Sorge der Bevölkerung vor den grenzüberschreitenden Gefahren der Atomenergie zum Ausdruck gebracht werden.“ Die CSU-Fraktion hatte damals die Partnerschaft als eine „Schaufenstersache“ abgelehnt. Offiziell unterzeichnet wurde die Urkunde am 27. Juli im Rahmen eines Festaktes auf dem Alten Markt in Salzburg. „Es war der Gedenktag an die Schlacht bei Mühldorf zwischen Friedrich dem Schönen und Ludwig dem Bayern“, erinnert sich der Pressesprecher der Stadt Salzburg.



Am 27. Juli 1986 hatte die „Neue Kronenzeitung“ ihren *Aufmacher* in drei großbuchstabigen „Headlines“:

„Massensterben“ als Atomprotest vor der Festspiel-Premiere

BERICHT SEITEN 10/11

„Mehr als 50 Atomgegner warfen sich beim

„Massensterben“

Mit einem „Massensterben“ vor dem Festspielhaus protestierten Samstagabend bei der „Carmen“-Premiere die Salzburger Wackersdorf Gegner. Mehr als 50 Menschen legten sich auf die Straße, als Sirenen einen Atom-Alarm simulierten. Schwarze Luftballons mit dem Atomzeichen schwebten über der breiten Gasse, als die Festspielgäste vorfuhren.

„Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei. In einer 150 Kilometer entfernten Atomanlage ist eine Betriebsstörung eingetreten. Bringen Sie sich in Ihren Häusern in Sicherheit. Schließen Sie alle Türen, Fenster und sonstige Öffnungen“, tönte es am Samstagabend aus zwei Megaphonen bei der Auffahrt zur Festspielpremiere in der mit Transparenten vollgepflasterten Hofstallgasse, „diese Zone wird zum Sperrgebiet erklärt, dessen Verlassen verboten ist“. Die Salzburger Plattform demonstrierte mit ihrer bisher beeindruckendsten Aktion gegen die „Atomfabrik“ in Wackersdorf: Ein „Massensterben“ unter der Devise „Wenn die WAA im Jahre 1997 Wirklichkeit wird.“

Während die einem Katastrophenplan entnommenen Warnungen ertönten, simulierten mehr als 50 Demonstranten einen Atom-Alarm- Als die Sirenen heulten, warfen sich die Menschen in der Hofstallgasse auf den Boden und blieben mehrere Minuten regungslos liegen. Nur die schwarzen Luftballons an ihren Gewändern bewegten sich im Wind.

Der Großteil der Festspielgäste, die vorfuhren oder auch zu Fuß kamen, reagierte auf das Spektakel mit Interesse: „Solche Demonstrationen finde ich in Ordnung“, meinte eine Dame im schwarzen Abendkleid.



S. 11

Kurzes Staunen und Buh-Rufe gab es, als der Lautsprecher verkündete: „Strauß kommt doch.“ Dann allerdings bog ein schwarzer Fiaker um die Ecke, besetzt von einem riesigen Vogel Strauß, begleitet von dem Sensenmann. Applaus brandete auf, als der Strauß den Kopf in einen Kübel mit Sand stecken musste. Die Demonstration, mit der Polizei abgesprochen, verlief ohne Zwischenfälle.

Morgen leiten die Anti-Atom-Initiativen mit einem ökumenischen Gottesdienst (8:30, Domplatz) den feierlichen Abschluss einer Anti-Atom-Partnerschaft (11, Alter Markt) zwischen dem Landkreis Schwandorf und der Landeshauptstadt ein.

Im Zeichen der Atom-Angst standen auch teilweise die Ansprachen bei der offiziellen Festspiel-Eröffnung Freitagvormittag im großen Haus (siehe die folgenden Kästen).



simulierten Atomalarm vor den Premierengästen auf die Straße:

bei der Festspiel-Auffahrt!



Alle Fotos: Peter Baldinger

Das „Massensterben“ vor der „Carmen“-Premiere: Beeindruckende Aktion der Wackersdorf-Gegner

Und auf der folgenden Seite 12 ging es um die Irritationen angesichts der Nachricht um das bayerische Vorhaben, sogar dem österreichischen Vizekanzler Steger die Einreise nach Deutschland zu einem Anti-Wackersdorf-Auftritt zu verweigern:

Anif: Deutscher und österreichischer Außenminister wollen bei Treffen „Riss“ kirren

„Gipfel“ um Steger-Einreiseverbot

Der Wirbel um den bayrischen Plan, Österreichs Vizekanzler Steger nicht zu einem Anti-Wackersdorf-Auftritt einreisen zu lassen, stand Samstagnachmittag im Mittelpunkt eines Gesprächs des deutschen Außenministers Genscher mit seinem Wiener Amtskollegen Jankowitsch in Anif bei Salzburg, Vor allem in der Bundesrepublik hat die Aktion der Münchner viel Staub aufgewirbelt.

Im Bonner Außenministerium versuchte man am Wochenende die Affäre herunterzuspielen, Bei der bayrischen Anfrage wegen eines Einreiseverbots für Steger (der wollte bei einem Anti-Wackersdorf-Popfestival eine Rede halten, verzichtete dann aber auf den Auftritt) hätte es sich um einen Telefonanruf „auf der unteren Ebene“ gehandelt. In München selbst wurde überhaupt geleugnet, dass es Überlegungen über eine Aussperrung des österreichischen Vizekanzlers gegeben hätte. „Lediglich auf Referentenebene“ habe das bayrische Innenministerium in Bonn angefragt, „welchen Status Steger habe und ob er „nach den geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Völkerrechts“ in Bayern eine Rede halten dürfte. Der deutsche Außenminister Genscher, der ein Einreiseverbot für Steger abgelehnt hatte, „antwortet öffentlich auf eine Frage, die gar nicht gestellt worden ist“, polterte der Münchner Innenminister Karl Hillermeier.





Am Weg zur Festspiel-„Carmen“ machte BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher gestern Station im Anifer „Point-Hotel“, um seinen österreichischen Ressortkollegen Peter Jankowitsch zu treffen. Nach einstündigem Vieraugengespräch meinte Genscher: „Durch keines der Ereignisse darf unsere gute, enge, vertrauensvolle Beziehung beeinträchtigt werden.“

Ein bilateraler Vertrag über Informationsaustausch und Sicherheit in Sachen Wackersdorf werde ausgearbeitet. Eine „Denkpause“ über das Atomprojekt werde es aber nicht geben, meinte Genscher. Es gebe keine Vertrauenskrise mit der Bundesrepublik, die „Irritationen“ gingen Richtung Bayern, sagte Außenminister Jankowitsch.“

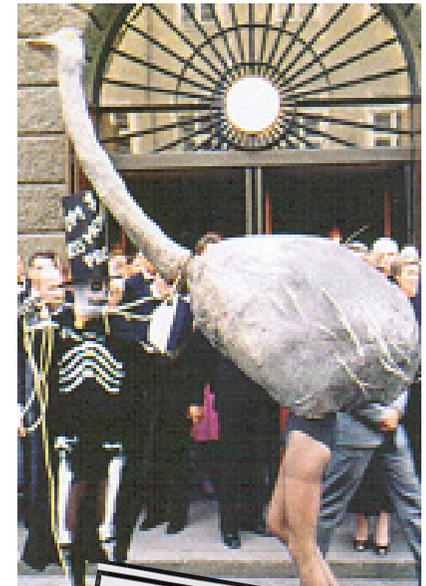


Die „Mütter gegen Wackersdorf“ bewahrten die Festgäste mit ihrem ernsthaften Protest vor allzu blauäugiger Jubel-Trubel-Feststimmung

Aktionen angesichts der „Salzburger Protestspiele“ 1986

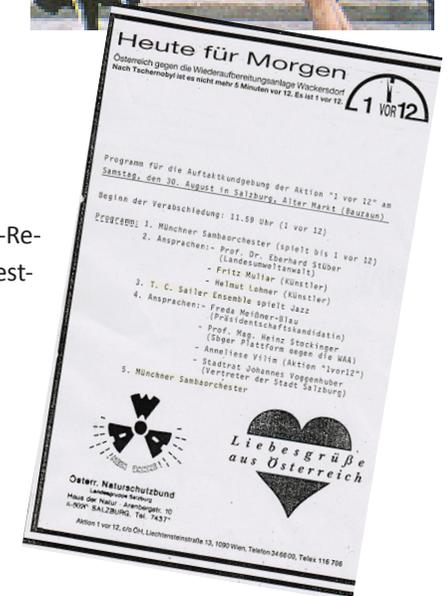
• „Der Strauß und der Tod“

Kopf in den Sand – die Betreiber der WAA Wackersdorf vor der Atomgefahr. Verkleidungsaktion der Antiatom-Plattform vor dem Festspielhaus. Den bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, WAA-Hauptbetreiber und Befürworter einer Atombewaffnung Deutschlands, veranlassen die „Protestspiele“, erstmals seinen Besuch bei den Salzburger Festspielen abzusagen.



• „Die-in“ – Katastrophenalarm vor dem Festspielhaus.

Hunderte Demonstranten aus der Oberpfalz (WAA-Region) und Salzburg simulieren den Atomtod zur Festspieleröffnung vor ebenso vielen Festspielgästen



Darüber, dass diese Aktion gleichwohl zu Anfang schleppend in Gang gekommen war, wussten die „Salzburger Nachrichten“ vom 01.08. zu berichten:

„Schwache Kulisse für ‚1 vor 12‘

Helmut Lohner klagt über „so wenig Beteiligung“ bei einer lebenswichtigen Sache:



Helmut Lohner und Fritz Muliar warnen vor Atomgefahr
Die beliebten Schauspieler (Lohner links) hatten sich die Mühe gemacht, die Aktion „1 vor 12“ auf dem Salzburger Alten Markt zu verabschieden. Es kam nur etwa 300 Zuschauer.
Bilder: SN/Stefan Andriska

SALZBURG-STADT. Wenig Zuschauer und Zuhörer hatten Samstag um 11:59 Uhr die „Grünen“ Freda Meißner-Blau und Günther Nennung, die Salzburger Bürgerlisten-Politiker Johannes Voggenhuber und Herbert Fux und die beliebten Schauspieler Fritz Muliar und Helmut Lohner, als sie auf dem Alten Markt die Aktion „1 vor 12“ Richtung Bayern verabschiedeten. Sie soll unter dem Motto „Liebesgrüße aus Österreich“ vor den Gefahren der Atom-Wiederaufbereitung in Wackersdorf warnen. Die Schockwirkung von Tschernobyl scheint in Salzburg zu verblassen, auch das Münchner Sambaorchester riss keine Zuschauermassen herbei.

Der vor Atomgefahren warnende Schauspieler Helmut Lohner sagte auf dem Alten Markt, er sei „etwas enttäuscht, dass bei einer so lebenswichtigen Sache so wenig Beteiligung vorhanden ist“. Seine Erwartung lautet: „Ich hoffe, wenn Sie’s weitersagen, werden wir mehr werden.“

Fritz Muliar wies den Vorwurf der österreichischen Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurück. Die Atom-Aufbereitungsanlage sei eine Einmischung in die Gesundheit unserer Kinder und Kinderkinder. Das wiege schwerer als völkerrechtliche Bedenken.“

Am 04. August 1986 trat ein Bläserensemble aus Tübingen in Salzburg auf verschiedenen Plätzen auf, um „zum Marsch gegen die WAA Wackersdorf“ zu blasen, wie ein Photo und eine Kurznachricht in den „Salzburger Nachrichten“ dokumentiert:



Zum Marsch gegen die WAA Wackersdorf geblasen
Bläser aus Tübingen versammelten sich Samstag auf dem Mozartplatz zu einem Anti-Atomkraftwerke-Ständchen. Das Spiel wurde auf mehreren Plätzen der Stadt wiederholt. Den Abschluß der Anti-AKW-Konzerte bildete ein Auftritt auf dem Domplatz. SN 4.8.86
Bild: SN/Robert Rätzer

Dass „die Salzburger“ ihrerseits ein Forum im benachbarten Deutschland, hier in der oberpfälzischen Metropole Regensburg, suchten, dokumentiert ein Zeitungsbericht von dort. So heißt es am 05. September 1988 hierzu in einer Vorankündigung der Regensburger „Mittelbayerischen Zeitung“:

„Regensburg bekommt Besuch aus Salzburg

Regensburg (mz). Am kommenden Samstag reist mit einem Sonderzug eine Delegation von Österreichern aus der Stadt Salzburg nach Regensburg, „um auf freundschaftliche Art ihrer Sorge über den Bau der WAA Ausdruck zu verleihen“. Außer Argumenten gegen die WAA aus österreichischer Sicht wird auch Musikalisches (Blasmusik, Streichquartett, Chansons, Jazz), Literarisches (Dichterlesungen, Theater, Kabarett) und Kulinarisches (Salzburger Schmankerln) geboten. Es ist auch ein umfangreiches Kinderprogramm vorgesehen. Die Veranstaltungen finden auf folgenden Plätzen statt: Haidplatz, Thon-Dittmer-Hof, Kohlenmarkt und Scheugässchen (Spielplatz). Um 11 Uhr werden die Salzburger von der Kreisgruppe des Bundes Naturschutz abgeholt und zum Haidplatz begleitet, wo eine Minute vor zwölf die Veranstaltung beginnt.“

Und der „Münchner Merkur“ berichtete. über diese Tournee unter der Schlagzeile

„Kleinkunst aus Salzburg soll das Verhältnis zu Bayern verbessern.

Dreiwöchige Informationstournee wurde in Regensburg fortgesetzt

Regensburg (lby) – Österreichische Kernkraftgegner haben ihre dreiwöchige Informationstournee „1 vor 12“ quer durch Bayern am Samstag in Regensburg mit den „Salzburger Protestspielen“ fortgesetzt. 56 Künstler aus der Alpenrepublik, die auf verschiedenen Plätzen der Stadt ein buntes Kulturprogramm aus Dichterlesungen, Musik- und Theateraufführungen präsentierten, wurden von rund 150 Kernkraftgegnern begleitet. Die gesamte Gruppe konnte nach Angaben der Veranstalter am Samstagmorgen ungehindert mit einem Sonderzug nach Bayern einreisen.

Im Zuge der dreiwöchigen Kampagne gegen die 50 Kilometer nördlich Regensburgs geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf, die am 31. August mit einer Flaggenhissung auf der Zugspitze begann, wollen die in der überparteilichen „Salzburger Plattform“ zusammengeschlossenen 67 österreichischen Anti-WAA-Gruppierungen bis 20. September in 21 bayerischen Städten Veranstaltungen durchführen. Ziel der gesamten Aktion sei es nicht zu demonstrieren, sondern zu informieren, sagte Hannes Augustin, einer der Sprecher der Salzburger Plattform. Gleichzeitig sollten die Kontaktbesuche die schlechter gewordenen Beziehungen zwischen Bayern und seinem Nachbarland verbessern.

Plattform-Vertreter Heinz Stockinger kritisierte den seiner Meinung nach rüden Ton der bayerischen Politiker gegenüber den österreichischen Kernkraftgegnern. „Dabei vertreten wir eigentlich doch nur die offizielle Linie der amerikanischen Regierung in Sachen WAA“, meinte Stockinger. Die USA hätten nicht ohne Grund 1977 im Zivilbereich auf die Wiederaufarbeitungstechnologie verzichtet.

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). Hubert Weinzierl, wertete die Informationskampagne der Österreicher in Bayern nicht als Einmischung in deutsche Angelegenheiten, sondern als Beweis internationaler Solidarität.“

Auch die „Süddeutsche Zeitung“ vom 08. September widmete der Aktion in Regensburg einen Bericht:

„Kunstoffensive gegen die WAA

Österreicher veranstalten in Regensburg „Salzburger Protestspiele“

REGENSBURG (dpa) – Österreichische Kernkraftgegner haben ihre dreiwöchige Informationstournee „1 vor 12“ quer durch Bayern am Samstag in Regensburg mit den „Salzburger Protestspielen“ fortgesetzt. 56 Künstler aus der Alpenrepublik, die auf verschiedenen Plätzen der Stadt ein buntes Kulturprogramm aus Dichterlesungen, Musik- und Theateraufführungen präsentierten, wurden von rund 150 österreichischen Kernkraftgegnern begleitet. Die gesamte Gruppe konnte nach Angaben der Veranstalter am Samstagmorgen ungehindert mit einem Sonderzug nach Bayern einreisen. Nach Polizeiangaben verlief die eintägige Kunstaktion ohne Zwischenfälle.



Informieren statt demonstrieren

Im Zuge der dreiwöchigen Kampagne gegen die 50 Kilometer nördlich Regensburgs geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf, die am 31. August mit einer Flaggenhissung auf der Zugspitze begann, wollen die in der überparteilichen „Salzburger Plattform“ zusammengeschlossenen 67 österreichischen Anti-WAA-Gruppierungen bis 20. September in 21 bayerischen Städten Veranstaltungen durchführen. Ziel der gesamten Aktion sei es nicht zu demonstrieren, sondern zu informieren, sagte Hannes Augustin, einer der Sprecher der Salzburger Plattform. Gleichzeitig sollten die Kontaktbesuche die schlechter gewordenen Beziehungen zwischen Bayern und seinem Nachbarland verbessern.

Plattform-Vertreter Heinz Stockinger kritisierte den seiner Meinung nach rüden Ton der bayerischen Politiker gegenüber den österreichischen Kernkraftgegnern. „Dabei vertreten wir eigentlich doch nur die offizielle Linie der amerikanischen Regierung in Sachen WAA“, meine Stockinger. Die USA hätten nicht ohne Grund 1977 im Zivilbereich auf die Wiederaufarbeitungstechnologie verzichtet.

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), Hubert Weinzierl, wertete die Informationskampagne der Österreicher in Bayern nicht als Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, sondern allenfalls als Beweis internationaler Solidarität. Weinzierl unterstrich in dem Zusammenhang die wachsende Bedeutung des Bundes Naturschutz (BN) für viele CSU-Sympathisanten, denen die konservativen Parteien keine politische Heimat mehr böten. „Nie zuvor in seiner 73jährigen Geschichte hatte der Bund Naturschutz einen solchen Zulauf wie im letzten halben Jahr“, sagte der BUND-Vorsitzende. Seit Januar sei die Mitgliedschaft um 6000 gewachsen.

„Stärkeres Echo erhofft“

Interessiert bis gleichgültig reagierten die Regensburger nach Einschätzung auf die Kulturveranstaltungen der österreichischen Künstler, unter ihnen Ensemblemitglieder des Salzburger Landestheaters. Insgesamt habe man sich aber ein stärkeres Echo erhofft, resümierte Heinz Stockinger. Die Plätze im Sonderzug aus Salzburg seien ebenfalls nur zur Hälfte besetzt gewesen.

Mehrere Artikel in der Regensburger „Mittelbayerischen Zeitung“ beschäftigen sich mit diesem Besuch der Salzburger Nachbarn:

Und im Kulturteil der Regensburger „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 09. September 1986 geht der damalige Journalist und heutige Bayerische Rockintendant Bernd Schweinar ausführlicher auf die Mitwirkenden, das Programm und die Motive der Salzburger Künstler ein:

„Mit Kunst gegen den Schlagbaum

Salzburger Künstler gegen die WAA

„Offene Zweierbeziehung“ „Fiasko“ u.a.

„Kunst ist für uns immer auch politisch, weil Kunst Teile der alltäglichen Sehnsüchte der Menschen aufarbeite.“ So lautet die einhellige Meinung der nach ihrer Motivation befragten sieben Schauspieler vom Salzburger Landestheater. Sie waren, wie weitere Kabarettisten und Musiker auch, auf Initiative der österreichischen Anti-WAA-Organisation „Eins vor Zwölf“ zu einer kulturellen Demonstration nach Regensburg gekommen. Ihre Beweggründe mögen sich in Nuancen unterscheiden, in der Tendenz sind sie gleich.

Der Schauspieler Peter Scholz: „Im Bereich meiner kulturellen Möglichkeiten tue ich als Künstler etwas gegen die WAA, weil ich eine innere Verpflichtung sehe.“



Montag, 8. September 1986

„Die Erfolgsaussichten sind gut“ Information der Aktion 1 vor 12 Atomkraftgegnern aus Österreich am Samstag in Regensburg zu Gast

Regensburg. „Wir müssen lernen, so lange lässt es sein, bis geschah, was wir wollen“, wahlweise die bayerische Staatsregierung, sondern ein atomares Ziel. Sie sind die größten Städte Bayerns ihre Informationskampagne fortzusetzen. Am Samstag ist überaus ein Besuch in Schwandorf vorgesehen.

Die Erfolgsaussichten sind nicht schlecht, Professorendruck hat. Ist der Vertreter der Aktion, die unter dem Titel „Eins vor Zwölf“ am Samstag wieder in Regensburg, unter dem Motto „Aktion 1 vor 12“ waren Vertreter von 67 Organisationen, auch den beiden Zweifeln einzuhalten, wie es um unsere Zukunft steht.“

Lehrspiel Österreich
Atomkraft oder nicht in eine Frage des Menschheitsfortschritts und keine Frage der Politik. Man hat am Samstag in Regensburg ein Protest gegen die geplante WAA teilgenommen. Die Österreicher möge man sich, denn dort sie sich in der Alpenregion für oder gegen die Kernenergie. Gegen die Atomkraft hat sich zum Beispiel Salzburger Erzbischof Karl Dopf und der Salzburger Bischof Franz Vontsch (ÖVP) Landtagsabgeordnete der FPÖ und der CSU zu nennen. Und die Bewegung eines der Landesparlamente. Österreichische Hochschullehrer, die für die CSU sind, sind auch nur bündel vor Atomkraft. Wie zur Demokratie? Noch ein Österreich haben auch gegen Atomkraft demonstrieren, in der CSU und in Europa. Menschen nicht auch in Österreich befragt.

Kollege Michael Dangl meint, dass die Aktion auch deshalb wichtig sei, „weil der Schock in der Bevölkerung seit Tschernobyl schon wieder stark nachgelassen hat“. Orientierung an der Regensburger Realität sucht auch ein deutsches Ensemblemitglied, die Frankfurterin Babette Winter. Sie habe sich mehr Zuhörer erhofft, finde aber, dass es „trotzdem sehr schön“ gewesen sei, „weil die Leute stehengeblieben sind und intensiv zugehört haben“.

Wer sich in der Hektik der Wochenendeinkäufe nicht die Zeit nahm, am Haidplatz oder im Thon-Dittmer-Hof zu verharren, hat viel versäumt. Manchem Passanten waren die künstlerischen Beiträge wohl zu einseitig. Dies lag halt am Charakter der Veranstaltung.. Obwohl es auch Gassen gab, wo Kunstschaffende auch ohne parolenträchtige Inhalte überzeugten: die Klangimprovisation des Percussionisten Gerhard Laben zum Beispiel oder die Figuren des Tanztheaters „Nonentini“. Beide machten deutlich, dass sich Solidarität als Inhalt auch symbolisieren lässt.

Irgendwo zwischen Kunst und Politik steht das „Kleine Theater“. Ihr Stück von der „Offenen Zweierbeziehung“ bringt eine eher menschliche Seite in die WAA-Thematik. Während sich der Ehemann in diversen Eskapaden zwischen minderjährigen „Eistütchen“ und maskulin ausgenutzten „Pilzinnen im Wald ergeht, erobert die Ehefrau die Gunst eines Kernphysikers der nahegelegenen WAA. Überaus gekonnt tummeln sich die beiden Darsteller im Sumpf menschlicher Marionettenhaftigkeit, verdeutlichen die Problematik des „atomaren Genies in der Familie“ und lassen gleichzeitig vielen Eltern visionäre Schwierigkeiten vor Augen tanzen.

Knallhart an der Realität orientiert sich die Kabarettistin Edith Hollenstein. Zwischen politisch tief sinnigen Chansons und satirischem Spielszenario glänzt sie in der Klischeerolle vom „naiven Hausfrau“. In einem Wust von chemikalienträchtigen Putzmitteln und durch Dünger und radioaktive Rückstände verseuchten Lebensmitteln kapituliert sie in ihrer Küche unter dem Titel „Friss und sei tot“. Bizarre Wirklichkeit, die hautnah den Zuhörer packt.

Mehr Pepp kennzeichnet das Programm von Franz Prioler. Seine Quelle ist der Alltag, sein Motto; „Schreib' auf, wenn Dir etwas nicht passt!“ Ironisch konzentriert er sich auf die Konfliktsituation des Bürgers mit den Ordnungskräften. Er spricht die auf dem Haidplatz versammelten Polizisten sogar direkt an. Bei ihm wird aus einem Schlagstock eine „nichtschießende leichtverteidigende Selbstschutzwaffe“. Damit es in einer hiesigen Rundfunkanstalt gespielt werden könne, hat er Konstantin Weckers Lied „Willy“ in „Gustl“ umgetextet.

Einen schweren Stand haben die beiden Autoren Christine Haidegger und T. Friedemann am Kohlenmarkt. Im Verkehrslärm zwischen Bushaltestelle und stark frequentierter Wahlenstraße geht ihr Lyrikvortrag nahezu unbemerkt unter. Da nützt es wenig, dass ein Solist zwischendurch Flötenkonzerte von Mozart anstimmt. An gleicher Stelle locken die Schauspieler des Salzburger Landestheaters ungleich mehr Passanten an. Ihr Sprechrollenvortrag unter dem Titel „Bayerische Apokalypse“ konfrontiert offizielle Regierungsverlautbarungen zu Atomenergie und Tschernobyl mit literarischen Texten (Kästner, Bukowsky, Graf).



Das Salzburger Landestheater am Regensburger Kohlenmarkt mit seiner „Bayerischen A

Überragend ihre Einbeziehung des Publikums beim Verkaufsgespräch „Flunker Bunker gegen WAA-Störfall“. Zwischen spitzen Seitenhieben („Als Exklusivmodell ein Dienstbunker mit Sekretärin und Ruheraum für den älteren Beamten“) aber immer wieder ernüchternde Realsatire in Form von Politikersprüchen: „Die Atomkraft ist schon so sicher wie die Weltraumfahrt“.



Dem kleinkarierten und unhöflichen „Desinteresse“ der Regensburger (CSU-)Stadtspitze am Besuch der Österreicher, das in krassem Gegensatz zum Verhalten anderer bayerischer Bürgermeister stand, ist ein Bericht der Regensburger Wochenzeitschrift „DIE WOCHE“, S. 11 vom 11. September 1986 gewidmet:

„Salzburger standen vor geschlossener Rathausstüre

Ungastliches Regensburg

Eine Minute vor zwölf Uhr hatte der Landshuter Oberbürgermeister Josef Deimer, CSU, in der letzten Woche die österreichische Anti-Atom-Bewegung „1 vor 12“ im Rathaus empfangen, seine Sympathie für die Gäste bekundet und zum Dank ein Gemälde des Künstlers Hundertwasser erhalten. Das Regensburger Rathaus hingegen konnten die Gäste aus Salzburg am letzten Samstag nur von außen bewundern.

Stallwächter Alfred Hofmaier, der sonst schon mal einen CSU-Ortsverband aus Harting in goldener Amtskette im Kurfürstenzimmer bewirbt, begründete sein wenig gastfreundliches Verhalten erst mit „Terminschwierigkeiten“, um sich später - auf Anfrage der WOCHE – auf Formalien herauszureden. Er, Hofmaier, habe sich „ordnungsgemäß“ dereinst bei Salzburgs Bürgermeister Josef Reschen samt Seniorenclub angemeldet und sei empfangen worden, die rund 200 Salzburger dagegen blieben draußen.

Bürgermeister Hofmaier: „Des san so schlitzohrige Organisatoren, so abdrahte“. Statt des in den Augen Hofmaiers für einen Empfang zwingend erforderliche Anschreibens, etwa eines Bürgermeisters, sei eine Abordnung der überparteilichen Anti-WAA-Plattform vorstellig geworden. Ergebnis der Unterredung war, so Alfred Hofmaier, „größzügigstes Entgegenkommen“,

Das bestand darin, dass die 56 österreichischen Künstler – darunter Mitglieder des Salzburger Landestheaters – am Haidplatz, am Kohlenmarkt und im Thon-Dittmer-Hof auftreten durften. Und so sah die Regensburger Altstadt am Samstag eine Art kleines Bürgerfest mit Musik, Kabarett und Straßentheater. Mit Ausnahme einiger SPD-Stadträte glänzte die Stadt durch Abwesenheit.

Späher berichteten am Montag im Rathaus, es habe sich eher um eine Demonstration denn um eine Kulturveranstaltung gehandelt. Die Beobachter hatten registriert, dass die Salzburger in geschlossener Formation vom Bahnhof in Richtung Haidplatz marschierten – allerdings ohne den Verkehr am „Langen Samstag“ zu beeinträchtigen. Außerdem waren einige Reden gehalten

worden. Wesentlicher Inhalt: Weil Regensburg nur 150 Kilometer Luftlinie von Salzburg entfernt sei, nehme man sich das Recht heraus, auf die Haltung Österreichs in puncto Risiken der Kernenergie hinzuweisen. Das ist kein Anliegen irgendwelcher rot-grüner Ausstiegsvereinigungen, sondern Anliegen aller politischen Parteien des Nachbarstaates.

Da bekam der der ÖVP angehörende stellvertretende Landeshauptmann eben so viel Beifall wie der Salzburger Vize-Bürgermeister von der SPÖ oder Sprecher des Naturschutzes und jener „Anti-WAA-Plattform“. Für diese Unterstützung, die wegen der grenzüberschreitenden Thematik keine Einmischung darstellen könne, dankte MdL Christa Maier und BUND-Vorsitzender Hubert Weinzierl. Plattform-Sprecher Heinz Stockinger überreichte Weinzierl einen Bildband über Salzburg und eine Schallplatte. Bitte: Die Geschenke sollen dem Bürgermeister weitergegeben werden.

Ein von der Salzburger Landesregierung finanziertes Flugblatt wurde zum Abschluss der Kleinkunstoffensive an das Rathausportal geheftet. Denn nicht einmal eine (angekündigte) Botschaft hatte Hofmaier entgegennehmen wollen. Das Vorzimmer des Bürgermeisters ließ ausrichten, dass für Post am Wochenende der Rathaus-Briefkasten zur Verfügung stehe.



Vor der Kleinkunstoffensive warnten die Österreicher vor den Risiken der Kernenergie. Foto: Eddi



Künstler gegen Wackersdorf

(01. November 1986 im Salzburger Landestheater)

Am Samstag, 01. September 1986 schließlich kam es unter dem Motto „Künstler gegen Wackersdorf“ zu dem seit Mitte August im Landestheater Salzburg geplanten, von 10:00 Uhr morgens bis Mitternacht dauernden Anti-WAA-Event mit mehr als 100 Künstlern und gut 3500 Besuchern.

Vorher war die Protestresolution gegen die Wackersdorfer Atomfabrik auf mehr als 130 Künstler-Unterschriften aus verschiedenen Kunstsparten und Ländern angewachsen, wie die „Salzburger Nachrichten“ vom 31. Oktober zu verzeichnen wusste.

„Wackersdorf darf nicht gebaut werden!“

Mehr als 130 Künstler unterzeichneten Protestresolutionen gegen die Atomfabrik

„Wackersdorf darf nicht gebaut werden! Diese Anlage, in deren Hauptwindrichtung die Stadt Salzburg liegt, belastet schon im Normalbetrieb die angrenzenden Gebiete mit einem Vielfachen der radioaktiven Strahlung eines gewöhnlichen Atomkraftwerks. Diese Anlage stellt eine Bedrohung Salzburgs dar.“ Diese Protestresolution gegen den Bau der Atomfabrik in Wackersdorf unterzeichneten mehr als 130 Künstler. Gegen die gefährliche Anlage unterschrieben:

Ferruccio Furlanetto, Jocelyn Taillon, Günter von Kannen, Martin Finke, Hans Franzen, Gertrude Jahn, Günter Reich, Heinz Zednik, Jolanta Radek, Harry Kupfer, Alexander Malta, José van Dam, Albert Medina, Trudelise Schmidt, Horst Stein, Wolfgang Schöne, Manfred Jungwirth, Horst Hiestermann, Margarita Lilowa, Gudrun Sieber, Werner Hollweg, Richard Beek, Matthias Hell, Bruno Ganz, Angela Winkler, Ilse Ritter, Claus Peymann, Rudolf Wessely, Peter Wolfsberger, Helmut Lohner, Marthe Keller, Marianne Nentwich, Radu Lupu, Heidi Zink, Bernt Engelmann, Lisa Fitz, Andreas Lechner, Felix Dvorak, Rudi Klaffenböck, Peter Schratt, Otfried Fischer, Reiner Panitz, Klaus Wildbolz, Wolfgang Hübsch, Gustl Bayrhammer, Rudolf Buczolich, Lambert Hamel, Herbert Achternbusch, Hilde Krahl, Walter Langer, Herbert Lederer, Franz Mulec, Stephan Paryla, Frank Hoffmann, Eva Lind, Heinz Marecek, Brigitte Neumeister, Elfriede Ott, Zdislawa Donat, Rolf Boysen, Jörg Hube, Mirjana Irosch, Erich Schleyer, Sylvia Lukan, Hubert Kronlachner, Reinhard Hauser, Martin Sperr, Erwin Steinhauer, Hans Graf, Günther Schneider-Siemssen, Franz Grundheber, Ronald Schneider, Wolfgang Böck, Falco, Beni Schmid, Norman Shetler, Eric Vu-An,

Johannes Schaaf, Bernd Weikl, Bill Ramsey, Anna Tomowa-Sintow, Fritz Muliar, Yehudi Menuhin, Erwin Ortner, Michael Well, Christa Ludwig, Elisabeth Augustin, Francois Beukelaers, Klaus Martin Ziegler, Sylvain Cambreling, Lona Culmer-Schellbach, Oskar Peter, Gertrud Roll, Heinz Holecek, Milan Turkovic, Robert Meyer, Hans Zender, Christine Barbaux, Harald Grill, Paulus Manker, Ignaz Kirchner, Sandor Vegh, André Watts, Will Quadflieg, Robert Holl, Magda Nador, Herbert Prikopa, Marie-Luise Neunecker, Angelika Milster, Karlheinz Hackl, Ernst Meister, Wolfgang Fassler, Marjana Lipovsek, Alfred Burgstaller, Brigitta Swoboda, Joachim Bißmeier, Maurizio Pollini, Heinrich Schiff, Klaus Höring, Erika Pluhar, Markus Hinterhäuser, Michael Degen, Heinz Peters, Ruth Drexel, Otto Tausig, Edwin Noel, Peter Michael Hamel, Eduard Lehmann, Edita Gruberova, Helmut Ruge, Edith Wiens und Christian Wallner.



Gudrun Sieber Helmut Lohner Eva Lind Werner Hollweg Marianne Nentwich



Weitere Teilnehmer der Veranstaltung vom 01.11.1986



Klaus Wildbolz: 20.50 Uhr



Felix Dworak: 14.30 Uhr



Brigitte Neumeister: 19.20 Uhr



Heinz Ehrenfreund: 20.20 Uhr

Ablaufprogramm

Auch der frühere Schlagersänger Bill Ramsey, dessen musikalische Leidenschaft realiter der Jazz-Musik galt sowie der neue Direktor des Wiener Burgtheaters, Claus Peymann, hatten ebenso wie zahlreiche andere prominente Künstler schon im August ihre Bereitschaft bekundet, zu Allerheiligen, d.i. der 01. November im Salzburger Landestheater gegen die in Wackersdorf geplante WAA aufzutreten, wie in den „Salzburger Nachrichten“ bereits am 01.08. verlautbarte.

Ramsey und Peymann sind dabei
Teilnahme am Wackersdorf-Tag im Landestheater

SALZBURG-STADT. Auf jeden Fall der Schlagersänger Bill Ramsey, aber vielleicht auch der neue Direktor des Wiener Burgtheaters, Claus Peymann, und weitere prominente Künstler werden am 1. November im Salzburger Landestheater auftreten und ihre Ablehnung der Atom-Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf dokumentieren. Beide haben die von der Stadt Salzburg und den SN getragene Aktion „Künstler gegen Wackersdorf“ unterschrieben und ihre Bereitschaft erklärt, auch an der geplanten Veranstaltung im Landestheater am 1. November teilzunehmen. Bill Ramsey hat den Tag freigehalten, Claus Peymann schrieb in einem Brief an Bürgermeister Josef Reschen, er könne noch nicht sagen, ob er am 1. November von Wien wegkomme.

Künstler gegen Wackersdorf

Samstag Protestaktionen im Salzburger Landestheater

Rund 70 Künstler und Ensembles haben sich bereit erklärt, zu Allerheiligen das Salzburger Landestheater zum Schauplatz eines „künstlerischen Protestes“ gegen die geplante Atomanlage in Wackersdorf zu machen. Auf drei Bühnen (Großes Haus, Kammerspiele und Ballettsaal) gestalten die Künstler ein gemeinsames Programm zum „Wackersdorf-Tag“ des Landestheaters. Von 10 Uhr früh bis Mitternacht ist das Theater für jedermann frei zugänglich. Bei dieser Aktion des Landestheaters, der Stadt Salzburg, der überparteilichen Plattform gegen Wackersdorf und der Salzburger Nachrichten können die Besucher bei einer Anti-Atom-Bilder von Salzburger Künstlern gewinnen. Das Programm läuft auf den drei Bühnen so ab:

Bühne des Landestheaters

- 10.00 Uhr: Babette Winter, Michael Dangl, Daniela Dadiou, Elisabeth Rass, Peter Scholz und Christian Fuchs: „Bayerische Apokalypse“;
- 10.30 Uhr: Hubertus Boese und Clemens Vereno: Lieder; Antonio Orovic, Josef Wimmer und Michael Posey: Lieder;
- 11.00 Uhr: Magistratsmusikkapelle Salzburg;
- 11.20 Uhr: Uli Plessmann und Susanna Szameit: Texte;
- 11.40 Uhr: Chor des Landestheaters;
- 12.00 Uhr: Wolfgang Bellon und Gudrun Wegund: Lieder;
- 12.15 Uhr: Rudolf Wessely: Max Born - Rede über das Reden;
- 12.30 Uhr: Ballett des Salzburger Landestheaters;
- 13.00 Uhr: Horst Kaizler: Texte;
- 13.20 Uhr: Trude Gmeinböck: Monolog aus „Bruder Eichmann“;
- 13.30 Uhr: Horst Klaffenböck: „Bayerexpress“;
- 14.00 Uhr: Gertrud Roll und Reinhard Hauser;
- 14.30 Uhr: Felix Dvorak: „Humor kennt keine Grenzen“;
- 15.00 Uhr: Hanne Rohrer und Edwin Noel: Texte;
- 15.30 Uhr: Peter Piki: Kabarett;
- 16.00 Uhr: Fraunhofer Saitenmusi;
- 16.30 Uhr: Jutta Geister, Anthony Spiritus, Erasmus, Schumann, Spiritus;
- 16.50 Uhr: Franz Mulec: Travestie;
- 17.10 Uhr: Christian Wallner und die Mehlprimeln: Kabarett;
- 17.40 Uhr: Hans Graf und Milan Turkovic: Porgy and Bess;
- 18.00 Uhr: Guglhupfa: Kabarett;
- 18.30 Uhr: Herbert Prjkopa: Variationen über den lieben Augustin;
- 19.00 Uhr: Camerata Academica: „Eine kleine Nachtmusik“;
- 19.20 Uhr: Brigitte Neumeister: Kaffeehausliteratur;
- 19.45 Uhr: Peter Machac: Rede des Häuptlings;
- 20.00 Uhr: Hans Graf und Mitglieder des Mozarteum-Orchesters: Milhaud: „Le Création du Monde“;
- 20.20 Uhr: Heinz Ehrenfreund: Geheime Offenbarung;
- 20.30 Uhr: Hans Graf, Diane Jennings und Robert Overman: „Porgy and Bess“;
- 20.50 Uhr: Klaus Wildbolz: Texte;
- 21.10 Uhr: Saxodrom ;

- 21.40 Uhr: Bill Ramsey und die Wolfgang-Fillinger-Big-Band;
- 22.45 Uhr: Podiumsdiskussion;
- 23.30 Uhr: Alle auf die Bühne;
- 23.50 Uhr: Schlufgesang; 20.55 Uhr: Fünf vor zwölf.

Chorssaal

Hier laufen Filme gegen Atom, darunter Klassiker wie „Atomic Cafe“ oder „The Day After“. Dazu werden Dias und Videos gezeigt.

Ballettsaal

11.00 Uhr: Diskussionsmatinee „Medien und Atom“;
Nachmittag: Diskussionen zu den Themen „Ausstieg statt Atom“ und „Zivilschutz“;

Kassenfoyer und Wandelgänge

Ausstellung bildender Künstler zum Thema „Atomenergie“. Dokumentation zur Bewegung gegen Wackersdorf.

Rauchfoyer

Information zum Thema „Atom & Wackersdorf“ allgemein.

Kammerspiele

Kinderprogramm
11.00 bis 17.00 sowie 17.30 bis 18.30 Uhr: Ignacio del Pop: Lateinamerikanische Musik;
18.30 bis 19.30 Uhr: Mütter für eine atomfreie Zukunft;
20.00 Uhr: Apple Star: „Offene Zweierbeziehung“.



Bill Ramsey: 21.40 Uhr



Die Liste der Protestunterschriften von Künstlern gegen Wackersdorf ist in der Zwischenzeit sehr lang geworden. Unter anderem haben sich der Aktion angeschlossen: Hans Graf (Chefdirigent des Mozarteum-Orchesters), Yehudi Menuhin, Anna Tomowa-Sintow, Felix Dvorak (der am 1. November ins Landestheater kommt), Gudrun Sieber und Christa Ludwig.

Und am 18.10.1986 erfolgt eine weitere Vorankündigung des Anti-WAA-Events:

Anti-Wackersdorf-Tag im Theater

Großveranstaltung mit 70 Künstlern an vier Spielplätzen

SALZBURG-STADT. Rund 70 Künstler haben sich bisher bereiterklärt, an Veranstaltungen des Anti-Wackersdorf-Tages am 1. November im Salzburger Landestheater ohne Gage mitwirken. Rund um die Uhr soll bei freiem Eintritt an vier Plätzen des Landestheaters (Große Bühne, Chorsaal, Kammerspiele und Ballettsaal) gespielt, getanzt und diskutiert werden. Auch die Kantine ist für das Publikum geöffnet. Bei einer Anti-Atombola gibt es Bilder zu gewinnen. Unter den Mitwirkenden scheinen auf: Heinz Holecek, Milan Turkovic, Herbert Prikopa, Felix Dvorak, Klaus Wildbolz, Frank Hoffmann, Stephan Paryla, Brigitte Neumeister, Ralf Boysen, Hans Graf und das Mozarteum-Orchester, Wolfgang Pillinger und die Big Band, Christan Wallner, Bill Ramsey, Heinz Ehrenfreund und die Mütter für eine Atomfreie Zukunft.

Und am 03. November ließen die „Salzburger Nachrichten“ einen Bericht folgen:

Anti-Wackersdorf-Tag mit 70 Künstlern in Salzburg

Das Theater wurde zum Marktplatz

Lesungen, Kabarett, Musik, Filme und Diskussionen -3500 Besucher im Landestheater

SALZBURG-STADT. Als in der Nacht auf Sonntag der Vorhang auf der Großen Bühne des Salzburger Landestheaters fiel, herrschte bei den Veranstaltern und Mitwirkenden des Anti-Wackersdorf-Tages eitel Wonne. Unerwartet viele Salzburger waren in das Theater geströmt, das rund 70 Künstler und Ensembles 14 Stunden lang in einen Schauplatz des künstlerischen Protestes gegen die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf verwandelt hatten.

Trister Auftakt

Was sich im Lauf des Samstages so prächtig entwickelte, begann um 10 Uhr trist. Bis Mittag hatte es den Anschein, als sieche der Protest gegen die WAA in Salzburg in den letzten Zügen. Kaum 20 Zuhörer verirrten sich vor die Große Bühne, auf der Babette Winter, Michael Dangl, Daniela Dadieu, Elisabeth Rass und Peter Scholz mit der „Bayerischen Apokalypse“ den Reigen der mehr als dreißig Auftritte bekannter Künstler einleitete.

Wer am Nachmittag zurückkehrte, erlebte eine Überraschung. Viel buntes Volk drängte sich vor den Eingängen und im Foyer, vor den Infoständen der „Mütter gegen Wackersdorf“, vor der Filmleinwand im Chorsaal, in den Wandelgängen und im Rauchfoyer, wo eine Ausstellung bildender Künstler zum Thema „Atomenergie“ zu sehen war, und vor der Großen Bühne, auf der es bis Mitternacht Lesungen, Kabarett und viel Musik gab.

Atombombenfabrik

Auf der Großen Bühne des Landestheaters stoppte um 13:30 Uhr, nach einer Lesung von Trude Gmeinböck und Horst Kaizler, Rudi Klaffenböcks „Bayernexpress“. Der Kabarettist verhalf dem Publikum zum ersten befreienden Lachen und Argumenten für das Festhalten an im WAA-Protest bewährten Feindbildern. Dazu musste er nur Gerold Tandler zitieren: „Bayern ist nicht Chile.“ Gleich nach Klaffenböck sprach ein paar Meter weiter im randvollen Ballettsaal, Jutta Ditfurth über den Ausstieg aus der Atomenergie als Alternative zum drohenden Atomstaat. Die Bundessprecherin der deutschen Grünen nannte zwei Gründe, die ihrer Ansicht nach Motive für das Festhalten an der Kernenergie auch nach Tschernobyl sind. Zum einen der Profit, der umso leichter zu erzielen sei, weil der Staat die Forschung finanziere und die Gesellschaft die ökologischen Folgen zu tragen habe. Zum anderen, so Ditfurth, seien militärische Interessen maßgeblich: „Im Jahr 1995, wenn die WAA in Betrieb gehen soll, läuft der Vertrag aus, der die BRD noch am Einstieg in die Atombombenproduktion hindert.“ Ein Wackersdorf in vollem Betrieb aber biete die Möglichkeit, 500 Atombomben pro Jahr herzustellen.



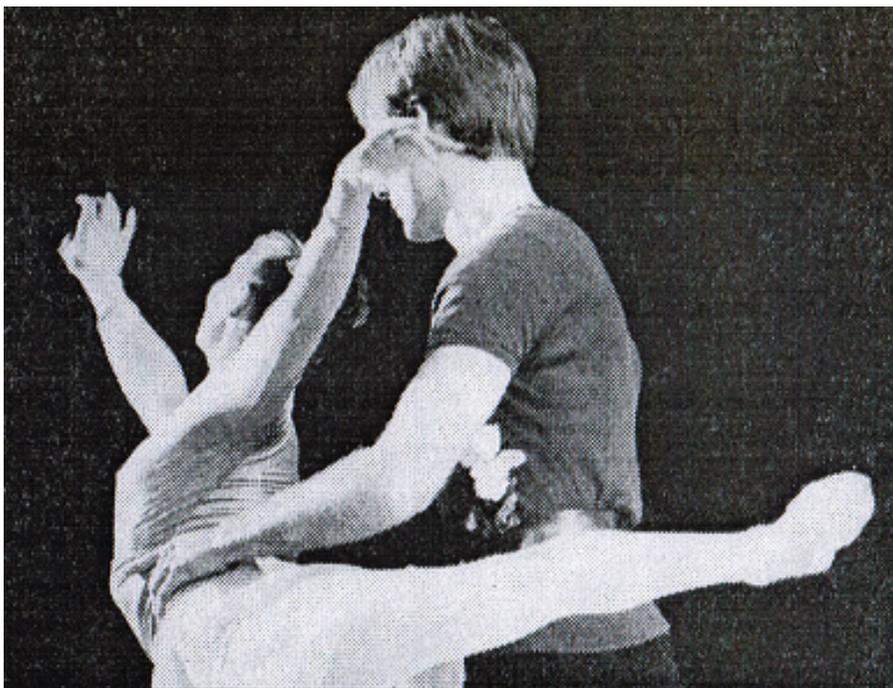
Bill Ramsey sorgte für „heißen“ Ausklang im Theater

Gewinner Hochstraate

Kontroverse Diskussionen, das war der einzige Wermutstropfen, kamen im Landestheater kaum zustande. Der erregte Anwurf eines Zuhörers („Alles Lüge, was Sie hier erzählen!“) am Ende der Ditfurth-Ausführungen kann nicht als Diskussionsbeitrag gewertet werden. So nützten die Salzburger Atomgegner den Tag im Landestheater ausreichend zur Selbstdarstellung.

Zu den Gewinnern am Anti-Atom-Tag zählte zweifellos Lutz Hochstraate. Das Landestheater hat bewiesen, dass die reizvolle Idee vom „Theater als Marktplatz“ umsetzbar ist. 3500 Salzburger haben nach einer Schätzung des Magistratspressedienstes, das Angebot zum Tag der offenen Tür genützt und ausgiebig in allen Gängen und Winkeln des Hauses Theaterluft geschnuppert.





Elegantes Ballett zum Anti-Wackersdorf-Protest



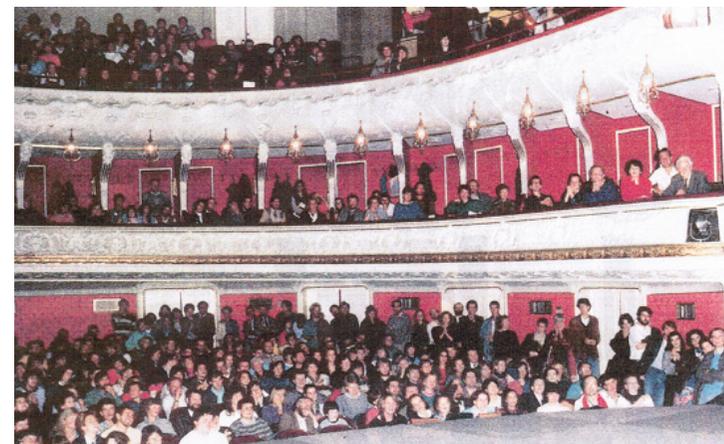
Für die Kleinen gab es „süße“ Kernkraftwerksmodelle

Bilder: SN/Robert Ratzler (3)

Auch in der „Informations-Zeitung“ 2 /13(6) findet sich ein ausführlicher Bericht über den erfolgreichen Verlauf des Protesttages vom 01. November 1986 im Haus des Landestheaters Salzburg:

Mit den Künstlern gegen die „Atomfabrik“

3500 Besucher beim Anti-Wackersdorf-Protest im Landestheater. Volles Haus im Landestheater dokumentierte am deutlichsten das Interesse der Bevölkerung an dem von vielen Künstlern vorgetragenen Protest gegen die atomare Bedrohung aus Wackersdorf



„Wackersdorf darf nicht gebaut werden!“ Diesen Kernsatz einer weit über Österreichs Grenzen hinaus reichenden Solidaritätsaktion von Künstlern, die in einer Resolution schwarz auf weiß festgehalten worden ist, stellte der Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg, Dipl.-Ing. Josef Reschen, am Samstag, 1. November 1986, um Mitternacht als Schlusspunkt unter ein im Salzburger Landestheater seit zehn Uhr vormittags laufendes Nonstopprogramm, das mehr als 100 Künstler und gut 3500 Besucher zu einer Demonstration besonderer Art mobilisiert hatte.. „Künstler gegen Wackersdorf“ lautete die Devise dieser Aktion, in der die Angst vor den Auswirkungen der geplanten Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf und der begründete Protest dagegen in den unterschiedlichsten Kunstformen dargestellt und artikuliert wurde und bei der mehrere Diskussionen die durch alle Bevölkerungsschichten gehenden Befürchtungen offenkundig werden ließen.

Dieser Aktionstag mit Musik aller Stilrichtungen, Lesungen, Vorträgen, Diskussionen, Kabarett, Video und Filmen sowie Informationsständen war gemeinsam von der überparteilichen Plattform „Gegen die WAA Wackersdorf“, der Landeshauptstadt Salzburg, dem Landestheater sowie



den Salzburger Nachrichten veranstaltet worden und bewegte nicht nur viele Salzburger, sondern auch eine Vielzahl von Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland und vor allem aus dem Nahbereich der geplanten Wiederaufbereitungsanlage zur Teilnahme.

Im Verlauf der Veranstaltung überreichte der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern Friedrich Brandl, Salzburgs Bürgermeister Reschen das „Oberpfälzer Tagebuch“, das in Form eines Kalenders für 1987 in Bildern und Text anschaulich die Veränderungen und Ereignisse auf dem Areal der geplanten Wiederaufbereitungsanlage dokumentiert.

Die Bundessprecherin der „Grünen“ in Bonn, Jutta Ditzfurth malte in ihrem Vortrag „Ausstieg statt Atomstaat“ ein düsteres Zukunftsbild für die Weiterverfolgung der Kernenergienutzung und zählte eine Reihe von Alternativen auf, die jetzt schon einsetzbar wären.

Mit der „Kriminalisierung“ und Entwürdigung aller Menschen, die sich im friedlichen Protest mit demokratischen Mitteln gegen die Bedrohung durch Radioaktivität und Katastrophen ungeahnten Ausmaßes wenden, befassten sich die Darstellungen des Sprechers der Schwandorfer Bürgerinitiativen, Dieter Kersting, der über seine aktuellen Erfahrungen mit der Polizei berichtete. „Freundschaft kann man nicht unterbinden“, betonte Bürgermeister Reschen mit einer Bitte an die Besucher aus Bayern, den Partnern im gemeinsamen Anliegen die Grüße Salzburgs zu überbringen und ihnen erneut die Unterstützung aus Salzburg zu versichern.

Aus einer Podiumsdiskussion mit S. N. B. Siegler von der „taz“, Nürnberg, J. Reiss von der „Abendzeitung München“, Dr. Petra Chorbrietz von „Natur“, J. Greieneder, „Kronen-Zeitung“ und F. Wegscheider, ORF Salzburg, schälte sich die Erkenntnis heraus, dass in Österreich – offenbar im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland – der Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie in jeder Form auch in den Medien inzwischen „gesellschaftsfähig“ geworden ist.

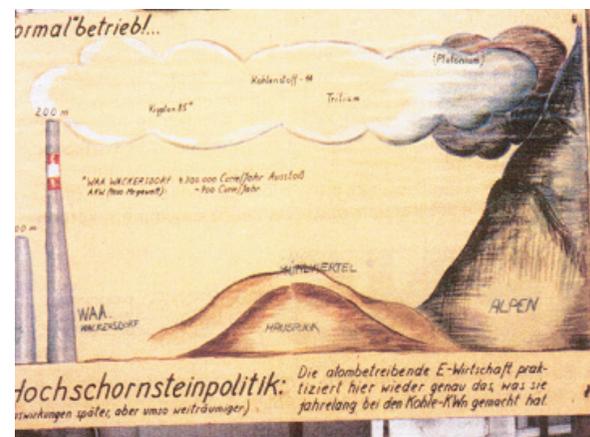
Anschaulich stellte die überparteiliche Plattform gegen Wackersdorf auf Plakaten, aber auch in Filmen und Videovorträgen dar, was die Verwirklichung der Pläne der Atomlobby für die Gesundheit der Menschen bedeutet.

In einer weiteren Diskussion wurde der Bevölkerungsschutz auch im Falle einer Nuklearkatastrophe von Direktor Eugen Tittler vom Zivilschutzverband, Heinz Hattinger, Autor des Buches „Zivilschutz – Die Illusion vom Überleben“, und Karoline Hochreiter, „Mütter für eine atomfreie Zukunft“, von unterschiedlichen Standpunkten her beleuchtet. In einer „Anti-Atombola“ wurden Werke Salzburger Künstler verlost.

Zum Abschluss dieses Ganztagesprogramms, das musikalisch von der Wolfgang-Pillinger-Big-Band und Bill Ramsey vor vollem Haus abgerundet wurde, äußerte sich Heinz Stockinger vom Mitveranstalter „Plattform gegen die WAA Wackersdorf“ sehr befriedigt über das breite Echo in der Salzburger Bevölkerung, das diese Veranstaltung zu einem „warmherzigen Tag“ gemacht habe. Mit seinem Dank an die Landeshauptstadt, die Künstler, das Landestheater und die Besucher verband Heinz Stockinger den Appell um tatkräftige Unterstützung des Anliegens und den Hinweis, dass der Österreichische Naturschutzbund Kontaktadresse (und Bezugsquelle für das „Oberpfälzer Tagebuch“) sei.

Bürgermeister Reschen hob in seinen Dankesworten an Künstler und Publikum besonders das Engagement des neuen Intendanten Lutz Hochstraate hervor, der mit dieser Veranstaltung einen Schritt weiter gegangen sei in seinen Bestrebungen, „sein Theater zu unserem Theater zu machen“. Dank gebühre auch Dr. Bernghard Kopf für die Idee und Dr. Reinhard Deutsch vom Landestheater für die Organisation.

Interessante Protestmanifestation; Zum Verzehr (und damit zur symbolischen Vernichtung) wurden originelle Modelle von Kernkraftwerken angeboten, die aus Keksen, Schwedenbomben und Hohlhippen gefertigt waren.





Aufrüttelnde Texte und erschütternde Fakten, vorgetragen von Schauspielern des Landestheaters, lösten unter den Besuchern tiefe Betroffenheit aus und dienten einer verstärkten Bewusstseinsbildung über die „Atomfabrik“ Wackersdorf.



Der „evergreene“ Bill Ramsey und die Wolfgang-Pillinger-Big-Band – die mit ihren Titeln dem Sinn der Aktion entsprach – brachten Bombenstimmung gegen die „Atomfabrik“ Wackersdorf ins große Haus.



Intendant Lutz Hochstraate hatte „sein“ Theater für eine ungemein lebendige Demonstration des friedlichen, von allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen getragenen Protests geöffnet: Die Resonanz war gewaltig, davon konnte er sich auch bei den Malaktionen der Jüngsten überzeugen.

Auch Mikis Theodorakis unterschrieb

„Natürlich unterschreibe ich gern das“, antwortete der griechische Musiker und Komponist Mikis Theodorakis auf das Ersuchen von Bürgermeister Dipl. Ing, Josef Reschen, die Protestresolution „Künstler gegen Wackersdorf“ zu unterstützen. Bei diesem Besuch des Bürgermeisters im Hotel Schaffenrath, bei dem Reschen dem Künstler zum großartigen Erfolg des Konzertes am Vorabend gratulierte, setzte Theodorakis sofort seine Unterschrift unter die Resolution, die bekanntlich die Namen vieler prominenter Künstler trägt.

Mikis Theodorakis erbat von Bürgermeister Reschen eine „Gegenleistung“, die Salzburgs Stadtoberhaupt genauso gern erbrachte: Seine Unterschrift unter ein europäisches Referendum gegen die Anwendung der Kernenergie, das der Komponist der Musik zu „Alexis Sorbas“ als Appell an alle Menschen selber initiiert hat und das bereits von mehr als 80.000 Unterschriften – davon etwa 500 aus Salzburg – getragen ist.

Weitere österreichisch-bayerische Verstimmungen

Auch im weiteren Verlauf kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den bayerischen und österreichischen Behörden, so etwa zum Jahresende 1986 anlässlich der Zurückweisung einer österreichischen Journalistin, die - zusammen mit Salzburger WAA-Gegnern - nach Wackersdorf fahren wollte, um über eine dortige der Anti-WAA-Aktivisten berichten wollte. Sie wurde am Grenzübergang Walsenberg/Bad Reichenhall an der Einreise nach Bayern gehindert. Auch über diese Verwerfungen gab es eine wiederholte Berichterstattung seitens der Regensburger „Mittelbayerischen Zeitung“



Österreicherin war verdächtig

Journalistin durfte nicht zur WAA / Genscher erheblich verärgert

München/Salzburg (mz). Mit harter Kritik haben österreichische Medien auf die Zurückweisung einer österreichischen Journalistin an der bayerischen Grenze reagiert. Die freie Mitarbeiterin des Salzburger Landesstudios des Österreichischen Rundfunks (ORF) war am Nachmittag des 31. Dezember am Grenzübergang Walsberg/Bad Reichenhall aufgehalten worden, als sie in einem Bus mit 45 Passagieren mit dem Ziel Wackersdorf über die Grenze fahren wollte.

Erster Kommentar der Bayerischen Grenzpolizei am Freitag: Da das Landratsamt Schwandorf eine „Silvesterfeier“ beim Gelände der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) verboten hätte, seien die Beamten verpflichtet gewesen, die Österreicherin nicht einreisen zu lassen. Demgegenüber hatte der Leiter des Polizeipräsidiums Niederbayern/Oberpfalz, Wilhelm Fenzl, im Vorfeld der Silvesterdemonstrationen erklärt, es werde seines Wissens zu keinen Behinderungen bei der Einreise aus Österreich kommen. „Wir wollen doch Bayern nicht absperrn“, sagte der für Wackersdorf zuständige Einsatzleiter am 22. Dezember in Regensburg.

Die konservative österreichische Zeitung „Salzburger Nachrichten“ kritisierte das Verhalten der Bayerischen Grenzpolizei als „schlimmer als das des Ostblocks“. Ein Sprecher der Redakteure des ORF-Landesstudios Salzburg protestierte am Freitag „schärfstens“ gegen das Einreiseverbot für die Journalistin, die trotz eines schriftlichen Reportageauftrags des Senders zurückgewiesen worden sei. Die Bayerische Grenzpolizei wies dagegen das Zitat eines Grenzpolizisten als „böswillige Unterstellung“ zurück, das die Reporterin als Begründung des Einreiseverbots wiedergegeben hatte: Die Leitung der Grenzpolizei in München wolle verhindern, daß sie „negativ berichte“.

Die Umstände des Einreiseversuchs seien „verdächtig“ gewesen, erklärte am Freitag für

die Bayerische Grenzpolizei Polizeidirektor Hans Endres, der über das Einreiseverbot entschieden hatte. Da sich die Reporterin erst beim zweiten Versuch des Grenzübertritts im Bus und beim dritten mit einem privaten Pkw als Journalistin zu erkennen gegeben habe, der ORF-Produktionsauftrag aber ohne Presseausweis nicht „beweisicher“ erschienen sei, habe sie den Verdacht nicht ausräumen können, daß sie primär zur Teilnahme an der „Silvesterfeier“ in Wackersdorf einreisen wolle.

Das Auswärtige Amt in Bonn wollte zu dem Vorfall nicht Stellung nehmen. Inoffiziell wurde jedoch über eine erhebliche Verärgerung von Bundesaußenminister Genscher berichtet.

Zurückweisung österreichischer Journalistin wird untersucht

Auswärtiges Amt verlangt eine Stellungnahme Staatsregierung; Grenzbeamte trifft keine Schuld / SPD bringt Abweisung vor den Bayerischen Landtag

München (ap). Die Zurückweisung einer Journalistin des Österreichischen Rundfunks (ORF) an der Grenze bei Salzburg wird von den Behörden in München untersucht. Der Sprecher des bayerischen Innenministeriums, Alois Metzger, sagte, die Journalistin habe bei der Grenzpolizei einen detaillierten Bericht über den Vorgang angefordert, seinerseits über das Bundesinnenministerium beim bayerischen Innenministerium eine Stellungnahme zu dem Vorfall angefordert.

Die Journalistin hätte nach ersten Informationen der bayerischen Behörden in einem mit 45 Personen besetzten Omnibus gesessen, der zu einer vom Landratsamt Schwandorf verbotenen Silvesterfeier am Bauzaun der Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstoffe in Wackersdorf fahren wollte. Der Bus war sowohl am Grenzübergang Bad Reichenhall-Bundesstraße wie auch wenig später am Übergang Schwarzbach-Autobahn zurückgewiesen worden. Die Journalistin habe sich weder beim ersten Einreiseversuch noch beim späteren Versuch, mit einem privaten Personenvan in die Bundesrepublik einzureisen, eindeutig als Journalistin ausweisen können.

Als Demonstrantin betrachtet

Die Grenzbeamten trifft kein Vorwurfsmetzger. Vielmehr hätte sich die Frau bei der Einreise in ein anderes Land an die üblichen Regeln für Besucherstaaten halten müssen. Nach Meinung Metzgers war die Abweisung provoziert. Bei einer Nachschau in den Omnibus seien die vorbereiteten Transparente, Plakate, Kerzen und ein Megaphon gefunden worden, also eine Ausrüstung für eine Demonstration. Auch eine Demonstration sei auf der österreichischen Seite des Grenzübergangs Schwarzbach-Autobahn sei vorbereitet gewesen. Die Journalistin habe den Verdacht der Grenzbeamten nicht zerstreuen können, daß sie nach Wackersdorf reisen wolle, um dort zu demonstrieren. Sie sei „nicht als Journalistin, sondern als mutmaßliche Demonstrantin“ abgewiesen worden.

Eine „Operetteninszenierung“

Metzger beschwerte die nach seiner Meinung provozierte Zurückweisung als „elbische Inszenierung nach dem Muster einer österreichischen Operette“. Er fügte hinzu: „Die Regierung in Wien hat dazu den Theaterdonner geliebt. Die Österreicher haben da einen Türken aus, um nachher laut schreien zu können.“ Die Aussage der Journalistin im österreichischen Rundfunk, sie sei mit der Begründung an der Einreise gehindert worden, von ihr sei eine

Spott mit dir, du Land der Bayern

So schnell wird man also im bayerischen Freistaat zur Persona non grata: Wer als Grenzgänger – und dazu noch mit Tonbandgerät und Mikrofon – auch nur in den Verdacht gerät, in Sachen Wackersdorf tätig werden zu wollen, muß erfahren, daß es in unserem gemühtlichen Land tatsächlich Grenzen gibt. „Bin so frei“, sagt dann der Grenzbeamte lakonisch; die Reise hat ein Ende, aus ist's mit der Gemühtlichkeit.

Es ist ja nicht so, daß bedauerliche Vorfälle wie dieser gleich zu einer Staatsaffäre werden müßten. Doch entwickeln sich leider die einzelnen juckenden Pickel auf dem Antlitz der vermeintlichen bayerischen Freiheit immer mehr zu einer schwärzenden Allergie-Zone – bis vielleicht hin zu dem Zeitpunkt, da die Landesregierung das Gesicht völlig verliert.

Was Takt angeht, darf man ohnehin schon fast von Verlustmeldung sprechen. Nicht nur den erbosten Österreichern will es kaum in den Kopf, daß Einreiseverurteilung in Richtung Westen einer Art von Launenhaftigkeit ausgeliefert sind, wie man sie eher sonst Grenzübertritten in Richtung Osten kennt.

Auch jeder halbwegs tolerante Freistaatler fragt sich, wie lange das Ausstellen von Maulkörben und Hemmschubstangen drüben noch als ärgerlich und hemmschubstangen noch als ärgerlich angesehen werden wird. Kann es sich Bayern wirklich leisten, Grenzbeamte ihre eigenen kleinen Eisernen Vorhänge nach Bedarf aus der Westentasche zaubern zu lassen? So werden wir jedenfalls höchstens mit ganz kleinen Käppchen auf dem Ruhmesblatt der Völkerverständigung eingetragten.

Nun ja, mit uns eben mia – und was nicht's ums an, wenn den anderen auf der Zunge liegt „Spott mit dir, du Land der Bayern“.

FDP: Grenzregelung nach Gutsherrenart

Harte Kritik an Abweisung der ORF-Journalistin / „Wackersdorf kein nationales Ereignis“

Bonn/München (ap). Nach der Verstärkung zwischen Bonn und Wien hat die Abweisung einer österreichischen Funkjournalistin an der bayerischen Grenze auch die Freien Demokraten zu einer Attacke auf die Landesregierung in München veranlaßt. Der FDP-Politiker Burkhard Hirsch verlangte am Montag in Bonn eine Klärung des Vorgangs und erklärte, die Abweisung könne parlamentarische Folgen haben. Während das Außenministerium in Wien rasche Aufklärung forderte, sprach die Rundfunk-, Fernseh- und Film-Union (RFFU) von einem einmaligen Vorfall in der Bundesrepublik.

Hirsch sagte, es könne nicht hingenommen werden, daß die bayerische Landesregierung so tue, als sei Wackersdorf „ein nationales Ereignis, das niemanden jenseits der Grenze etwas angeht“. Es könne auch nicht akzeptiert werden, daß die bayerische Landesregierung die Beraterstattung von Journalisten „durch die Grenzpolizei nach Gutsherrenart nach reglementieren will, ob ihr der jeweilige Vorgang paßt oder nicht“.

Das österreichische Außenministerium erwartet nach den Worten des Sprechers Konrad Kovar „sehr rasch“ eine Aufklärung aus Bonn über die Vorgänge an der bayerisch-österreichischen Grenze. Diese Forderung habe die österreichische Regierung Ende der vergangenen Woche bei einem Vertreter der deutschen Botschaft in Wien „mit großem Nachdruck“ vorgetragen.

Unterzessens legte die bayerische Grenzpolizei einen offiziellen Abschlußbericht vor. Danach gab die österreichische Journalistin Elfriede Gehlinger an, sie wolle mit Tonbandgerät und Mikrofon „Stimmungsbilder von der Grenzübergang“ machen, als sie zusammen mit etwa 40 Insassen eines Busses an der Grenze zurückgewiesen wurde. Laut Pressesprecher Metzger vom Innenministerium in München habe sich die Österreicherin gar nicht auf ihre journalistische Eigenschaft berufen; später hätten die Grenzbeamten die vorgelegte Legitimation als nicht ausreichend angesehen.

WAA Thema auch bei Neujahrsempfang für Konsularisches Corps in Bayern

Strauß fordert von Österreich mehr Verständnis

Streit um Einreiseverweigerung für Journalistin geht weiter / Ministerpräsident sprach mit Generalkonsul

München/Kempen (by). Die politischen Auseinandersetzungen um die jüngsten Zurückweisungen österreichischer Kernkraftgegner und einer Journalistin an der bayerischen Grenze gingen auch am Mittwoch weiter. Bayerns SPD-Chef Rudolf Schöberger will von der Bundesregierung in einer Anfrage nun wissen, wie Bonn unter völkerrrechtlichen Gesichtspunkten – etwa in bezug auf die KSZS-Schuldfrage – die „nicht mehr hinzunehmende“ Praxis der Bayerischen Grenzpolizei beurteile und ob man auf diplomatische Schritte Österreich reagieren wolle. Die Bundesregierung müsse endlich klarstellen, ob sie die „Straußschen Extratouren“ billige oder beanstande, meinte Schöberger.

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß hat dagegen vom Nachbarland „mehr Verständnis“ für die Entscheidungen Bayerns verlangt. Auf dem Neujahrsempfang für das in Bayern akkreditierte Konsularische Corps sagte Strauß, wir versuchen, die Befürchtungen unserer österreichischen Freunde zu verstehen und auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse auszuräumen. Diese sollten aber umgekehrt bedenken, daß das eigentliche Ziel gewalttätiger Gruppierungen nicht die Verhinderung der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf sei. Ihr wirkliches Ziel sei die Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaats und die Verhöhnung

Die Gewerkschaft RFFU erklärte, einen derartigen Vorfall habe es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben und forderte die Landesregierung auf, sich beim Österreichischen Rundfunk zu entschuldigen. Die Abweisung „verstößt eindeutig gegen das Eurovisions-Abkommen über die freie journalistische Arbeit österreichischer Journalisten in der Bundesrepublik“.

Protestversammlung an der Grenze geplant

Salzburg (ap). Österreichische Atomkraftgegner wollen am morgigen Samstag am Autobahn-grenzübergang Walsberg bei Salzburg mit der Errichtung eines symbolischen „Bauzauns“ gegen die WAA Wackersdorf protestieren. Wie die Veranstalter, die „Überparteiliche Plattform“ und „Salzburger gegen die WAA“, am Donnerstag in Salzburg mitteilten, soll auf der genehmigten Kundgebung auf österreichischer Seite auch gegen das Einreiseverbot für Demonstranten nach Bayern und gegen „die Einschränkung der journalistischen Tätigkeit“ in Bayern demonstriert werden. Eine Blockade der Autobahn sei ausdrücklich nicht geplant. Auf einer Fahrspur solle jedoch ein symbolischer „WAA-Bauzaun“ aufgestellt werden. Außerdem sollen Flugblätter an Autofahrer verteilt werden. Mit Verkehrsbeeinträchtigungen muß daher gerechnet werden. Die bayerischen Behörden hatten wie

derholt österreichische Atomkraftgegner an der Einreise gehindert.

außern, da ihm die Einzelheiten des Falls noch nicht bekannt seien.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern betonte dagegen in einer Mitteilung, die Abweisung der Journalistin sei „aufgrund der von ihr selbst verursachten Umstände Rechtens“ gewesen. Sie habe an einer verbotenen Veranstaltung teilnehmen wollen. Den Grenzbeamten sei aber verwehrt, Ausländern zur Begehung von Gesetzesverletzungen den Zutritt in die Bundesrepublik zu gestatten. Die ORF-Mitarbeiterin wolle über eine vom Landratsamt Schwandorf verbotene „Silvesterfeier“ am WAA-Gelände berichten. Der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Wirth will in einer schriftlichen Anfrage vom Innenministerium wissen, wie künftig Zurückweisungen von ausländischen Journalisten unterbleiben können.

Strauß unterstrich erneut, die Nutzung der Kernenergie sei auch in den kommenden Jahrzehnten unverzichtbar. Die an pseudoreligiöse Weltuntergangspredigten erinnerte Verleumdung der Kernkraft sei keine brauchbare Hilfe für rationale Entscheidungen. Er nahm die Sorgen der Menschen nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl aber selbstverständlich ernst. Der Doyen des Konsularischen Corps, der Däne Ingemann Larsen, meinte, die Tschernobyl-Katastrophe wie die Explosion des Raumschiffs Challenger hätten die Vollkommenheit der Technik in Zweifel gezogen und zum gesunden Nachdenken beigetragen.

In Bayern sind 1987 insgesamt 84 diplomatische Vertreter akkreditiert, sieben mehr als im vergangenen Jahr. Die Liste der von Berufs- und Honorarkonsulen repräsentierten Nationen reicht von Argentinien bis Zypern. Neu in den Konsularischen Dienst eingetreten ist jetzt auch der Vorsitzende des Rundfunkrats im BR, Wilhelm Fritz, als Honorarkonsul für Indien.

1987er Aktionen der Salzburger WAA-Gegner

- Es hat auch Spaß gemacht! – „WAAhnsinns-Gschnas“ 20.02.1987.



Wilfried Rogler und Heinz Stockinger treffen sich als „Schnelle Brüter-Brüder“ – ohne voneinander gewusst zu haben.

Zu dieser Veranstaltung, der Faschingsveranstaltung der Salzburger Plattform, war im Übrigen auch eine ironische Einladung an den bayerischen Ministerpräsidenten F. J. Strauß ausgesprochen worden, wie in verschiedenen Tageszeitungen, etwa den „Salzburger Nachrichten“ sowie dem „Tagblatt“ am 18. 02. Zu lesen war.

ohne protokoll

Dass der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der schon im Vorjahr nicht zu den Salzburger Festspielen kam, als alter Stammgast heuer auch dem Opernball fernbleiben will, nimmt die Salzburger Plattform gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zum Anlass, „Effjott Strauß“ zum WAAhnsinns-Gschnas am 20. Februar ins Salzburger Kollpinghaus einzuladen. In einem Brief des Österreichischen Naturschutzbundes an den Ministerpräsidenten per Adresse Prinzregentenstraße 7 in München heißt es: „P.S.: Wir bräuchten noch dringend einen Chaoten.“ Den Ehrenschatz für dieses Gschnasfest haben Landesrat Arno Gasteiger, Bürgermeister Josef Reschen und Stadtrat Voggenhuber übernommen, heißt es in einer mit einer Karikatur F.J. Strauß' versehenen Einladung.

F.J. STRAUSS

Die überparteiliche Salzburger Plattform gegen die WAA lud Ministerpräsident Strauß offiziell ein, am 20. Februar statt dem Wiener Opernball in Salzburg das „WAAhnsinns-Gschnasfest“ zu besuchen. „Wir bräuchten noch dringend einen Chaoten.“ Vermummungszwang besteht nicht, heißt es.

- **Anti-Atom-Partnerschaft gegen die WAA:**

Am 04.03.1987 unterzeichnen Hubert Weinzierl für den BUND Naturschutz Bayern und Hannes Augustin (r.) und Heinz Stockinger für Naturschutzbund Salzburg / Plattform die Urkunde. Eine ähnliche Verbindung zwischen den Städten Salzburg und Schwandorf / Opf. hatte Ministerpräsident Strauß in Rage versetzt und war von der Bayerischen Staatsregierung verboten worden.



- **„Tschernobyl-Gedenktage“ 25.04.1987**



Am 1. Jahrestag des Super-GAU erklären der Biologielehrer Hermann Sams sowie Firmenvertreter, Beamte der Energieabteilung des Landes Salzburg in einer Ausstellung am Alten Markt Solarspiegel für Stirlingmotor-Antrieb, Energiesparlampen usw. Im Hintergrund eines der Solarpaneele zur Stromversorgung von Lautsprecher und Video.

Bereits Anfang April 1987 hatte die Meldung Aufsehen erregt, dass der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß seinem Innenminister August Lang, zudem Bezirksvorsitzender der oberpfälzischen CSU, sowie dem Umweltstaatssekretär Alois Glück die Teilnahme an einer TV-Sendung über die österreichisch-bayerischen Unstimmigkeiten der letzten Zeit untersagte, da er wohl der Meinung war, dass diese einer derartigen Veranstaltung nicht gewachsen seien. Hierüber berichtete die Regensburger „Mittelbayerische Zeitung“ ebenfalls mehrfach, etwa am 07., 08. und 9. April 1987:

Die dazugehörige Glosse:

Strauß verbot Salzburg-Reise

Angst vor Pöbeleien gegen Lang und Glück bei BR-Fernsehsendung

München (dpa). Eine vom Bayerischen Rundfunk am Dienstagabend in Salzburg veranstaltete TV-Diskussion zum „bayerisch-österreichischen Fingerhakeln“ über AIDS, Autobahngebühren und die WAA mußte ohne Kabinettsmitglieder aus München auskommen. Bereits zugesagte Auftritte von Innenminister August Lang und Umweltstaatssekretär Alois Glück sind offenbar am Einspruch von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß gescheitert. (Siehe Glosse auf Seite 2)

Strauß sagte am Dienstag kurz vor Beginn des für 19 Uhr angesetzten „BR-Bürgerforums“, das immer live ausgestrahlt wird, er möchte nicht, daß Kabinettsmitglieder im Ausland „angepöbelt werden“ und dann möglicherweise einer Diskussion nicht gewachsen wären. Bei Auslandsreisen von Kabinettsmitgliedern hat der Regierungschef das Recht, nein zu sagen. Glück und Lang selbst wollten sich nicht näher äußern. Glück meinte lediglich, er sei in der Plenardebatten des Parlaments – Themen: AIDS und Medien – „unabkömmlich“. Die Debatte war bis 19.30 Uhr angesetzt. Glück bestätigte aber, daß er die Diskusstelnahme zugesagt hatte. Auch Lang ließ sich mit „dienstlichen Gründen“ beim BR entschuldigen. „Ich wäre gern gekommen“, sagte er einem Journalisten des Senders auf dem Parlamentsgang.

Von österreichischer Seite nahmen an der einstündigen Diskussion mit Bürgern aus Salz-

burg und dem weiß-blauen Grenzgebiet, moderiert von dem BR-Journalisten Michael Stiegler, der Tiroler Landeshauptmann Alois Partl und der stellvertretende Salzburger Bürgermeister Gerhard Buchleitner teil. Mit den Worten: „Der kleine Redakteur denkt und Franz Josef Strauß lenkt“, begrüßte Stiegler dann sein Publikum am Bildschirm und im Saal. „Wir haben's gut gemeint“, begründete er den Wunsch, über Gemeinsamkeiten, aber auch über Sorgen zwischen beiden Ländern zu reden. Strauß könne sich jetzt aber „ganz ruhig im Sessel zurücklehnen“ und sich anhören, was die Bürger zu sagen hätten. „Es ist durchaus nicht so, daß jeder hier angepöbelt wird.“ Partl betonte die gute Nachbarschaft. Strauß sei auch bei unterschiedlichen Auffassungen in der Energiepolitik in Österreich immer willkommen. Salzburger WAA-Gegner forderten ihre „Freunde in Wackersdorf“ auf, sich nicht entmutigen zu lassen.

Der Franz-Josef-Papa und die kleinen Buberln

Unser Franz Josef ist ein Landesvater, wie man ihn nur selten findet! Hat er doch jetzt seine Kabinettskinder August Lang und Alois Glück davor bewahrt, von den bösen Buben und Dürdln in Österreich angepöbelt zu werden. Verständlich: der eine Schraz ist noch nicht sehr lange bayerischer Innenminister und der andere ist als Umweltstaatssekretär ja sozusagen noch nicht einmal trocken hinter den Ohren. Da ist es allerzärtlichste Vaterpflicht, solch junge Hupfer mit all ihren Gemein- und Unverschämtheiten noch nicht gewachsen sind. Gar vor den laufenden Fernsehcameras des nach Salzburg fremdgegangenen Bayerischen Rundfunks hätten die beiden kleinen Buberln raufen müssen – mit den bekanntermaßen trick- und finterreichen Gassenkindern aus der Alpenrepublik! „Naa, naa, da bleibst's lieber dahoaam“, hat der Franz-Josef-Papa gesagt. „sonst könnt's hernach wieder drei Tag' ned in d'Schul' geha, habt's mi!“ Und sie hatten ihn, die beiden: der August, der auf diese Weise wieder zum Gustl gemacht wurde, genauso wie der Alois-im-Glück, den man fürderhin getrost als Alisl anreden darf... kb

MITTEL-BAYERISCHE ZEITUNG

9. April 1987

BAY

„Jetzt auch Maulkorberlaß für Minister...“

Teilnahmeverbot an Diskussion in Österreich heftig kritisiert

Terminrot für Absage maßgebend / SPD: „Alpenkrieg beenden“

München (ap). Kritik am bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß haben SPD und FDP am Mittwoch geübt, weil der CSU-Vorsitzende am Vortrag die Teilnahme von zwei Kabinettsmitgliedern an einer Fernsehdiskussion in Salzburg durch sein Eintragungsverbot hatte. Der bayerische Innenminister August Lang und Umwelt-Staatssekretär Alois Glück hatten nach übereinstimmenden Mitteilungen der Pressstellen der beiden Ministerien bereits vor längerer Zeit ihre Teilnahme an der Diskussion zugesagt. Bei der Diskussion im Rahmen des „Bürgerforums“ des Bayerischen Fernsehens sollte es um „heiß“ bayerisch-österreichische Themen gehen wie etwa AIDS, die Autobahngebühren und die Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

Die SPD kündigte inzwischen einen Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag an, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, Regierungsmitgliedern Reden und Auftritte im Ausland nicht zu verbieten. Der FDP-Landesvorstand nannte die Begründung, die Strauß für die Absage gegeben hatte, „besonders absurd“. Der Ministerpräsident hatte gesagt, er wolle nicht, daß bayerische Regierungsmitglieder im Ausland angepöbelt würden und dann möglicherweise einer Diskussion nicht gewachsen seien. In der Erklärung der Freien Demokraten hieß es, es sei interessant, auf diese Weise zu erfahren, „wie der Ministerpräsident sein Kabinett einrichtet“.

Der Pressesprecher des Münchner Innenministeriums, Alfons Metzger, nannte am Mittwoch auch Terminrot für die kurzfristige Absage von Innenminister Lang bei der TV-Diskussion maßgebend. Metzger sagte, Lang sei am Dienstag nachmittag bis nach 19 Uhr im Bayerischen Landtag gewesen. Um 19 Uhr hätte die Diskussion in Salzburg bereits beginnen sollen. Im Landtag habe unter anderem ein Aufsicht des Ministers bei einer „Aktuellen Stunde“ über den bayerischen AIDS-Merkmalenkatalog angestanden. Ausdrücklich beanlagte Metzger, daß der bayerische Ministerpräsident die Möglichkeit habe, Ausreiseweißen von Kabinettsmitgliedern abzusagen. Es gebe hier eine Mitteilungspflicht.

Der bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Heinz Hornemann forderte Strauß am Mittwoch in München auf, seinen „Alpenkrieg“ gegen Österreich zu beenden: Der CSU-Vorsitzende müsse endlich Schluss machen mit den „sehr perfiden, teils offen feindseligen Akten gegenüber dem befreundeten Nachbarland Österreich“. Der von Strauß mitgeführten betriebene „Alpenkrieg“ gelte Bayern europaweitem Gespött preis und sei einer Staatsregierung, die seriös sein wolle, unwürdig. Der SPD-Politiker nannte es bemerkenswert, daß sich Mitglieder der Staatsregierung von Ministerpräsidenten „zu Schuldbüßen behandeln und öffentlich lächerlich machen lassen“. Nach dem „Maulkorb für Beamte“ gebe es nunmehr offensichtlich auch einen „Maulkorbberlaß für Minister“.

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, bezweifelte, daß die Diskussion mit der notwendigen Fairness geführt worden wäre. „Nach schlechten Erfahrungen mit militanten WAA-Gegnern in Österreich, nach den Drohungen, die gegen den Ministerpräsidenten und andere bayerische Politiker bei verschiedenen Anlässen zum Ausdruck gebracht worden sind, und nach dem Verhalten einzelner Politiker in Österreich im Zusammenhang mit der WAA war dies bei der Fernseh-Diskussion in Salzburg nicht mit der erforderlichen Sicherheit abzuwarten“, hieß es in einer Erklärung Stoibers.

Freitag, 10. April 1987

Strauß rechtfertigt das TV-Verbot Intendant Vöth spricht von Panne

Moderator: Der kleine Redakteur denkt und F. J. Strauß lenkt

München (lby). Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß sieht das TV-Verbot für seine Kabinettsmitglieder August Lang und Alois Glück in der BR-Sendung „Bürgerforum“ zum „bayerisch-österreichischen Fingerhakeln“ durch Zustimmung aus der Spitze des Bayerischen Rundfunks nachträglich gerechtfertigt.

Sowohl Intendant Reinhold Vöth wie Rundfunkratsvorsitzender Wilhelm Fritz hätten es als Panne und „Instinktlosigkeit“ empfunden, daß die Live-Sendung auf Salzburger Boden und nicht in Bayern, etwa in Berchtesgaden, stattgefunden habe.

Vöth habe in einem Gespräch mit Staatskanzleichef Edmund Stoiber, bei dem es eigentlich um andere Dinge gegangen sei, versichert, daß eine „solche Panne“ nicht wieder vorkommen werde. „Das nächste Mal geht der BR dann nach Prag oder Moskau oder nach Kuba“, sagte Strauß am Donnerstag empört vor Journalisten im Landtag. „Ich kenn' doch die Szenerie dort“, meinte der CSU-Chef zu den von ihm während der Sendung erwarteten Protesten österreichischer Atomgegner. Bayern sei ein eigener Staat und daher sei es auch selbstverständlich, daß Kabinettsmitglieder, wenn sie im Ausland auftreten, eine Genehmigung des Regierungschefs brauchten. „Sonst haben wir ja keine Ordnung mehr und ich kann das Landeskriminalamt beschäftigen, um zu fahnden, wo sie sich jeweils aufhalten.“

Auch wenn das Österreichische Fernsehen die Sendung veranstaltet hätte, wäre dies nicht anders gewesen, meinte Strauß. „Warum sollen wir in Salzburg diskutieren? Wenn die Österreicher etwas wissen wollen, dann sollen sie hierher kommen.“ Die aus Österreich kommende Tiroler Ache verschmutze ja auch den bayerischen Chiemsee, aber die Österreicher wollten „uns Ratschläge geben, wie wir Bayern regieren sollen“, schimpfte Strauß.

An dem Live-Forum am Dienstagabend hatten Politiker aus Österreich und rund 80 Bürger aus dem Grenzgebiet teilgenommen. Moderator Michael Stiegler hatte in der friedlich verlaufenden Runde gesagt, er habe es eigentlich gut gemeint. Seinen Ärger über die Absagen ließ er aber dann doch erkennen: „Der kleine Redakteur denkt und Franz Josef Strauß lenkt.“

Die Grünen im bayerischen Landtag sprachen von einem „ausgewachsenen Rundfunkskandal“. Wenn es wahr sei, daß sich Vöth und Fritz „bei dieser allein von Strauß veranstalteten Klamotte“ nicht eindeutig hinter ihre Redakteure gestellt hätten, dann sei dies ein „bisher nicht dagewesener Fall von Buckelei und Speichelleckerei“ gegenüber einem „sich größtenteils gebärdenden Ministerpräsidenten“. Die Fraktion kündigte an, sie werde mit dem „Vorgang“ den Rundfunkrat beschäftigen.

„MZ“, 09.04.1986



Eine Chronik der Langmut und Fürsorge

Die letzte Woche des August R. Lang oder wie sich ein Landesvater um Minister kümmert

München. Das Ministerleben in Bayern ist schwer – wenn der Chef Franz Josef Strauß heißt. August R. Lang, von wirklichen und selbsternannten Freunden Gustl genannt, wüßte darüber viel zu erzählen. Da er es in echter Langmut nicht tun will, machen wir es für ihn. Die Chronik einer Woche:

Dienstag, 7. April. Lang will mit dem Kabinettskollegen Alois Glück nach Salzburg fahren, um dort an einer öffentlichen Sendung des Bayerischen Rundfunks mit dem Titel „bayerisch-österreichisches Fingerhakeln“ über die Themen AIDS, WAA und Autobahngebühren teilzunehmen. Doch da gibt es in Bayern noch eine Vorschrift, die Ministern Auslandsreisen nur erlaubt, wenn der Chef zustimmt. Strauß, um seine Untergebenen echt besorgt, sagt in der dienstäglichen Ministerratssitzung nein. Wo käme man denn hin, wenn der neue Intimfeind Österreich jetzt auch noch mit Ministerbesuchen bedacht würde. Vielleicht erinnerte sich Strauß auch an seinen letzten Besuch beim Opern-Ball in Wien. Da wurde er doch offenkundig kritisiert und nur massivste Erwidierungen der Staatskanzlei konnten das Ansehen Bayerns retten. Lang schiebt also dienstliche Gründe vor, bleibt im Lande und gibt bedauernd kund: „Ich wäre gern gekommen.“

Mittwoch, 8. April. In den Zeitungen kann Lang lesen, daß Strauß es bei seinem Veto nicht hat bewenden lassen. Vor Pressevertretern, und damit in der Gewißheit, daß es bekannt wird, hat Strauß seine Entscheidung damit begründet, seine Minister seien „eventuell einer Diskussion nicht gewachsen“. Die Sozis, die soviel Fürsorge des Ministerpräsidenten natürlich nicht zu schätzen wissen, sprechen daraufhin von einem „Maulkorbellaß“ für den Minister – der es selbst an diesem Tag vorzieht, zu schweigen. Die Staatskanzlei schließt die Erörterung ebenfalls ab, ihr Sprecher erklärt: „Strauß hat ex cathedra gesprochen“ – und damit basta.

Donnerstag, 9. April. Nur ein einziger darf unter diesen Umständen das Thema weiter-spinnen – Strauß. Er erklärt, ob der Diskussion in den weiß-blauen Landen erzürnt: Er verstehe die Aufregung nicht, schließlich müsse er als Chef des Ganzen sich um alles kümmern, „denn sonst haben wir ja keine Ordnung mehr und ich kann das Landeskriminalamt beschäftigen, um zu fahnden, wo sie (die Minister) sich jeweils aufhalten“.

Freitag, 10. April. Lang spricht im Münchner Presseclub, ob mit oder ohne Erlaubnis des Landesvaters wissen wir nicht. Er plaudert auch ein wenig über die verbotene Reise, bittet aber diesbezüglich um Vertraulichkeit. Offensichtlich will er einen Strich unter den Vorgang ziehen. Er legt lieber einen seiner nächsten Pläne offen: die Aufnahme von Frauen in die Schutzpoolizei. Lang, immerhin

als Innenminister neben Staatssekretär Peter Gauweiler für die Sicherheit in unserem Land verantwortlich, fühlt sich dazu berechtigt, denn schließlich haben auch der Senat und der Arbeitskreis Innenpolitik der CSU-Landtagsfraktion sich bereits dafür ausgesprochen. Doch die Staatskanzlei, einmal auf Lang aufmerksam geworden, wacht mißtrauisch über seine Aktivitäten. Noch am selben Tag wird eine Presseerklärung herausgegeben, in der betont wird, daß das Kabinett darüber noch nicht entschieden hat (was Lang ja auch nicht behauptet hat) und es auch in der Fraktion noch keine einheitliche Meinung gebe (was Lang ebenfalls nicht behauptet hat, er sprach nur von einem Arbeitskreis).

Samstag, 11. April. Aus verschiedenen Quellen sickert durch, daß Lang nach der Intervention von Strauß gegen seinen Salzburg-Besuch an Rücktritt gedacht hat. Er habe dies unter anderem nur nicht getan, weil dann die Oberpfalz über kein Mitglied im Kabinett mehr verfügt hätte. Keiner hätte dann im Ministerrat sich mehr für diese Region stark machen können, keiner hätte gegenüber Strauß mehr auf den Tisch hauen können. Der Satz von Bayerns SPD-Chef „Langs Sitzpech ist stärker als sein Charakter“ stimmt also nicht, denn nur im Interesse seiner Heimat hat Lang nicht resigniert.

Sonntag, 12. April. Dem Innenminister schlägt jetzt förmlich eine Welle der Sympathie entgegen. Unter anderem wird darauf hingewiesen, daß Lang in seiner Zeit als CSU-Fraktionsvorsitzender manchmal Strauß widersprochen habe. Vielleicht muß er jetzt nach vielen, vielen Jahren für seine Aufsässigkeit büßen? Einer der stets gut informierten Münchner Journalisten weist darauf hin, daß Lang eventuell sogar die Diskussion in Salzburg gemeistert hätte. „Er hätte die Österreicher mit seinen freundlichen Reden über Heimat und Vaterland, Wind und Wetter sicher so eingelullt, daß diese gar nicht mehr an die WAA und die Autobahngebühren gedacht hätten.“

Montag, 13. April. Der Staatskanzlei reicht es nun. Mit großer Verwunderung gibt sie zur Kenntnis, daß die Gerüchte um Rücktrittsvorgängen von Lang nicht mit den persönlichen Erklärungen des Innenministers gegenüber Strauß übereinstimmen. Lang sei vielmehr sogar sehr zufrieden damit gewesen, nicht nach Österreich fahren zu müssen. Drohend wird noch hinzugefügt, wenn es nach dieser Erklärung noch Meinungsverschiedenheiten geben sollte, „werden sie nach der Osterpause ausgeräumt“.

Dienstag, 14. April. Aus dem Innenministerium verlautet, daß Lang sich nun wirklich nicht mehr äußern will. Er sei zwar noch nicht im Osterurlaub, aber er werde keinen Kommentar abgeben. **Gustav Norgall, MZ**

Minister Lang denkt nicht an Rücktritt

Staatskanzlei reagiert „verwundert“ auf Gerüchte / FDP-Brunner forderte die Ablösung von Vöth

München (lby). „Mit großer Verwunderung“ hat gestern die Staatskanzlei in München Meldungen zur Kenntnis genommen, wonach wegen des am Einspruch von Ministerpräsident Franz Josef Strauß gescheiterten Auftretens von Innenminister August Lang und Umweltstaatssekretär Alois Glück bei einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks in Österreich der Minister sogar an Rücktritt gedacht habe.

Diese Darlegung stehe in völligem Widerspruch zu einem Telefongespräch, das Strauß mit Lang geführt habe, hieß es in einer Erklärung der Staatskanzlei. In diesem Gespräch habe Lang seine Befriedigung ausgedrückt, nicht an der Veranstaltung des Bayerischen Fernsehens in Österreich teilnehmen zu müssen. Auch hätten in der Ministerratssitzung vom vergangenen Dienstag alle Kabinettsmitglieder einschließlich Langs und Glücks die Haltung von Strauß gebilligt. Falls es dennoch Meinungsverschiedenheiten geben solle, würden diese nach der Osterpause geklärt, stellte die Staatskanzlei fest.

In diesem Zusammenhang forderte der FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner gestern den Rundfunkrat auf, bei der anstehenden Neuwahl des BR-Intendanten den derzeitigen Amtsinhaber Reinhold Vöth abzulösen. Vöths Kritik an der Entlassung von BR-Redakteur Michael Stiegle zum baye...

durchzuführen, sei „journalistisch peinlich und eine unangenehme Liebedienerei vor der CSU-Führung“, stellte Brunner fest. Die FDP hätte von Vöth erwartet, daß er sich vor Stiegler stelle.

Wenn der Intendant dazu nicht mehr fähig sei, müsse er abgewählt werden. Vöth hatte am Wochenende sowohl die Entscheidung für das Thema wie für den Sendeort Salzburg als „nicht glücklich“ eingestuft und von einer „Amateurdبلوماسية“ gesprochen, die „am Intendanten vorbei“ erfolgt sei.

„Kopfschütteln“ jetzt auch in der CSU

„Wind nicht zum Sturm anfachen“ / Umweltstaatssekretär nimmt Stellung zum TV-Auftrittsverbot

München/Berchtesgaden (lby). Die Entscheidung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, seinem Innenminister August Lang und Umweltstaatssekretär Alois Glück die Teilnahme an einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks in Salzburg zu untersagen, stößt auch in der eigenen Partei auf Unverständnis.

In einem Brief an Strauß beklagt der CSU-Landtagsabgeordnete Franz Xaver Werkstetter, der den direkt an Österreich grenzenden Stimmkreis Berchtesgadener Land vertritt, die Verhinderung des TV-Auftritts der beiden Kabinettsmitglieder habe „bei so ziemlich allen Bürgern, auch bei unseren Parteifreunden, zumindest Kopfschütteln“ erzeugt.

Niemand könne verstehen, daß sich gerade die

Regierung des Freistaats angesichts der oft beschworenen bayerischen Liberalität einem Gebirgsland etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes, des Straßenverkehrs und der Luftfahrt durchaus Probleme. Gerade dies erfordere jedoch „das Gespräch und nicht die Abstinenz“.

An Strauß richtet der CSU-Abgeordnete weiter die Bitte, „den Wind, der in den Baumwipfeln Bürgern seines Stimmkreises sei die TV-Sendung des Bayerischen Fernsehens aus Salzburg „außerordentlich positiv“ aufgenommen worden. Der Brief Werkstetters, der auch Kreisvorsitzender der Berchtesgadener CSU ist, wurde in-kunft vom CSU-Kreisvorstand nach Aus-kunft vom Mittwoch einhellig gebilligt.

Zu einer spektakulären und medienträchtigen Aktion verstanden sich die Salzburger Anti-Atom-Aktivist*innen am 06./07. August 1987, als sie im Urlaubsort des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, in St. Gilgen am Wolfgangsee, wo die Familie Kohl ihren alljährlichen Sommerurlaub zu verbringen pflegte, an der Felswand ein großes „WAA NIE“-Transparent anbrachten. Die Presse wusste davon in großformatiger Aufmachung zu berichten:

Demonstration im Urlaubsort des deutschen Bundeskanzlers Kohl – großes Aufgebot an Sicherheitskräften: Atomprotest auf Felswand über St. Gilgen

Ein Großaufgebot an Sicherheitsbeamten und Gendarmen umringte am Dienstag seit den frühen Morgenstunden das Haus des deutschen Kanzlers Helmut Kohl in St. Gilgen. Der Grund für die massive Präsenz von Waffentragern: Eine „Handvoll“ Wackersdorf-Gegner startete einen zweiten Versuch auf sich aufmerksam zu machen und einen Gesprächstermin bei dem prominenten Urlauber zu bekommen.

Einige waghalsige Alpinisten der „Unabhängigen Plattform gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf“ montierten am Dienstag ab 6 Uhr früh ein 200 Quadratmeter großes Transparent mit der Aufschrift „WAA NIE“ auf der Plombergstein-Steilwand, hoch über St. Gilgen. Die Botschaft war an den deutschen Kanzler Helmut Kohl, den prominentesten Urlaubsgast der Gemeinde gerichtet. Sie erreichte ihn aber nicht, zumindest nicht direkt. Denn noch bevor Kohl an diesem Morgen überhaupt aus seinem Fenster blickte, war das Transparent von Gendarmen entfernt worden.



Fotos: Peter Baldinger
Demonstranten befestigten ein riesiges Transparent am Plombergstein. Gendarmen entfernten es wieder

Trotzdem wurden die Demonstranten ernst genommen. Sie hatten ja bereits am vergangenen Freitag einen Versuch unternommen, zu Kohl vorzudringen. Zusätzlich zu den zahlreichen „unauffälligen“ Sicherheitsbeamten wurden etliche Streifenwagenbesatzungen der umliegenden Gendarmerieposten nach St. Gilgen beordert. Vor dem Urlaubsdomizil des Kanzlers, an allen Zufahrtsstraßen und sogar auf hoher See (per Motorboot) wurden die Gendarmen postiert, um dem Urlaubsgast Ruhe zu garantieren.



An ihren Dienstwaffen (Pfeil) waren die „Geheimen“ erkennbar

Der kleine Zug von Demonstranten um Heinz Stockinger, einen der rühmlichsten Salzburger Wackersdorf-Gegner, begnügte sich damit zweimal vor dem streng bewachten Haus anzuhalten. Mit dem Anliegen, vorsprechen zu dürfen und einen Termin mit dem Kanzler zu vereinbaren. 7 Uhr früh war freilich – nicht nur bei einem urlaubenden Kanzler – ein höchst unglücklich gewählter Termin. Trotzdem war der Aktion der Plattform ein Erfolg beschieden. Für heute, Mittwoch, so wurde versprochen, stehe der stellvertretende Amtsdirektor Kohls für ein Gespräch über die berechtigten Anliegen der engagierten Salzburger zur Verfügung.



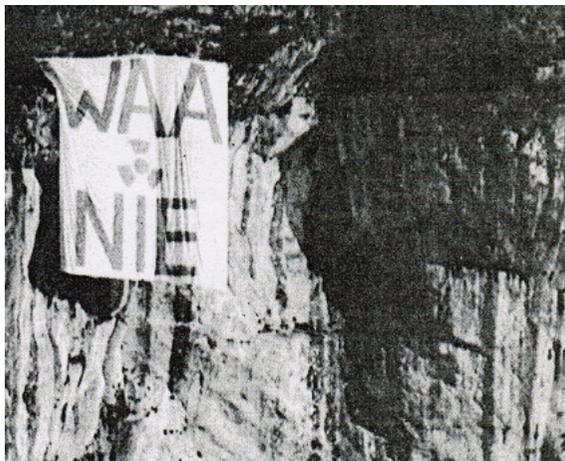
WAA-Gegner Stockinger gibt vor dem Kohl-Haus eine Erklärung ab

Auch in der „Chronik“ des „Kurier“ auf S. 16 war ein Bericht über diese „Spektakuläre Aktion von Atomgegnern in St. Gilgen zu lesen.



WAA-Plakat grüßte Kanzler Kohl von einer Bergwand!

In einer spektakulären nächtlichen Aktion hissten am Dienstag Gegner der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in einer steilen Felswand bei St. Gilgen ein riesiges Transparent: „WAA nie!“ leuchtete es auf 225 Quadratmeter in die Salzburger Landschaft, in der der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, Politchef des WAA-Fans F. J. Strauß derzeit seinen Urlaub verbringt.



Hoch über dem Kopf Kohls, auf 220 Quadratmeter, wurde die Parole an eine Felswand gebunden.

Noch im Morgengrauen rasten Gendarmerieautos mit Blaulicht in Richtung Tatort. Doch sie konnten wenig tun: Das Transparent war von bergefahrenen Männern in die überhängende Steilwand gebracht worden. Also mussten Alpingendarmen im Laufe des Vormittags das Transparent entfernen.

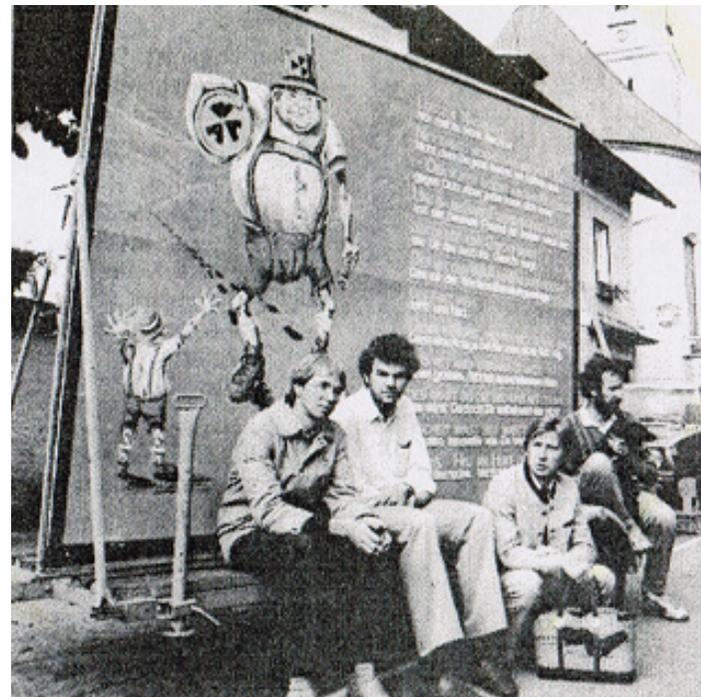
Ein Großaufgebot an Gendarmerie „schützte“ Helmut Kohl.



Die Aktion begann am Dienstag um drei Uhr früh in der Mozartstadt. Acht bergtüchtige WAA-Gegner fuhren nach St. Gilgen und stiegen im Schein von Stirnlampen eine knappe Stunde zur Plombergwand auf. Dann seilten sich Kletterer in die 200-Meter-Wand und befestigten das 60 Kilogramm schwere Transparent. Die Sonne stieg schon über dem Wolfgangsee auf, da erst war die schweißtreibende Arbeit abgeschlossen. Ein Schluck heißen Tees – und um sieben Uhr saßen die Aktionisten wieder in ihren Autos. Da kamen ihnen gerade die Gendarmerieautos entgegen. Die Beamten waren von anderen WAA-Gegnern, die ein Protestplakat durch St. Gilgen zogen, abgelenkt worden.

Mit einer Parallellaktion lenkten andere WAA-Gegner die Gendarmerie geschickt ab.

Eines haben die Plattformleute erreicht: Das Büro von Bundeskanzler Helmut Kohl wird die Atomgegner heute, Mittwoch, in St. Gilgen empfangen. Dabei wollen die grünbewegten Salzburger ihre Bedenken gegen Strauß' Lieblingsprojekt in der Oberpfalz deponieren.



ROMAN HINTERSEER

In der Vorweihnachtszeit, am 08. Dezember 1987 ab 18:00 Uhr wurde zudem im Marmorsaal von Schloss Mirabell unter der Schirmherrschaft – sprich: dem „Ehrenschutz“ – des Salzburger Bürgermeisters Josef Reschen und des Schwandorfer Landrats Hans Schuierer ein „Salzburger – Schwandorfer Advent“ mit besinnlich-kritischen Texten von Friedrich Brandl und Herbert Grabe (beide Schwandorf) und Richard Pertlwieser (Salzburg) und Volksmusik mit dem „Volksmusikensemble Willi Waschl“ und dem „Seeburger Dreigesang“ (Salzburg) durchgeführt, die von zahlreichen WAA-Gegnern besucht wurde.

1988

- **1988: Das unvergessene Original Hubertus Boese**, Klavierlehrer am Mozarteum und Stammmaktivist aller Umwelthanlagen in Salzburg, bei einer Demonstration am Bauplatz in Wackersdorf – mit dem Brett, das die WAA-Betreiber vor dem Hirn hatten. Daneben Adrienne Kloss-Elthes und Johanna Priester von den Salzburger „Müttern für eine atomfreie Zukunft“.



- **„Jedermanns EinWAAnd“** wird im Frühjahr beim Bayerischen Umweltministerium hinterlegt. 120.000 Einwendungen sind es allein aus dem Land Salzburg, rund 440.000 aus ganz Österreich. Ebenso viele wie aus ganz Deutschland. Der Anfang vom Ende der WAA.

- **„Erschütterungstermin!“** entrollt die PLAGE vor der Stadthalle in Neunburg vorm Wald ihr Spruchband. Am Erörterungstermin in dem Städtchen, einige Kilometer vom WAA-Baugelände, werden über die Sommerwochen die schriftlichen Einwendungen vom Frühjahr in einem Trommelfeuer des örtlichen und des grenzüberschreitenden Widerstands von Bürgern und Körperschaftsvertretern mit den Betreibern diskutiert.



- **Sechswöchiger Ringkampf.** Drinnen vertritt Rechtsanwalt Wolfgang Baumann neben deutschen Klägern auch Stadt und Land Salzburg mit unerhörter argumentativer Kraft gegenüber den WAA-Betreibervertretern von DWK (Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen), TÜV und Bayerischem Umweltministerium. Am „Österreichischer Tag“ erheben u.a. Salzburgs Umweltlandesrat Sepp Oberkirchner und – besonders schmerzhaft für Parteifreund F. J. Strauß – Österreichs Umweltministerin Marilies Flemming massive Einwände gegen die „Plutoniumfabrik“.



Auch hier war es schon im Vorfeld zwischen Bayern und Österreich zu Auseinandersetzungen und Verstimmung gekommen, als Salzburg Einblick in den WAA-Sicherheitsbericht und dessen Auslegung in Salzburg gefordert hatte, die bayerische Staatsregierung diesem Ansinnen jedoch unter Verweis auf die „atomrechtliche Verfahrensordnung“ mit Ablehnung begegnete.

Hierzu war in der „Mittelbayerischen Zeitung“ zu lesen:

Salzburg will Einsicht in WAA-Sicherheitsbericht

Salzburg/München (mz). Bürgermeister Josef Reschen hat in einem Schreiben an das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen darum gebittet, im Februar 1988 bei der Gemeindefachstelle Landratsamt Schwandorf ein neues Sicherheitsbericht rechtlichen Teilerrichtung WAA auch den Bürgern in einer zumutbaren Weise zugänglich zu machen. Er ersucht, den Sicherheitsbericht aufzulegen, begründet durch die Tatsache, daß aufgrund eines Gutachten für angewandte Ökologie hinsichtlich der „Auswirkungen der WAA-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf auf die Bevölkerung Salzburg und ihre Bürger“ ein wohlbegründetes Interesse besteht. Mit dem gleichen Anliegen hat sich auch die Salzburger Landesregierung an das bayerische Umweltministerium gewandt.

„MZ“, 18.02.88

WAA-Bericht wird nicht in Salzburg ausgelegt

München (lby). Der Sicherheitsbericht für die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf kann nicht in Salzburg ausgelegt werden. Diese Nachricht gab das bayerische Umweltministerium gestern dem Salzburger Bürgermeister Josef Reschen. Die atomrechtliche Verfahrensordnung bestimme, wo die Unterlagen jeweils aufzulegen sind: Bei der Genehmigungsbehörde und bei einer geeigneten Stelle in der Nähe des Standorts. Daran sei das Ministerium gebunden. Bürgern im Ausland könnten keine weiterreichenden Beteiligungsrechte eingeräumt werden als der deutschen Bevölkerung. Die WAA-Unterlagen liegen seit einer Woche für zwei Monate im Umweltministerium, im Landratsamt Schwandorf und im Wackersdorfer Rathaus auf.

„MZ“, 01.03.88

„MZ“, 05.03.88

Störfall in Wackersdorf? „Lustig ist das nicht!“

Salzburgs Bürgermeister reicht als unmittelbar Betroffener Einwendung gegen WAA ein / CSU: „Schmäh“

München (lby). Der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen (SPÜ) hat am Freitag in München mit einer überparteilichen Delegation im bayerischen Umweltministerium den Sicherheitsbericht zur zweiten atomaren Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf eingesehen und seine Einwendungen gegen das Projekt eingereicht.

Wie Reschen nach dem Besuch in dem Ministerium, bei dem ihn SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Hiersemann begleitete, vor der Presse sagte, wende er sich als unmittelbar Betroffener gegen die nur 180 Kilometer entfernte atomare Anlage in der Oberpfalz.

Bei einem Störfall in Wackersdorf sei die radioaktive Wolke in sechs Stunden in Salzburg. „Lustig ist das nicht“, meinte der Bürgermeister, zumal innerhalb dieser Zeit nach den Erfahrungen von Tschernobyl die Salzburger Bürger gar nichts von dem Unfall erfahren würden. Auch Hiersemann wies darauf hin, daß Umweltgefahren nicht vor nationalen Grenzen haltmachten. Er bedankte sich dafür, daß Salzburg schon von Anfang an die Proteste gegen die WAA unterstützt. „Ihre Sorgen sind die gleichen wie hier in Bayern“, sagte er und entschuldigte sich gleichzeitig nach dem früheren Einreiseverbot für Österreicher namens der SPD bei Reschen „für die Flügelien unseres Ministerpräsidenten und seines Staatsministers Stoiber“.

Im Umweltministerium, dem Hiersemann den Besuch des Salzburger Bürgermeisters und der Delegation mit Vertretern aller Fraktionen angekündigt hatte, wurden die Gäste weder vom Minister persönlich noch von dessen Staatssekretär, sondern von einem Leitenden Ministerialrat empfangen. Verwundert zeigten sich die österreichischen Besucher auch, daß der Sicherheitsbericht zur Einsichtnahme „in einem Besenkammer!“ ausliegt. So etwas wäre in Salzburg bei einer derart wichtigen Sache undenkbar, meinte der Bürgerlisten-Gemeinderat Johann Padutsch.

Padutsch betonte jedoch, „daß wir nicht nachtragend sind“, weshalb Bayerns Landesregierung endlich auf die inhaltliche Auseinandersetzung eingehen solle. Hiersemann versprach den Salzburger Gästen, die SPD werde beim Verweigern der Einwendungen aus Österreich ausfor-

malen Gründen die Anliegen vollinhaltlich übernehmen und eine Behandlung erzwingen. Als schikanös bezeichnete er das Vorgehen der Staatsregierung, wonach der Sicherheitsbericht nicht in Salzburg ausgelegt wird.

Rechtsanwalt Wolfgang Baumann betonte, Reschens Protest gelte als „Mustereinwendung für Österreich“. Jeder Bürger könne sich dem in der bis 22. April laufenden Frist anschließen.

„Wer nicht einwendet, stimmt praktisch der Anlage zu“, sagte er.

Wie Reschen und die anderen Salzburger Vertreter feststellten, würden sie in ihrem Protest gegen die WAA nicht nachlassen. Die Aktionen erfolgten „auf rechtlich einwandfreie Weise und auch auf sympathische Art – nicht rüpelhaft“ kündigte der Bürgermeister an. So schenkte er als freundliche Geste einem Polizisten im Umweltministerium ein Salzburger Engerl.

Die gemeinsame Aktion von Hiersemann und Reschen nannte in einer ersten Stellungnahme der stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber ein „abgekartetes, billiges Schauspiel mit viel Schmäh“.



Salzburgs Bürgermeister Reschen sah gestern im Umweltministerium den Sicherheitsbericht für

„MZ“, 13.04.88

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG
100 000 Unterschriften gegen WAA an Vranitzky
 München/Wien (ap). Eine Initiative österreichischer Atomkraftgegner hat am Dienstag im österreichischen Bundeskanzleramt rund 100 000 Unterschriften gegen die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf übergeben.
 An der Demonstration vor dem Kanzleramt nahmen nach Angaben der Initiative rund 100 Atomkraftgegner teil. Auf Transparenten hieß es: „Keine Atomkraftwerke an unseren Grenzen“, „Wackersdorf verhindern“ und „Termeln (CSSR) nicht bauen“.
 Der Grünen-Abgeordnete Peter Pilz forderte Bundeskanzler Franz Vranitzky auf, die Erklärung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage zu unterschreiben. Vranitzky verwies darauf, daß die Verhandlungen mit der Bundesrepublik bezüglich eines Informationsabkommens über Kernanlagen noch nicht abgeschlossen sind.
 Bisher hatten bereits die Salzburger, die Wiener und die oberösterreichische Landesregierungen offiziell Einspruch erhoben. Auch andere Gruppen schlossen sich dem Protest gegen Wackersdorf an. Rund 20 000 österreichische Bürger haben bisher nach Angaben der Atomkraftgegner private Einspruchsverfahren gegen die Anlage eingeleitet.

2. Anti-Wackersdorf-Tag im Landestheater Salzburg am, 01. November 1988

In Erinnerung und Anlehnung an den „1. Anti-Wackersdorf-Tag“ im Landestheater Salzburg am 01. November 1986 wurde genau zwei Jahre später eine ähnliche Veranstaltung konzipiert, die ebenfalls sehr große Resonanz erzielte.

So wussten das „Tagblatt „ am 25. August in seiner diesbezüglichen Vorankündigung zu vermelden:



Kunst und Kreativität gegen Atom-Lobby Anti-Wackersdorf-Tag im Salzburger Landestheater

Noch in diesem Jahr droht ungeachtet Tausender Einwendungen die Genehmigung zum Bau der WAA Wackersdorf. Die Salzburger Forderung „Wackersdorf darf nicht gebaut werden“ ist daher aktueller denn je. Wie schon vor zwei Jahren hat Bürgermeister Reschen international renommierte Künstler zum 2. Anti-Wackersdorf-Tag in das Salzburger Landestheater eingeladen. Am 01. November werden diese Künstler von 10 bis 24 Uhr zum Thema „Für eine atomfreie Zukunft“ Beiträge leisten.

Der Anti-Wackersdorf-Tag verspricht nicht nur ein wichtiges, wesentliches Ereignis zu werden, sondern auch ein vergnügliches: Kunst und Kreativität stehen im Wettstreit gegen die zivil und militärisch genutzte Atomtechnik. Fritz Muliär wird politische und heitere Texte lesen. Elfriede Ott singt und spricht Heiteres und Besinnliches, Kabarett aus Österreich wird von Christian Wallner geboten. Wilfried wird für die musikalische Stimmung sorgen, Beni Schmidt Kunst auf der Geige darbieten. Weiter dabei: Gerhard Tötschinger, Elisabeth Orth, die Hitparadenstürmerin Etta Scolo, Barbara Rütting, das Salzburger Streichquartett, Rudolf Wessely und viele andere. Der Ballettsaal des Landestheaters wird zur Diskussionsarena. Der ehemalige Club-2-Chef Peter Huemer ist Diskussionsleiter.

„Ein zweites Tschernobyl muss verhindert werden!“ Elfriede Ott wird beim Salzburger Anti-Wackersdorf-Fest dabei sein, um an einem generellen Umdenken in Puncto Umweltschutz mitzuwirken

In einer früheren Ankündigung in der Informations-Zeitung 10/88 wird neben dem Veranstaltungshinweis auch für die mögliche Teilnahme an einem Marsch zum Bauzaun am 15. Oktober geworben:



Wieder Künstler gegen WAA

1. November Landestheater – 15. Oktober am Bauzaun

Zahlreiche Künstler haben die Einladung von Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen angenommen, am „Tag der Künstler für eine atomfreie Zukunft“ am 01. November 1988 im Landestheater teilzunehmen. Ihre Teilnahme zugesichert haben unter anderem: Elfriede Ott, Fritz Muliär, Christian Wallner, Klaus Wildbolz, Gerhard Tötschinger, Rudolf Wessely, Karl Paryla, Alf Tondern, Klaus Kreuzeder und Gottfried Schlögl, die alle die Salzburger in ihrem Kampf gegen die WAA unterstützen wollen. Wie erinnerlich, veranstaltet die Stadt Salzburg gemeinsam mit dem Salzburger Landestheater und der Münchner Organisation „David gegen Goliath“ am 01. November 1988 einen „Tag der Künstler für eine atomfreie Zukunft“ im Landestheater.

Die Salzburger Plattform gegen die WAA organisiert mit ihren Teilorganisationen Mitfahrmöglichkeiten zu einer Grußkundgebung der Bürgerinitiative Schwandorf am 15. Oktober 1988 in Form eines Marsches zum Bauzaun. Anmeldungen und Auskünfte bei der Überparteilichen Plattform gegen die WAA, 5020 Salzburg, Arensbergstraße 10, Tel. 0662/76492. Zu dieser Kundgebung werden rund 20.000 Teilnehmer erwartet, der Appell an die Vernunft aus Salzburg sollte auch wieder recht stark sein!!



Am 01.11.1988 druckten die „Salzburger Nachrichten“ ebenfalls einen ausführlicheren Hinweis auf das breite Programm der Veranstaltung ab.

Im Landestheater:

Künstler gegen die WAA

Nonstopprogramm bei freiem Eintritt im Landestheater

SALZBURG-STADT. Heute, Dienstag, 1. November, ist es wieder soweit: Im Salzburger Landestheater heißt es „Künstler gegen die WAA Wackersdorf“. In einem Nonstopprogramm werden von 10 bis 24 Uhr bei freiem Eintritt sowohl klassische Musik wie auch Pop, Literatur und Kabarett geboten. Parallel dazu werden im Ballettsaal ab 13 Uhr Diskussionen geführt – ab 15 Uhr zum Beispiel ein Ost-West-Dialog mit Prof. Klaus Traube (BRD) und Otto Lendval (Mitglied der ungarischen Atomenergiekommission) sowie Peter Huemer als Gesprächsleiter. Im Chorsaal sind Filme, Videos und Dias zu sehen.

In den Theaterfoyers werden Ausstellungen und Büchertische eingerichtet. Auf der Probephöhne gibt es von 13 bis 17 Uhr ein Kinderprogramm. Die „Mütter für eine atomfreie Zukunft“ stellen ein Buffet im Rauchfoyer bei. Der 2. Anti-Wackersdorf-Tag im Landestheater – der erste fand im Jahr 1986 statt – ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Landeshauptstadt mit dem Landestheater Salzburg, der bayerischen Initiative „David gegen Goliath“ und der „Überparteilichen Plattform gegen die WAA Wackersdorf“. Einige Höhepunkte aus dem dichten Programm: Klassische Musik vom Salzburger Oktett um 10 Uhr; Bewegungstheater Vorgänge um 11:30 Uhr; Ballett des Salzburger Landestheaters um 12:40 Uhr; Hanne Rohrer mit Erinnerung an Christina Lavant um 13:50 Uhr; Barbara Rütting um 15:20 Uhr; Elisabeth Orth, Rede an und über Österreich, um 16:20 Uhr; Elfriede Ott, Lieder und Texte, um 16:35 Uhr; Gerhard Tötschinger, Ernstes und Heiteres, um 17:00 Uhr; Alfred Tondern & Gottfried Schlögl, Polit-Satire, um 18:35 Uhr; Benjamin Schmid, Violine, um 19:10 Uhr; Fritz Mular, Texte zu und über Österreich, um 19:25 Uhr; Christian Wallner, Kabarett, um 20:45 Uhr; Etta Scolo, Hits aus Italien, um 22:40 Uhr, Wilfried um 23:30 Uhr.



Fritz Mular mit Landestheater-„Ausherr“ Hochstraate Bild: SN/K.G.

Fritz Mular mit Landestheater-„Ausherr“ Hochstraate Bild: SN/K.G.

Die Diskussionen im Ballettsaal beginnen um 13 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Günther Schwab, Weltbund zum Schutz des Lebens mit dem Titel „Aus dem Leben eines Atomgegners der ersten Stunde“. Nach dem „Ost-West-Dialog“ um 15 Uhr gibt es um 18 Uhr noch einen Workshop zum Thema „Atomare Schwachstellen in Österreich“.

In einem Interview für die Informationszeitung der Landeshauptstadt Salzburg Ausgabe 11/1988 äußerte sich Elfriede Ott gegenüber Mag. Ingrid Gordon bzgl. ihres Engagements gegen die WAA wie folgt:

Ich will zum Nachdenken anregen Elfriede Ott beim AntiWAAckersdorf-Tag im Salzburger Landestheater

Auch Elfriede Ott zählt zur „Riege“ jener Künstler, die trotz Vielbeschäftigung sofort ihre Beteiligung am AntiWAAckersdorf-Tag im Landestheater Salzburg zugesagt haben. Frau Ott unterrichtet seit diesem Herbstsemester am Konservatorium der Stadt Wien in der Abteilung für Schauspiel, bereitet derzeit „nebenbei“ zwei Soloprogramme zum 200-Jahre-Jubiläum des Theaters in der Josefstadt vor und betreibt nach wie vor ihren Hauptberuf – die Schauspielerei. Auf die Frage, warum sie beim Wackersdorf-Tag mitmacht, antwortet Frau Ott spontan: „Es ist mir zum einen ein persönliches Anliegen, ein zweites Tschernobyl zu verhindern, zum anderen liegt mir die Stadt Salzburg sehr am Herzen. Durch meine verschiedenen Aktivitäten, wie das alljährliche Mitmachen beim Fest in Heimbrunn, meine Arbeit mit dem Straßentheater von Oskar Fritz Schuh sowie meine Auftritte bei den Salzburger Festspielen, habe ich eine sehr enge Beziehung zum Salzburger Publikum.“



„Glauben Sie, dass von Künstlern mehr Menschen zum Nachdenken über das Problem angeregt werden?“

Elfriede Ott: „Ich hoffe es, zumal wir Künstler ja in der Öffentlichkeit stehen und mit solchen Aktionen eindeutig Stellung beziehen, da wir mit unserer ganzen Persönlichkeit dahinterstehen und mit unseren Programmen, Texten, Beiträgen etwas dazu aussagen. Es scheint mir wichtig, dass immer wieder etwas in dieser Richtung getan wird.“

Welches Programm werden Sie bringen?

Elfriede Ott: „Mein Programm bezieht sich vom Thema her nicht direkt auf Wackersdorf. Es ist ein kabarettistisch unterhaltendes, jedoch auch sehr hintergründiges Programm mit Texten und Liedern von Nestroy, Friedrich Hollaender bis zu Jura Soyfer, von dem mir gerade in dieser Beziehung eine Aussage zum Leitsatz geworden ist: ‚Menschen sind wir alle einst vielleicht gewesen, oder werden eines Tages sein, wenn wir von all dem genesen. Aber sind wir heute Menschen? Nein!‘“

Welches ist Ihr ganz persönliches Anliegen in Zusammenhang mit dem AntiWAAckersdorf-Tag?

Elfriede Ott: „Dass die eigentliche Problemstellung über Wackersdorf hinausgeht und bei uns allen ein wirklich ‚großes‘ Umdenken stattfinden muss. Es genügt nicht nur, auf die Sache aufmerksam zu machen. Man muss aufhören, sich die Verantwortung gegenseitig zuzuschieben, jeder einzelne muss sich selbst bei der Nase fassen und bereit sein, umzudenken und umzukehren. Wackersdorf ist ein ungeheures Zeichen für alle Unvernunft, alle Gewalt und alle Kriege.“

Sodann wird auf den erneuten Auftritt der „Wolfgang Pillinger Big Band“ verwiesen:

Die Pillinger Big Band

Auch die Salzburger „Lokalmatadore“ sind heuer wieder mit dabei! Geleitet von „Bandleader“ Wolfgang Pillinger, der hauptberuflich am Salzburger Mozarteum unterrichtet, ist diese Band vor allem den Musical-Besuchern des Salzburger Landestheaters bestens bekannt. Wann immer jazziger Sound die Bühnenmusik bestimmt, ist Wolfgang Pillinger mit seinen Mannen live dabei

Von Eigenkompositionen, klassischen bis zu modern-experimentellen Interpretationen haben die Salzburger „Pillinger-Brüder“ einfach alles drauf!



Selbstverständlich wirkte am 1. November auch das Ensemble des Salzburger Landestheaters mit. Hier im Bild das Ballett.

Vorangegangen war dem Statements von Elfriede Ott eine Begrüßung seitens Lutz Hochstraate, des Intendanten des Salzburger Landestheaters, in welcher dieser auch an die erste diesbezügliche Veranstaltung von vor zwei Jahren erinnert:

DER INTENDANT DES LANDESTHEATERS LÄDT EIN.

Liebes Publikum in Stadt und Land

Der 01. November 1986 wird immer einer der liebsten Tage meiner Intendanz in Salzburg bleiben. An diesem Tag fand das erste Konzert „Künstler gegen Wackersdorf“ statt, und Tausende Salzburger haben unser Haus besucht, haben diskutiert, sich unterhalten und den Künstlern zugeschaut. Protest kann ein Fest sein.

Unser gemeinsamer Protest gegen die menschenfeindliche Atomwirtschaft soll – das wäre ein Traum von mir – auch über zwei Jahre nach Tschernobyl so stark sein, dass der 01. November 1986: „Künstler gegen Wackersdorf – Für eine atomfreie Zukunft“ uns für den Kampf gegen menschenfeindliche Technologie und Hochrüstung neue Impulse gibt.

Ich glaube, dass der Salzburger Protest für unsere bundesdeutschen und auch für die östlichen Nachbarn ganz wichtig ist. Und ich hoffe, dass wir wieder viele produktive Kontakte schließen können – am 01. November im Landestheater.

Anschließend wird ausführlicher auf die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Beiträge der einzelnen Mitwirkenden eingegangen:



Lutz Hochstraate

Prominente im Landestheater

Aus der großen Liste der Mitwirkenden am 01.11.

Er verspricht nicht nur ein wichtiges, wesentliches Ereignis zu werden, sondern auch ein vergnügliches: der 01. November 1986 im Salzburger Landestheater. Von 10:00 bis 24:00 Uhr werden hier bekannte Künstler zum Thema „Für eine atomfreie Zukunft“ einen Beitrag leisten. Für das Publikum gilt freier Eintritt. Die Liste der hier angeführten Künstlerinnen und Künstler, die sich uneigennützig in den Dienst einer guten Sache stellen, ist noch nicht abgeschlossen. Leider kommt uns jedoch der Redaktionsschluss dieser Ausgabe zuvor, um die Liste zu vervollständigen.

Fritz Mular wird politische und heitere Texte lesen, **Elfriede Ott** singt und spricht Heiteres und Besinnliches. Die Welt der Heimatkunst wird durch die „**Fraunhofer Saitenmusi**“ vertreten. Satirisches und Nachdenkliches wird von **Klaus Wildbolz** zu hören sein.

Kabarett aus Österreich wird von **Christian Wallner** geboten. Politisches Kabarett aus Norddeutschland bringt „**Libretto Fatale**“.

Karl Paryla wird anhand der Figuren des Émile Zola die Bedeutung des Widerstandes darstellen.

Berni Schmidt wird Kunst auf seiner Geige darbieten. Türkische Volkslieder werden von **Hülya Arel** zu hören sein.

Von bekannten Künstlern wird Bekanntes und auch bisher Unbekanntes zu hören sein.

Es haben zugesagt: **Gerhard Tötschinger, Rudolf Wessely, Klaus Kreuzeder, Alfred Tondern** und **Gottfried Schlögl**, die **Bigband Wolfgang Pillinger, Mehlprimel** mit **Reiner** und **Dietmar Panitz, Christian Futterknecht**, der aus der österreichischen Literatur unterhaltsame Texte vortragen wird.

Piano Paul, Gotte Gollschalk, Elisabeth Orth hält eine Rede über Österreich. **Gerhard Peilstein** und **Michael Dangl** lesen Texte von Thomas Bernhard.

Weiter sind dabei: **Iris Atzwanger, Hanne Rohrer, Peter Percht, das Ballett des Salzburger Landestheaters, Ettala Scolo, Carl Peyer, Wilfried, das Salzburger Oktett, das Salzburger Solistenquartett, das Salzburger Streichquartett, das Kontrabassquartett, Hans Jörg Schuster, Angela Adebiji-Berann, (Begleitung E. Ott), Roland Sugimoto (Begleitung E. Ott), Renate Welsh, Albert C. Humphrey, Barbara Antling, Heinz Ehrenfreud und Friedrich Brandl.**

Offen für Stadt und Land

Nicht nur prominente Künstler aus dem In- und Ausland werden am 01. November 1988 im Salzburger Landestheater von 10:00 bis 24:00 Uhr bei freiem Eintritt für die Bevölkerung aus Stadt und Land den „Tag der Künstler gegen Wackersdorf – Für eine atomfreie Zukunft“ gestalten. Der Tag wird vom Landestheater, der Organisation „David gegen Goliath“ und der Salzburger überparteilichen „Plattform“ organisiert.

Durch Diskussionen, Informationen und Ausstellungen werden die Besucher an diesem Tag über alle Facetten des Problems informiert werden.

Ein Atomgegner der ersten Stunde, Prof. Günther Schwab, der in vielen Büchern, so u.a. „Der Tanz mit dem Teufel“, auf die chemo-physikalische Umweltversuchung aufmerksam machte, wird aus seinem Leben erzählen.

U.a. wird die Energiewerkstatt Neumarkt über Energieeinsparungsmöglichkeiten und alternative Energiequellen informieren. Außerdem gibt es Film. Und Video-Informationen vom Atom-Macho über Spaltprozesse zum Stromkunden zu sehen. Desweiteren ist eine Diskussion mit prominenten Wissenschaftlern geplant.

Und auch der musikalische Beitrag von Etta Scolo wird in Wort und Bild kurz gewürdigt:

Dem schließen sich einige weitere Stimmen von Mitwirkenden und ein abschließendes Grußwort des Salzburger Bürgermeisters Dipl.-Ing. Josef Reschen an:



Beni Schmidt wird am 1. November die Besucher im Landestheater mit seiner Kunst auf der Geige erfreuen.



Prof. Günther Schwab.



MERIN ETTA SCOLLO IN SALZBURG „LIVE“ DABEI: Tina Turner ist ihr Idol, Jazz und Blues bezeichnet sie als einen Teil ihrer selbst, mit der kraftvollen Neuinterpretation des alten Beatles-Hits „Oh Darling“ schaffte sie den Sprung ganz nach vorne. Etta Scolo, die sizilianische Wahlösterreicherin. be-

Sodann folgt ein kurzer Bericht zu den Ausführungen seitens eines Atomgegners der ersten Stunde, nämlich von Professor Günther Schwab, der aus seinem Leben erzählte.



Das Echo aus der Welt der Kunst

Große Zustimmung zum AntiWAAckersdorf-Tag am 01. November 1988

Ein gewaltiges Echo aus Künstlerkreisen erfolgte auf die Einladung von Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen, beim zweiten AntiWAAckersdorf-Tag im Salzburger Landestheater mitzuwirken, und jene, die aus Termingründen nicht aktiv an der Gestaltung dieser Veranstaltung, die am Dienstag, dem 01. November, um 10:00 Uhr beginnt und um 24:00 Uhr endet, nicht dabei sein können, scheuten sich nicht, ihre Zustimmung zum Ziel dieser Veranstaltung zu geben.

Lang ist die Liste der teilnehmenden Künstler. Hier einige Auszüge aus den Antworten: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister – lieber Freund Reschen! Natürlich wirke ich am 01. November mit ...“ schreibt Fritz Mular. Klaus Wildbolz: „... ich war 86 dabei und würde auch ganz gerne was machen ...“ Gudrun Sieber bedauert, aus Termingründen nicht teilnehmen zu können. „Das tut mir besonders leid, da ich gern meinen Beitrag gegen die WAA geleistet hätte. In der Hoffnung, dass die Bemühungen aller gegen die WAA von Erfolg gekrönt werden, und traurig, dass ich selbst nicht dazu beitragen kann, verbleibe ich ...“

Einer Verpflichtung nach Chicago und Japan fällt der vorgesehene Beitrag von Kammersängerin Anna Tomowa-Sintow zum Opfer. Sie schreibt: „Soweit es in meiner Kraft liegt, würde ich mit allen Mitteln dieses Projekt unterstützen, da es auch meinen überzeugten Idealen und Vorstellungen entgegenkommt.“



Dipl.-Ing. Josef Reschen

Im Schreiben von Piano Paul heißt es: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reschen! Beim Tag der Künstler für eine atomfreie Zukunft mache ich sehr gern mit. Auf eine Gage würde ich zugunsten des Veranstaltungszwecks verzichten.“ Aus den Münchner Kammerspielen schreibt Rudolf Wessely: „ ... wenn meine Theaterverpflichtungen es erlauben (ich hoffe und glaube diese), bin ich bereit, an der mir sympathischen Veranstaltung mitzuwirken ...!“

Im Folgenden die Aufforderung des Salzburger Bürgermeisters Dipl.-Ing. Josef Reschen an die Bürger der Stadt, das Anliegen der Veranstaltung vom 01. November 1988 zu unterstützen:

DER BÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT LÄDT EIN

Liebe Salzburgerinnen, liebe Salzburger!

Noch in diesem Jahr droht ungeachtet Tausender Einwendungen die Genehmigung zum Bau der WAA Wackersdorf. Seit der Katastrophe von Tschernobyl haben sich die begründeten Ängste vor den Folgen einer technischen Fehlentwicklung in ganz Europa vermehrt. Die Bedenken gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf im benachbarten Bayern steigerten sich in Salzburg, aber auch in unserem Nachbarland zu massiven Protesten.

Die Stellungnahme der Landeshauptstadt Salzburg ist getragen von der gleichen Meinung aller im Gemeinderat vertretenen politischen Gruppierungen. Sie ist Dolmetscher all dieser Bedenken, die von den Menschen in Stadt und Land gegen die atomare Bedrohung vorgebracht worden sind.

Ein gemeinsamer Beschluss war es auch, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu zeigen, dass hier nicht, wie es so oft hieß, „Chaoten“ am Werke seien, sondern tiefbesorgte Bürger diesseits und jenseits der bayerischen Grenze. Mütter, die um die Zukunft ihrer Kinder bangen, Menschen, denen die Qualität ihrer Umwelt, die Natur und damit ihre Heimat etwas wert sind.

In der Überparteilichen Plattform gegen die WAA Wackersdorf sind nicht nur alle politischen Parteien, sondern auch Frauen und Männer aus allen Kreisen der Bevölkerung unseres Landes vertreten. Dass sie und die bayerischen Freunde insbesondere aus dem hauptbetroffenen Landkreis Schwandorf nicht alleine stehen, hat schon vor zwei Jahren der erfolgreiche Tag der „Künstler gegen Wackersdorf“ im Salzburger Landestheater bewiesen.

Ich habe daher, wie schon vor zwei Jahren, Freunde Salzburgs gebeten, uns durch einen Beitrag am „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ zu unterstützen. Das Verständnis zahlreicher renommierter Künstler für unsere Sorgen vor der atomaren Bedrohung hat es ermöglicht:

Am 01. November 1988 findet im Landestheater von 10:00 bis 24:00 Uhr bei freiem Eintritt wieder ein „Tag der Künstler gegen Wackersdorf – Für eine atomfreie Zukunft“ statt.

Ich lade Sie zu dieser Veranstaltung herzlich ein. Unterstützen Sie durch Ihr Kommen unsere Forderung „Wackersdorf darf nicht fertiggebaut werden“.



Und in einer weiteren Info-Zeitschrift vom November 1988 wird abschließend ausführlich von der erfolgreichen Veranstaltung berichtet:

Widerstand gegen WAA Wackersdorf Wieder eindrucksvolle Kundgebung im Landestheater mit prominenten Künstlern aus dem In- und Ausland

Wie schon vor zwei Jahren wurde der bereits zweite Anti-Wackersdorf-Tag im Salzburger Landestheater am 01. November 1988 zu einer eindrucksvollen Kundgebung aller friedlichen und demokratischen Proteste gegen die Bedrohungen der Menschheit durch Kernkraftanlagen im allgemeinen und die geplante Errichtung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf im besonderen sowohl durch die Künstler als auch das Interesse von Tausenden Besuchern.

Das von 10:00 Uhr vormittags bis 02:30 Uhr früh laufende Nonstop-Programm gegen die WAA, des Strebens nach einer atomfreien Zukunft auf unterschiedlichsten künstlerischen Ebenen mit Literatur, Kabarett, Musik, Lied, Tanz, Diskussion sowie mit Filmen, Dias, Schautafeln und einer Fülle von Schriften über realisierungsreife Alternativen zur Atomenergie,



Auch Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen war unter den vielen Besuchern der Veranstaltung im Landestheater. Fotos: Helplerner



Veranstaltet wurde diese Kundgebung gemeinsam von der Stadtgemeinde Salzburg, der Überparteilichen Plattform gegen die WAA Wackersdorf, dem Salzburger Landestheater und der Münchner Initiative „David gegen Goliath“, der auch viele prominente Künstler und Wissenschaftler angehören. Die Veranstaltungsbesucher wurden von den „Müttern für eine atomfreie Zukunft“ kulinarisch betreut.

Als eine symbolische Bekräftigung der gemeinsamen Bestrebungen gegen die WAA Wackersdorf und die bestehende Umweltpartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Salzburg und dem Landkreis Schwandorf überreichte der Oberpfälzer Dichter Friedrich Brandl an Bürgermeister Dipl.-Ing. Reschen die Ausgabe 1989 des „Oberpfälzer Tagebuches“, eine in Kalenderform



Mit flotten Darbietungen stellte das Ballett des Landestheaters wieder das Können seiner Mitglieder unter Beweis.



Rauschender Beifall war die Reaktion des Publikums auf das virtuose Spiel des Salzburger Geigers Benjamin Schmid.

gestaltete Dokumentation der Vorgänge rund um die Baustelle in Wackersdorf mit aussagekräftigen Fotos und aktuellen Texten engagierter Schriftsteller.

Vor allem am Nachmittag und am Abend war das Landestheater fast durchgehend gerammelt voll mit Besuchern, die an den Darbietungen lebhaft teilnahmen und mit Beifall keineswegs geizten. Im Ballettsaal berichtete der Schriftsteller Professor Günther Schwab „Aus dem Leben eines Atomgegners der ersten Stunde, anschließend stellten sich unter der Diskussionsleitung von Dr. Peter Huemer Prof. Klaus Traube von der Gesamthochschule Kassel (BRD) und der Physiker Ota Lendval, Beamter der ungarischen Atomenergiekommission, einem „Ost-West-Dialog“ über die Chancen einer atomfreien Zukunft.



Bombenerfolg für den Salzburger Kabarettisten Christian Wallner bei seinem Auftritt.

In den rund 40 Programmpunkten schienen prominente Namen wie etwa Elfriede Ott, Elisabeth Orth, Barbara Rütting, Fritz Muliar, Heinz Ehrenfreund, Gerhard Tötschinger und Wilfried auf. Begeisterten Beifall ernteten auch der Geiger Benjamin Schmid und der Kabarettist Christian Wallner, aber auch das Ballett des Salzburger Landestheaters. Die Gunst des Publikums errangen aber auch rasch die Kabarettgruppen „Mehlprimeln“ aus Bayern sowie „Libretto Fatale“ aus Bremen, die „Fraunhofer Saitenmusik“ und „Samba Libre“ mit süd-amerikanischen Klängen und Rhythmen.



**Über Nestroy stellte Elfriede Ott
überraschend Bezüge zur
Anti-Wackersdorf Bewegung her.**

Im buntgemischten Publikum aus allen Bevölkerungsschichten wie auch aus anderen Bundesländern und aus der Bundesrepublik Deutschland waren als aufmerksame Zuschauer und Zuhörer auch der Schwandorfer Landrat Hans Schuierer, engagierter politischer Verbündeter der Landeshauptstadt

Salzburg gegen die WAA, und der Abgeordnete zum bayerischen Landtag Dipl.-Ing. Gustav Starzmann zu sehen. Landestheater-Intendant Lutz Hochstraate und Dramaturg Dr. Reinhard Deutsch, der durch das Programm führte, waren begeistert vom lebhaften Interesse an dieser Veranstaltung.

Offener Widerstand gegen die Atomindustrie sei deswegen so wichtig, weil dadurch nicht nur jene gescheitert würden, die diesen betreiben, sondern auch jene, gegen die er sich richtet. Dieses Fazit zog Dr. Peter Huemer aus dem dreistündigen „Ost-West-Dialog“ ebenso wie die aus den Beiträgen beider Wissenschaftler gewonnene Erkenntnis, dass Energieverbrauch und Lebensstandard überhaupt nichts miteinander zu tun haben. In der auch von den Besuchern rege mitgeführten Diskussionen wurde die Meinung deutlich, dass alle Risiken und der ungeheure Aufwand, die mit der Atomenergie verbunden sind, keineswegs gerechtfertigt seien, angesichts der Tatsache, dass die Atomenergie nur etwas mehr als zwei Prozent des Weltenergieverbrauchs abdecke und auch kaum steigerbar sei.

Und in einem Bericht der „Salzburger Nachrichten“ befasst sich Othmar F. Behr am 02.11. ebenfalls noch einmal mit dem Charakter des Events.



Südamerikanische Klänge mit „Samba Libre“ beim Aktionstag im Salzburger Landestheater

„Wo bleiben Stars wie der Ambros?“

Zweiter Anti-Atom-Tag im Landestheater: Kein Treffpunkt für die großen Image-Pfleger

SALZBURG-STADT. „Unsere großen Stars bleiben natürlich zu Hause“, meinte ein bärtiger Mann zu seiner Freundin beim Lesen der Teilnehmerliste, „kein Ambros, kein Falco.“ Sicher, wer bei „Künstler gegen Wackersdorf“ am Allerheiligentag im Salzburger Landestheater ein Ereignis etwa ähnlich wie das Nelson-Mandela-Konzert erwartet hatte, wurde enttäuscht. Es ging weniger um das Spektakel, als um die Sache.

„Das Programm ist gut und ich habe die große Gewissheit, dass alle, die hier mitmachen, mit dem ganzen Herzen dabei sind“, sagte „Hausherr“ Lutz Hochstraate, „es ist immer eine schwierige Sache, wenn sich Künstler engagieren. Machen Sie es aus Image-Gründen, oder sind sie überzeugt? Zwei Jahre nach Tschernobyl sind die, sagen wir, die bloß PR-Süchtigen sicher nicht mehr bei solch einer Veranstaltung zu finden. Wer heute im Landestheater auftritt, der meint es ernst.“

Das Programm war dicht, die Liste der Prominenten lang. Vom Salzburger Oktett um 10 Uhr vormittags bis zu Wilfried, geplant für 23:30 Uhr, spannte sich ein Bogen mit Piano Paul, Elfriede Ott, Fritz Mular, Heinz Ehrenfreund, Etta Scolo, Carl Peyer, dem Salzburger Streichquartett, dem Bewegungstheater Vorgänge, dem Ballett des Landestheaters und, und, und.

Und das Publikum? Männer im Nadelstreif sah man in den Nachmittagsstunden keine. Selbstgestrickte Pullis dominierten. Kinder tollten herum und spielten. Dort wo sonst in Pausen das Zigaretterl geschmaucht wird, boten die „Mütter für eine atomfreie Zukunft“ kleine KKW's feil. Schwedenbomben stellten die Kühltürme dar. Die verlockend süße Bombe als Symbol. Ein Verdacht lag nach einem kurzen Rundgang nahe. Von den Leuten im Haus mussten wohl nur ganz wenige von der Sackgasse Atomkraft überzeugt werden. Aber die Aktivitäten beschränkten sich nicht nur auf das Innere. Das ganze Haus hatte weithin sichtbar sein „Anti-Atom-Kleid“ mit Transparenten und Luftballons angelegt.

Bemerkenswerte Zitate fand man im Stiegenaufgang. Anton Benya 1878; „Zwentendorf geht noch heuer in Betrieb.“ Verkehrsminister Weiß 1969: „Ich hoffe, dass mit dem ersten Atomkraftwerk bei den Elektrizitätsunternehmen der Appetit kommen wird und dass letztlich nur noch Großprojekte verwirklicht werden.“

Vom 11.11. bis zum 09.12.1988 kam in Salzburg sodann noch ein Projekt „Totenfloß“ zur Auf-führung, ein Theaterstück von Harald Mueller und dessen „Rahmenprogramm“, welches im Salzburg-Forum 18/88 in ausführlichen Worten gewürdigt wird:



Atomenergie und Endzeitangst

Der Hang zur Prophylaxe liegt uns nicht besonders. Dagegen ist es eine Eigenart der Menschen, auf eine Bedrohung erst dann zu reagieren, wenn diese bereits in eine Katastrophe mündet. Dann liegt auch dem Sorglosesten plötzlich der Zaubersatz „Es muss etwas geschehen!“ auf der Zunge.

Plötzlich stand die Bedrohung dann vor der Haustüre, in jenen Tagen des Jahres 1986: Bauern durften ihr Gras nicht mähen, Kinder sollten nicht darin spielen, Sandkisten waren als Spielplatz plötzlich Tabu, die Milch war belastet, die Schwammerl strahlten besonders und strahlen nach wie vor, usw. usf. Da verfielen auch die privaten Atombunkerbesitzer in eine gewisse Ratlosigkeit, denn ihr Sicherheitsraum war ja für den Atomschlag konzipiert und keineswegs für die langsame, schleichende Vergiftung der Umwelt.

Das Leben in einer Welt, die von einer schleichenden atomaren Versuchung heimgesucht wird, ist der Inhalt des Theaterstücks „Totenfloß“ von Harald Mueller, das ab 11. November im Kleinen Theater zur Aufführung gelangt. Die Handlung spielt im Jahr 2050 in einer halb-verseuchten BRD, die in bewohnbare und unbewohnbare Areale eingeteilt ist. Diktatorische Maßnahmen sind notwendig, um die in Panik geratenen Menschenmassen „in den Griff“ zu bekommen, wer nicht spurt, wird in die atomare Wüste abgeschoben. Die Akteure des Schauspiels stellen vier Menschen dar, die in ihrer Überlebensgier versuchen, aus dem verwüsteten, unbewohnbaren Gebiet in eine „cleane Stadt“ zu gelangen.

„Totenfloß“ wie das Stück nennt sich ein Projekt des Kleinen Theaters, das vom 11. November bis 09. Dezember läuft. Mit einer ganzen Reihe von Begleit- und Rahmenveranstaltungen rund um das Theaterstück startet das Kleine Theater den Versuch, eine ebenso intensive wie informative Auseinandersetzung zum Thema Atom anzubieten. In insgesamt 86 Einzelveranstaltungen, die in Räumlichkeiten des Kleinen Theaters, im Filmkulturzentrum „Das Kino“ und im ORF-Landesstudio Salzburg stattfinden, geht es um atomare Bedrohung, Endzeitpsychosen, aber auch Zukunftsperspektiven für unsere Epoche, die einmal stolz Atomzeitalter genannt wurde.

Das Programm umfasst Videofilme, die in der Theater-Galerie des Kleinen Theaters gezeigt werden, weiter Lesungen, (Foto)Ausstellungen und eine Diskussion zum Stück, bei der auch der Autor Harald Mueller anwesend sein wird. Im Filmkulturzentrum „Das Kino“ werden vom 18. Bis 24. November insgesamt neun verschiedene Dokumentar- und Spielfilme gebracht. Unter anderem wird auch wieder „Spaltprozesse“ zu sehen sein, ein Streifen, der sich mit unserer Atomnachbarschaft auseinandersetzt. Am 18.11. findet im Anschluss an diesen Film in „Das Kino“ eine Podiumsdiskussion mit Befürwortern und Gegnern der friedlichen Atomnutzung statt. Und schließlich wird am 01.12. im ORF-Landesstudio Salzburg unter dem Titel „Atomenergie und Endzeitängste“ über die mythologische Dimension der Atomkraft diskutiert. Eine Broschüre zum Projekt, in der nicht nur die Veranstaltungstermine abgedruckt sind, sondern auch der eine oder andere Aufsatz auch zum Lesen einlädt, leitet Interessierte wie Neugierige durch das Programm.

Darauf dass das gemeinsame Engagement der Salzburger mit den „Schwandorfern“ gerade auch im oberpfälzer Wackersdorf selbst, für welches die Letzteren durchaus dankbar waren, sich auch in der Folge nicht nur auf derartige „Aktionstage“ und „Events“ beschränkte verweist das folgende Demonstrationsfoto:

Herzlich Willkommen heißt es auf den Transparenten der Schwandorfer Bevölkerung für die Salzburger Teilnehmer an den Anti-WAAckersdorf-Kundgebungen in Bayern. Eine Gemeinsamkeit in der Zielsetzung über Grenzen hinweg, denn auch die Gefahren machen vor den Grenzen nicht halt.





1989

- WAA – „abgewürgt!“

Hier stehen Hr. Pliem, Herta Kosche, Markus Lechner und Hannes Augustin noch mit Protestbanner vor dem WAA-Bauzaun, weil das Umweltministerium in München all die schriftlichen und mündlichen Einwände übergangen hatte. Monate später folgte das WAA-„Aus“, begünstigt von der Skepsis der deutschen Stromversorger besonders hinsichtlich der Kosten sowie vom Tod des bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß.

Zehn Jahre nach dem endgültigen Aus – am 28.06.1999 – fand sich in den „PLATTFORM NEWS“, den regelmäßig herausgegebenen Nachrichten der Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) ein längere „Rückschau“ auf die damaligen Ereignisse:

WAAhnsinnszeiten

Wackersdorf, 10 Jahre danach

„Besiegelt wurde das „Aus“ für die Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Uranstäbe (WAA) im bayerischen Wackersdorf durch einen Beschluss der deutschen Bundesregierung am 06. Juni vor zehn Jahren. Das Ende hatte sich schon zwei Monate früher mit dem Ausstieg führender Stromkonzerne abgezeichnet. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatte ein Industrieprojekt einen derartigen Widerstand provoziert. Sieben Jahre lang – vom Antrag der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) im Februar 1982 an – lebten die Bewohner des Landkreises Schwandorf praktisch im permanenten Ausnahmezustand.

Tausende Mütter und Kinder bei einer grenzüberschreitenden Demonstration nach Freilassing, Widerstands-Sonderzüge nach Schwandorf und Wackersdorf, wirksame Auftritte von Stadt- und Landespolitikern wie Bürgermeister Josef Reschen und LH-Stv. Wolfgang Radlegger beim Baugelände, der Riss in der Freundschaft zwischen Landeshauptmann Haslauer und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, vor allem aber mehr als 100.000 schriftliche Einwendungen von Salzburgern gegen die „Plutoniumfabrik“: das war die Salzburger Seite der jahrelangen Auseinandersetzungen um die WAA, die alles bisherige an grenzüberschreitendem Umweltprotest in den Schatten stellten.

Mit insgesamt 440.000 Einwendungen österreichischer Bürger im Genehmigungsverfahren, mit dem Einreiseverbot gegen den damaligen Energieminister Norbert Steger und mit der einstündigen „Brandrede“ von Umweltministerin Flemming beim Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald markiert Wackersdorf auch den Beginn der offiziellen grenzüberschreitenden Antiatompolitik Österreichs.



Die Erinnerung an die bittere und bunte Zeit der „Aktionen am Bauzaun, an die Platzbesetzungen, Demonstrationen, Sonntagsspaziergänge und Protesteinsätze“ feierten die oberpfälzischen Bürgerinitiativen am ersten Juni-Sonntag am seinerzeitigen Baugelände im Taxöldener Forst „mit Kaffee und Kuchen“ (Einladungstext). „Wenn die WAA fertiggestellt worden wäre, stünde da jetzt ein 200 Meter hoher Kamin, der Tag und Nacht radioaktive Schadstoffe abgeben und die Menschen gefährden würde“, erinnert der damalige Schwandorfer Landrat Hans Schuierer. „Heute haben wir dort eine blühende Industrielandschaft“, spricht die Galionsfigur des Oberpfälzer Widerstandes gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage die umfangreichen Betriebsgründungen nach der Aufgabe des „WAAhnsinnsprojekts“ an. Zahlreiche mittlere und große Unternehmen, allen voran BMW, haben auf dem einst so umkämpften Areal 2200 Arbeitsplätze geschaffen – die WAA hätte nur 1600 neue Stellen gebracht, die überdies weite Landstriche auf Dauer bedroht hätten.

Ablasszahlungen als Hilfe zum Vergessen

Irene Maria Sturm, Sprecherin der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, kritisiert die wirtschaftliche Nutzung des Areals auch nach dem WAA-Aus heftig. Die CSU-Regierung in München habe hier mit riesigen „Ablasszahlungen“ aus Steuergeldern BMW und anderen alles geboten, um Bauzaun und Atomstaat vergessen zu machen. Währenddessen stünden in anderen Oberpfälzer Kommunen die Gewerbegebiete leer. Der Taxöldener Forst blieb abgeholzt und damit „der größte Trinkwasserspeicher der Region zerstört“.

Besucher von Salzburg können heute sogar am Rande des Mozartplatzes ein „Wackersdorf-DenkMal“ vorfinden, welches hier auf Vorschlag und Veranlassung seitens der PLAGE errichtet worden ist.

1999 heißt es in den „PLAGE NEWS“ hierzu wie folgt:

„Zum 10. Jahrestag des Endes der WAA Wackersdorf ist die PLAGE mit dem Vorschlag an die neugewählten Verantwortlichen in Stadt und Land Salzburg herangetreten, in der Landeshauptstadt ein „Wackersdorf-DenkMal“ zu errichten. Den Salzburger Atomgegnern ist es gelungen, sich Originalteile des berüchtigten „Bauzauns“ um die einstige WAA-Festung zu beschaffen. Damit könnte ihrer Ansicht nach eine Plastik gegen den atomaren WAAhnsinn gestaltet werden. Ein Ort zu Erinnerung auch kommender Generationen und ausländischer Besucher an die demokratie- und umweltpolitisch so zentrale Auseinandersetzung um Wackersdorf.“

Die Stadtregierung hat rasch reagiert. Grund- und Kulturamt sind beauftragt worden, zunächst mögliche Ausstellungsorte ausfindig zu machen. Von der PLAGE favorisiert; das „Denkmal gegen den Atomstaat“ integrieren in die Neugestaltung des Makartstegs (Ufer Hanuschplatz). Auch dem Bürgerlisten-Vorschlag, es auf dem Rasenstück am rechten Salzachufer – zwischen Staatsbrücke und Spängler-Bank – zu errichten, ist einiges abzugewinnen. Beide Stellen erfüllen das Hauptkriterium: ein Ort mit vielen Passanten.“

Thomas Neff ließ hierzu verlauten

„Das 2,5 m hohe Denkmal wurde von zwei Mitarbeiter des Städtischen Bauhofes konstruiert, die je 20 Stunden ihrer Freizeit dafür opferten. Nach einer probenhalber Aufstellung des Wackersdorfdenkmales im Zuge der Jahr-2000-Feierlichkeiten in Salzburg konnte es am 20 Juli 2000 an seinem endgültigen Standort zwischen Mozartsteg und Mozartplatz aufgestellt werden. Damals noch bezeichnenderweise direkt vor der städtischen Bestattungsanstalt... Bei der Enthüllungsfeier mit dabei waren u.a. die damaligen Hauptakteure des „offiziellen“ Anti-Wackersdorf-Widerstands - für den WAA-Landkreis Schwandorf ex-Landrat Hans Schuierer, der hauptsächliche Gegenspieler von Franz Josef Strauß, und auf Salzburger Seite der damalige Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen.“



Salzburger Liste der Schauspieler, Musiker, Schriftsteller, Kabarettisten, Bildende und sonstige Künstler, die in Salzburg und Schwandorf 1986 oder/und 1988 gegen die WAA in Wackersdorf auftraten: (in alphabetischer Reihenfolge – diese Liste erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Musiker siehe zudem in den Kapiteln „WAAhnsinnsfestivals“ – „Folk- und Volksmusiker“ – „Klassik“. Links

Liste der Schauspieler, Musiker, Schriftsteller, Kabarettisten, Bildenden und sonstigen Künstler, die in Salzburg und Schwandorf 1986 oder/und 1988 gegen die WAA in Wackersdorf auftraten: (in alphabetischer Reihenfolge – diese Liste erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Musiker siehe zudem in den Kapiteln „WAAhnsinnsfestivals“ – „Folk- und Volksmusiker“ – „Klassik“¹

Schauspieler

- 1. Atzwanger, Iris
- 2. Augustin Elisabeth
- 3. Bayrhammer, Gustl
- 4. Beek, Richard
- 5. Beukelaers, Francois
- 6. Bissmaier Joachim
- 7. Böck, Wolfgang
- 8. Boysen, Rolf
- 9. Brandl, Friedrich
- 10. Buczolich, Rudolf
- 11. Dadiou, Daniela
- 12. Dangl, Michael
- 13. Degen, Michael
- 14. Dohm, Gaby
- 15. Drexel, Ruth
- 16. Dvorak, Felix
- 17. Ehrenfreund, Heinz
- 18. Finke, Martin
- 19. Fischer, Ottfried
- 20. Futterknecht, Christian
- 21. Ganz, Bruno
- 22. Gmeinböck, Traude
- 23. Hackl, Karlheinz Prof. Mag.
- 24- Hanel, Lambert
- 25. Hauser, Reinhard
- 26. Hoffmann, Frank
- 27. Höring, Klaus
- 28. Hube, Jörg
- 29. Hübsch, Wolfgang
- 30. Jungwirth, Manfred
- 31. Keller, Marthe
- 32. Kirchner, Ignaz
- 33. Krahl, Hilde
- 34. Kubitschek, Ruth Maria
- 35. Langer, Walter
- 36. Lechner, Andreas
- 37. Lederer, Herbe
- 38. Lohner, Helmut
- 39. Lukan-Haugk, Sylvia
- 40. Machac, Peter
- 41. Manker, Paulus
- 42. Marecek, Heinz
- 43. Meister, Ernst
- 44. Meyer, Robert
- 45. Mulec, Franz
- 46. Muliar, Fritz
- 47. Nentwich, Marianne
- 48. Neumeister, Brigitte
- 49. Noel, Edwin
- 50. Orth, Elisabeth
- 51. Ott, Elfriede
- 52. Paryla, Karl
- 53. Paryla, Stephan
- 54. Peilstein, Gerhard
- 55. Peters, Barbara
- 56. Petters, Heinz
- 57. Pikel, Peter
- 58. Plessmann, Uli
- 59. Pluhar, Erika
- 60. Prikopa, Herbert
- 61. Quadflieg, Will
- 62. Ritter, Ilse
- 63. Rohrer, Hanne
- 64. Roll, Gertrud
- 65. Ruge, Helmut
- 66. Rütting, Barbara
- 67. Schleyer, Erich
- 68. Scholz, Peter
- 69. Schrott, Peter
- 70. Sperr, Martin
- 71. Steinhauer, Erwin
- 72. Swoboda, Brigitte
- 73. Szameit, Susanna
- 74. Tausig, Otto
- 75. Tötschinger, Gerhard
- 76. Von Kannen, Günter
- 77. Wessely, Rudolf
- 78. Wildbolz, Klaus
- 79. Winkler, Angela
- 80. Winter, Babette
- 81. Wolfsberger, Pete
- 76. Von Kannen, Günter
- 77. Wessely, Rudolf
- 78. Wildbolz, Klaus
- 79. Winkler, Angela
- 80. Winter, Babette
- 81. Wolfsberger, Peter

¹ Diese Zusammenstellung erhielten wir im Frühjahr 2014 von der „PLAGE Salzburg“, konkret von Dr. Heinz Stockinger zugesandt.



**SängerInnen, MusikerInnen
und Musikformationen
der verschiedensten
Musikgattungen und Stilrichtungen:**

(nicht alphabetisch angeordnet)

- 1. Adebisi-Berann, Angela
- 2. Das Kontrabassquartett
- 3. Gottschalk, Gotte
- 4. Camerata Salzburg
- 5. Pollini, Marizio
- 6. Burgstaller, Alfred
- 7. Liposek, Marjana
- 8. Fassler, Wolfgang
- 9. Milster, Angelika
- 10. Neunecker, Marie-Luise
- 11. Nador, Magda
- 12. Höll, Robert
- 13. Watts, André
- 14. Barboux, Christine
- 15. Zender, Hans
- 16. Holecek, Heinz
- 17. Culmer-Schellbach, Lona
- 18. Hollweg, Werner
- 19. Sieber, Gudrun
- 20. Lilowa, Margarita
- 21. Hiestermann, Horst
- 22. Schöne, Wolfgang
- 23. Stein, Horst
- 24. Schmidt, Trudelieste
- 25. Van Dam, José
- 26. Weigl, Bernhard
- 27. Végh, Sandor
- 28. Turkovic, Milan
- 29. Spiri, Anthony
- 30. Schiff, Heinrich Prof.
- 31. Salzburger Solistenquartett
- 32. Mehlprimeln
- 33. Lupu, Radu
- 34. Ludwig, Christa
- 35. Hinterhäuser, Markus
- 36. Sugimoto, Roland
- 37. Humphrey, Albert C.
- 38. Wecker, Konstantin
- 39. Lind, Eva
- 40. Hollweg, Werner
- 41. Ambros, Wolfgang
- 42. Kreisler, Georg
- 43. Willnauer, Jörg
- 44. Münchner Sambaorchester
- 45. T.C. Sailer Ensemble
- 46. Fulamans Vrödudenton
- 47. Lungau Bigband
- 48. Para-Cumbara
- 49. Ortner, Erwin Guido
- 50. Menuhin, Yehudi
- 51. Tomowa-Sintow, Anna
- 52. Ramsey, Bill
- 53. Shetler, Norman Prof.
- 54. Schmid, Benjamin Mag.
- 55. Falco
- 56. Grundheber, Franz#
- 57. Graf, Hans
- 58. Irosch, Mirjana
- 59. Donat; Zdislawa
- 60. Lind, Eva
- 61. Frauenhofer Saitenmusik
- 62. Guglhupfa
- 63. Kreuzeder, Klaus
- 64. Arel, Hülya
- 65. Salzburger Streichquartett
- 66. Peter, Carl
- 67. Piano Paul
- 68. Salzburger Oktett
- 69. Theodorakis, Mikis
- 70. Scheutz, Wilfried
- 71. Scollo, Etta
- 72. Schmid, Benjamin
- 73. Schlögl, Gottfried
- 74. Boese, Hubertus
- 75. Saxodrom
- 76. Camerata Academica Salzburg
- 77. Malta, Alexander
- 78. Radek, Jolanta
- 79. Zednik, Heinz
- 80. Reich, Günther
- 81. Jahn, Gertrude
- 82. Franzen, Hans
- 83. Taillon, Jocelyne
- 84. Furlanetto, Ferruccio
- 85. Graf, Hans
- 86. Geister, Jutta
- 87. Kaizler, Horst
- 88. Wegund, Gudrun
- 89. Bellon, Wolfgang
- 90. Chor des Landestheaters Salzburg
- 91. Magistratsmusikkapelle Salzburg
- 92. Posey, Michael
- 93. Wimmer, Josef
- 94. Orovic, Antonia
- 95. Vereno, Clemens
- 96. Big Band Pillinger, Wolfgang
- 97. Moser-Wiens, Edith
- 98. Gruberova, Edita
- 99. Hamel, Peter Michael
- 100. Cambreling, Sylvain
- 101. Ziegler, Klaus Martin
- 102. Biermösl Blosl
(Christoph, Hans & Michael Well)



Schriftsteller:

(alphabetische Reihenfolge)

- 1. Achternbusch, Herbert
- 2. Brandl, Friedrich
- 3. Engelmann, Bernt
- 4. Grill, Harald
- 5. Handke, Peter

Kabarettisten:

(alphabetische Reihenfolge)

- 1. Chin & Chilla
- 2. Fitz, Lisa
- 3. Giebel, Andreas
- 4. Grünmandl, Otto
- 5. Hildebrandt, Dieter
- 6. Hollenstein, Edith
- 7. Hube, Jürg
- 8. Kabarett Fiasko
- 9. Kabarett Gelb
- 10. Klaffenböck, Rudolf
- 11. Libretto Fatale
- 12. Polt, Gerhart
- 13. Prieler, Franz
- 14. Retsetaris, Lukas
- 15. Stangl, Karl-Ernst
- 16. Wallner, Christian

Bildende Künstler:

- 1. Peymann, Klaus
- 2. Attersee, Christian
- 3. Ballett des Landestheaters Salzburg
- 4. Kronlachner, Hubert
- 5. Heller, André
- 6. Tondern, Alf
- 7. Schaaf, Johann
- 8. Rass, Elisabeth

Gemischt sowie unauffindbar

- 1. Kupfer, Harry
- 2. Hoch, Manfred
- 3. Brandstetter, Alois
- 4. Vu-An, Eric
- 5. Artmann, H.C.
- 6. Welsh, Renate
- 7. Schneider-Siemssen, Günther
- 8. Schneider, Ronald
- 9. Overman, Robert
- 10. Oskar, Peter
- 11. Jennings, Diane
- 12. Friedmann, T.
- 13. Fuchs, Christian
- 14. Haidegger, Christian
- 15. Lehmann, Eduard
- 16. Born, Max

